4A112

LOTTA

Nr. 2
März 2000

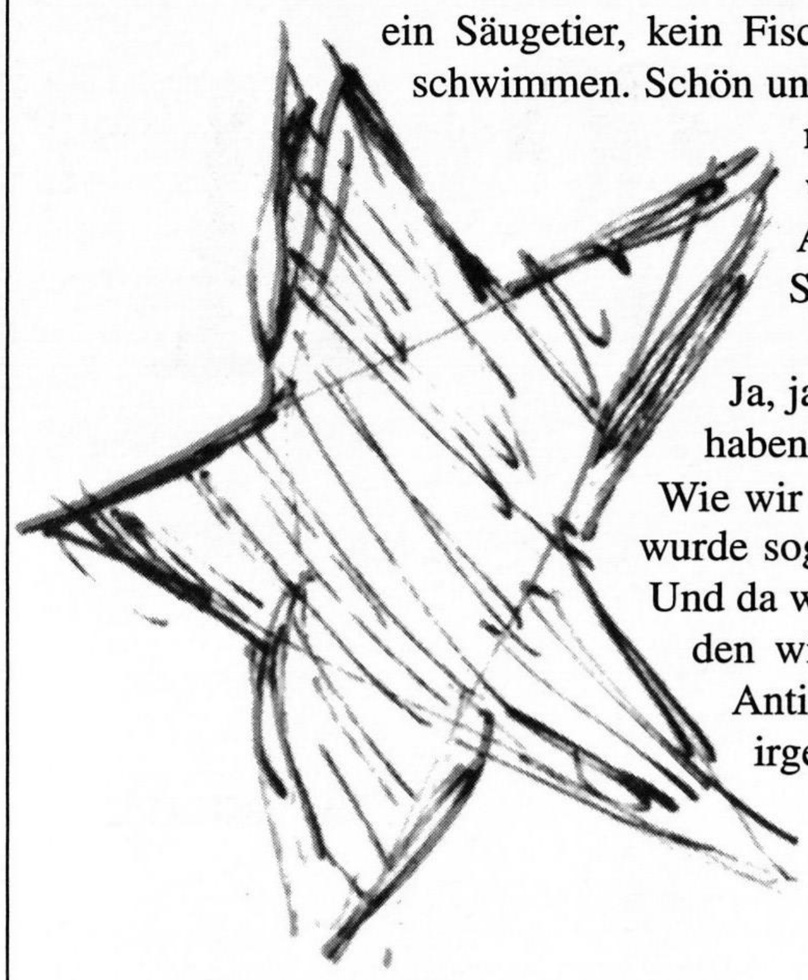
antifaschistische Zeitung aus NRW

4 Muck

„Die Antifa muß sich im Volk bewegen wie der Fisch im Wasser“

MAOAM

Ein Fisch namens Antifa !



Was soll denn der Scheiß? So ein beklopptes Cover. Seit wann ist die Antifa ein Fisch? Außerdem ist das ein Wal, ein Säugetier, kein Fisch. Und was soll dieser völkisch populistische Ansatz? Außerdem kann ich nicht schwimmen. Schön und gut Mao Tse Tung ist noch mit 60 durch den JangTse geschwommen, aber ich hab nicht mal meinen Freischwimmer. Hätte ich das mit dem Schwimmen vorher gewußt, wär ich nicht mitgekommen.

Ach ein Witz soll das sein. Heute der Kärntner See und morgen alle Binnengewässer? Sprühender Optimismus. Wie seit Ihr denn drauf?

Ja, ja, so sind wir. Wir, die Leute aus der Layout Gruppe. Immer für einen groben Witz zu haben.

Wie wir drauf sind. Na gut, was sonst. Die erste ***LOTTA*** ging weg wie warme Semmeln und wurde sogar gelobt. (hört, hört). Aber jetzt muß es natürlich mit diesem Projekt weitergehen. Und da wir nicht die Fehler anderer eingegangener Zeitungsprojekte wiederholen wollen, werden wir auch nicht den fatalen Fehler machen und an so etwas wie Eigeninitiative von Antifas, z.B. Handverkauf, Artikel und Infos schicken und so, appellieren. Erst recht nicht irgendwelche geistreichen, hochwichtigen Editorials abgeben, die sowieso keiner liest. Naja, solange wenigstens nicht, bis die Redaktion die Layout-Gruppe beim Editorial verfassen unterstützt.

Also macht´s gut, und vielen Dank für den Fisch.

Impressum

V.i.S.d.P.: R. Meier

Kontakt:

LOTTA
c/o Geschichtswerkstatt
Wellinghoferstr. 44
44263 Dortmund

Auflage: 1000

Erscheinungsweise: 3 monatlich

Alle Rechte an den Fotos und Artikeln liegen bei den FotographInnen und AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habenahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

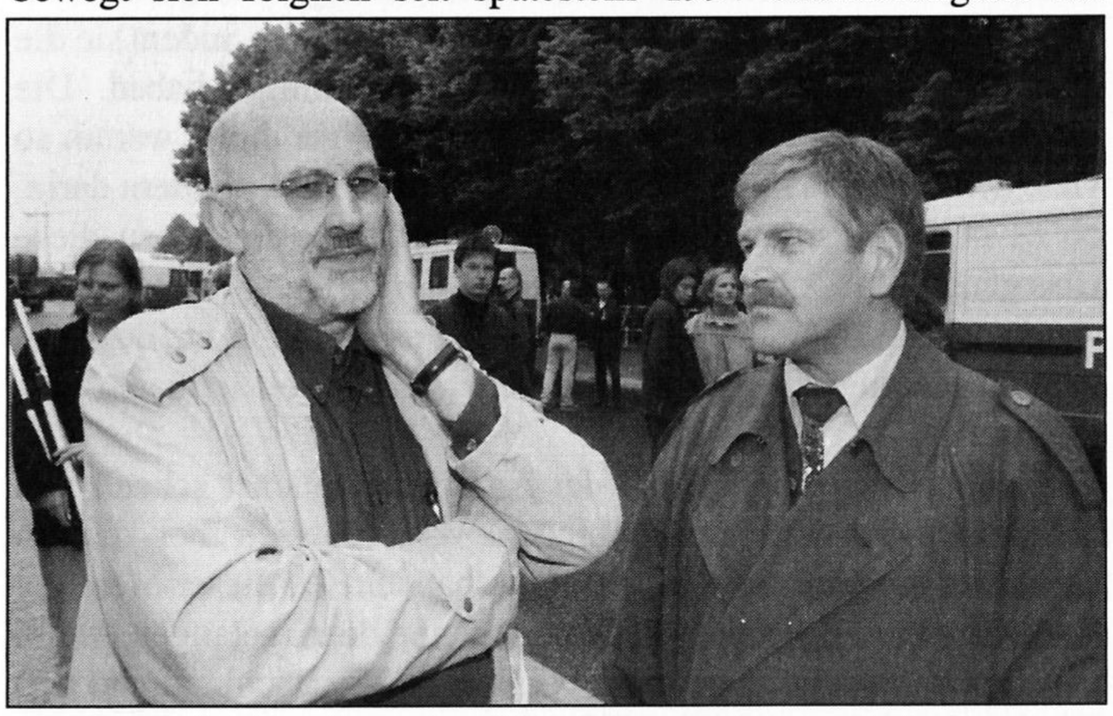
Seite 2 : Editorial
Seite 3 - 5 : Horst Mahler - nur ein Krisensymptom
Seite 6 - 10 : Kriegsverbrechen in Italien
Seite 11 - 13 : Tierschutz rassistisch / Sea Shepherds
Seite 14 - 15 : Heißer Herbst der Anti-Atom-Bewegung
Seite 16 : NRW Professor mit Nazi Diktion
Seite 17 : Eine schlagende Verbindung
Seite 18 : Bertelsmann: Gute Zeiten in schlechten Zeiten
Seite 19 : Vertrieben auf den Weg „heim ins Reich“
Seite 20 : REPs in NRW; NPD in NRW
Seite 21 : NPD in NRW; Der „Hagalaz Versand“
Seite 22 : Der „Hagalaz Versand“, Städtberichte
Seite 23 - 30 : Städtberichte
Seite 31 : Kreuz und Queer
Seite 32 - 34 : Repression
Seite 35 : Repression in Frankreich
Seite 36 : Service

Horst Mahler - nur ein Krisensymptom

Die Krise, das ist der Ernstfall. Die Krise, das ist die Stunde der Entscheidung. So oder so: die Krise führt immer eine Wende herbei. Zum Besseren oder zum Schlechteren. Entweder der Patient gelangt auf den Weg der Genesung, oder aber der Kranke stirbt. Medizinisch gesehen ist die Krise also ein eng umgrenzter, in der Regel relativ kurzer Zeitraum. Eine Dauerkrise wäre ein Widerspruch im Wortsinne, denn dieser Begriff beinhaltet stets ein dynamisches Moment.

Begriffsanalogien zwischen Medizin und Politik haben auch in diesem Fall ihre Tücken. Einerseits ist die Gesellschaft nun einmal kein Organismus. Dies ist eine explizit rechte Vorstellung. Andererseits ist es auch inhaltlich verfehlt, von einer Krise der extremen Rechten zu sprechen. Diese Krise würde dann nämlich bereits seit mehr als zehn Jahren andauern; seit dem absehbaren Ende der DDR und in ihrem Gefolge des gesamten realsozialistischen Lagers. Der einzige wirkliche Wendepunkt in diesem Zeitabschnitt war die faktische Abschaffung des Asylrechts durch eine ganz große Koalition im Bundestag. Innerhalb nur weniger Jahre waren der extremen Rechten ihre beiden wichtigsten Themen abhanden gekommen bzw. nur noch eingeschränkt nutzbar: die "nationale Frage" mit dem Ziel der Wiederherstellung der "nationalen Integrität" in den Grenzen von 19xy sowie die Bewahrung der "nationalen Identität" mit dem letztlichen Ziel einer völkischen Homogenität.

Andererseits - und dies beschleunigte den Niedergang der gesamten extremen Rechten noch zusätzlich - fand man keine Antworten auf die real existierenden gesellschaftlichen Probleme (Arbeitslosigkeit, neue Armut, europäische Integration, dritte technologische Revolution, zunehmende Verflechtung des Weltmarktes etc.), da man sich die entsprechenden Fragen noch gar nicht gestellt hatte. Der nur durch ein gelegentliches (und wirkungsloses) Aufbäumen bei Wahlen unterbrochene organisatorische Niedergang fand also seine Entsprechung in Zersplitterung des Lagers und vor allem in programmatischen Orientierungslosigkeit. Wohin sich die Möchtegern-Führer des Lagers auch wandten: überall prangte ihnen in Leuchtschrift das Schild "No exit" entgegen. Der Mehrheit der extremen Rechten bewegt sich folglich seit spätestens 1994 orientierungslos im



Horst Mahler (li) mit Martin Voigt, NPD-Bundesvorsitzender

Kreis. Der Verfall der einstmals innerhalb der extremen Rechten nahezu hegemonialen REPublikaner ist ein deutliches Symptom für diesen Zustand.

Ist ein Mensch schwer erkrankt, schlägt jegliche ärztliche Kunst fehl, versagt alle Medizin, dann wächst oftmals bei den Erkrankten und ihrem Umfeld die Bereitschaft, das Vertrauen in Wunderheiler zu setzen. "Wunderheiler" sind Menschen, die die konventionellen Wege verlassen, deren Erfolg mit der jeweils kulturell üblichen Form der Rationalität nicht zu erklären ist. Werden sie gerufen, dann stellen sie immer die letzte Hoffnung dar. Ihr Versagen ist gleichbedeutend mit der Selbstaufgabe. Oftmals besteht ihr gar nicht wundersames Tun lediglich darin, die Selbstheilungskräfte der Erkrankten zu mobilisieren und neue Zuversicht zu verleihen. Ihr Anderssein ist notwendig für den Erfolg. Nur da sie sich völlig von den herkömmlichen Ärzten unterscheiden, traut man ihnen einen Erfolg zu.

Wenn also ein Horst Mahler zum Shooting-Star in der extremen Rechten werden kann, dann ist das sowohl ein deutliches Zeichen für deren Niedergang als auch für ihre Verzweiflung. 1989, im Jahr des größten Erfolgs der REPs, hätte niemand dort daran gedacht, sich mit einem Konvertiten aus dem feindlichen Lager einzulassen. Ein Horst Mahler mit seinen Wandlungen wäre höchstens kurz als Bestätigigung des eigenen Kurses angesehen worden. Und dann - zurück zur Tagesordnung.

Horst Mahler, daran sei hier kurz erinnert, ist nicht irgend ein beliebiger Frontenwechsler. Immerhin bezeichnete ihn der "Spiegel" einstmals als "Deutschlands berühmtesten APO-Anwalt". Aus der SPD wurde der damalige Student an der FU Berlin ausgeschlossen, da er sich nicht vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) trennen wollte, den die bisherige Mutterpartei gerade als zu weit linksstehend verstoßen hatte. Mahler wurde Mitbegründer des Sozialistischen Anwaltskollektivs. Für mehr als genügend Mandanten war durch die zahlreichen Prozesse im Gefolge der Rebellion von 1966ff. gesorgt. Einem kurzen Liebäugeln mit dem Maoismus folgte seine aktive Rolle in der Gründergeneration der RAF. Der Rest der Geschichte auf der Linken ist schnell erzählt: Im Oktober 1970 wird er verhaftet und in mehreren Prozessen zu insgesamt 14 Jahren Haft verurteilt. 1974 folgt sein Ausschluß aus der Anwaltschaft, damit auch die Vernichtung der beruflichen Existenz in der Zeit nach dem Gefängnis. Während der Entführung des damaligen Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz weigert er sich, ausgetauscht zu werden. Seiner Distanzierung vom Terrorismus folgt 1975 der Ausschluß aus der RAF.

Szenenwechsel: von den "bleiernen Jahren" der Siebziger zum Beginn des neuen Jahrhunderts, von der "selbstständigen politischen Einheit Westberlin" zur hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden. Dort hatte für den 22. Januar die Stadtratsfraktion der REPs um den Rechtsanwalt Mark Olaf Enderes und den ehemaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Hans Hirzel, ein ehemaliges Mitglied der Widerstandsgruppe gegen den NS "Weiße Rose", zu einer Veranstaltung über "Kosten der Vergangenheitsbewältigung" in ein Bürgerhaus geladen. Nicht nur die Zahl von rund 300 Besuchern war angesichts der gegenwärtigen Lage der REPs ungewöhnlich. Auch der Umstand, dass draußen neben den üblichen GegendemonstrantInnen und den ebenso üblichen PolizistInnen zwei ranghohe REP-Funktionären der Einlaß verwehrt wurde, kann - gelinde ausgedrückt - kaum als Normalfall angesehen werden. Johann Gärtner, stellvertretender Parteivorsitzender und zugleich Landesvorsitzender in Bayern, mußte ebenso draußen bleiben wie seine Kollegin Uschi Winkelsett, die geschäftsführende stellvertretende Vorsitzende der REPs. Beide gelten als enge Vertraute und Gefolgsleute des Vorsitzenden Rolf Schlierer. Ihnen war "wegen ihrer aggressiven, parteischädigenden Haltung" schlicht bereits im Vorfeld Hausverbot erteilt worden

Die Aufregung der Emissäre Schlierers war verständlich. Denn es handelte sich zwar um eine offizielle Parteiveranstaltung der REPs, doch aus deren Reihen war niemand - außer den Einladenden - als Referent vorgesehen. Im Gegenteil. Jeder einzelne der Vortragenden mußte als Provokation des jetzigen Vorsitzenden angesehen werden und mußte dieser als schallende Ohrfeige empfinden. Denn Hauptredner war der inzwischen zur persona non grata erklärte Führer Franz Schönhuber "mit einem Vortrag zur allgemeinen Lage Deutschlands und der nationalen Bewegung. Dann wurde die Diskussion eröffnet, neben

Schönhuber antworteten auch Rechtsanwalt Horst Mahler (Berlin) und Prof. Dr. Sojka aus Schleswig-Holstein." Letzterer war nicht nur Präsident der Welttierschutzgesellschaft und ehedem Funktionär im ökofaschistischen Weltbund zum Schutze des Lebens, sondern bis zum vergangenen Jahr und dem Zerwürfnis mit Gerhard Frey auch Spitzenfunktionär der DVU. "Nach mehr als drei Stunden hatten dann alle Teilnehmer noch die Möglichkeit zu kurzen persönlichen Gesprächen. Gegenüber dem NIT erklärte Horst Mahler zum Irving-Prozeß in London, ein wesentlicher Punkt sei bereits erreicht: Es sei in allen großen Zeitungen berichtet worden, dabei kamen auch die Ansichten Irvings nicht zu kurz. Nun würden die Leute anfangen Fragen zu stellen und kritisch zu analysieren. Wie der Prozeß selbst ausgehe sei aber völlig offen." Durchaus lobend gibt hier das NIT Hamburg die heutigen Positionen Mahlers wieder. Beim Horst Mahler der Gegenwart findet das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft seine Entsprechung in einem virulenten Antisemitismus und in einer positiven Haltung zum Negationismus à la David Irving. In seinen Publikationen übernimmt er durchgängig das Standard-Vokabular der extremen Rechten: Landnahme, Volkskörper, Holocaust-Gedächtniskult, Umerziehung, Überfremdung usw.

Oberflächlich betrachtet scheint eine persönliche politische Entwicklung ihren Abschluß gefunden zu haben. Ein Weg von ganz links nach ganz rechts, wobei die "Mitte" (was immer das sein mag) entschlossen übersprungen wurde. Die ganz normale Geschichte eines ganz normalen Renegaten also? Nicht ganz. Die Analyse von Hendryk Broder im "Spiegel" (22.2.99) hat wohl bei aller enthaltener Polemik auch einen rationalen Kern. Broder schreibt: "Gäbe es heute noch die DDR, würde Mahler wahrscheinlich, wie einst sein Kollege Claus Croissant, in den Armen der ostdeutschen Staatsmacht landen. Nicht aus Liebe zum Sozialismus, sondern weil die DDR das deutschere Deutschland war, eine totalitäre Alternative zum weichgespülten Westen. Weil es diese Option nicht mehr gibt, muß er sich damit begnügen, offene Briefe an Ignatz Bubis zu schreiben... und kanonische Erklärungen zu verfassen, in denen die Wiedervereinigung der Neuen Linken mit der Neuen Rechten vollzogen wird. Die deutsche Linke hat nicht nur die Helden, sie hat auch die Renegaten, die sie verdient." Dem letzten Satz Broders ist nur resigniert zuzustimmen.

Und doch: die Geschichte Mahlers ist weder eine neue, noch ist sie ein Einzelfall. Die Geschichte der Renegaten der Rebellion und der Revolte des mythischen Jahres 1968 ist lang und wird noch immer länger.

Prof. Bernd Rabehl, damals einer der engsten Mitstreiter Rudi Dutschkes und wichtiger Theoretiker der antioautoritären Linken, legt heute Wert darauf, dass er kein Renegat sei. Er sei schon immer Nationalrevolutionär gewesen. Seine rassistischen Positionen in einem Vortrag bei den "Bogenhausener Gesprächen" der Burschenschaft Danubia in München im Dezember 1998, die wiederholt und in verschiedenen Varianten von der Presse der extremen Rechten nachgedruckt wurden, haben nunmehr zu seiner Entbindung von der Funktion als Vertrauensdozent der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung geführt.

Damals mit ihm auf dem Podium war Prof. Peter Furth, der bereits 1953 dem SDS beigetreten war, im linken "Argument-Club" aktiv war und als ausgewiesener Fachmann für die extreme Rechte gilt. Nach dieser Initialzündung bei der Danubia schrieb Furth wiederholt für das dem Reichsgedanken verpflichtete Theorieblatt der extremen Rechten "Staatsbriefe".

Beide genannten waren ebenso wie Mahler nicht bei der Rudi-Dutschke-Konferenz der Heinrich Böll-Stiftung Ende Januar in Berlin anwesend. Und doch waberte ihr Geist durch die Räume des „Hauses der Kulturen“. Nahezu beiläufig kam nämlich ans Tageslicht, dass es tatsächlich bereits zur Zeit der Studierendenbewegung Kontakte von wichtigen Aktivisten der Revolte zu Exponenten der extremen Rechten gegeben hatte. Urs. Müller-Plantenberg, ein bekannter SDS-Kader aus Berlin, räumte freimütig ein, dass er mit einigen GenossInnen regelmäßig Ernst Niekisch besucht habe, den legendären nationalbolschiwistischen und antisemitischen Konkurrenten der Nazis. Der Nationalsozialdemokrat Tilman Fichter, Bildungsreferent beim SPD-Parteivorstand, mochte da nicht zurückstehen. Auch er habe mit Begleitung regelmäßig Niekisch aufgesucht. Dieser habe stets Geld für den SDS gespendet und auch Literatur zur Verfügung gestellt. Zitieren wir mit Klaus-Henning Rosen, den ehemaligen persönlichen Referenten Willy Brandts, eine unverdächtige Quelle zu Fichter: "Er dient nach wie vor der 'rechten' Sache." (Blick nach rechts 13/97, S.10)

Zwar nicht auf dem Podium, jedoch wie selbstverständlich und ohne Anstoß zu erregen im Publikum bewegten sich weitere Wanderer von links nach rechts. Klaus Schmitt war einstmals Mitglied der legendäre Kommune 1. Heute ist der ehemalige Herausgeber des ebenso legendären Szeneblattes "883" Anhänger der obskuren freiwirtschaftlichen Lehren Silvio Gesells und verteidigt dessen Adepten Yashito Otani gegen den Vorwurf des Antisemitismus mit einem antisemitischen Zitat. Auch Irmgard Kohlhepp gehörte damals dem SDS an. Die Sonderschullehrerin gab ihren Beruf auf, um mit jugendlichen Trebegängern zu arbeiten. Da das Proletariat gar nicht daran dachte, seine historische Mission zu erfüllen, indem es die sozialistische Revolution durchführte, hatte Kohlhepp in den gesellschaftlichen Randgruppen als neues revolutionäres Subjekt schnell Ersatz gefunden. Auch sie hat die Freiwirtschaftslehre für sich entdeckt und arbeitet mit dem gewendeten Horst Mahler zusammen. Gert Schneider, auch er ein ehemaliger Lehrer, hat zwar einen anderen Ausgangspunkt, ist aber an einem ähnlichen Ziel gelandet. Als Mitglied des linken Parteiflügels war er aus der SPD ausgeschlossen worden, landete dann bei der nationalrevolutionär beeinflussten AG Berlin- und Deutschlandpolitik der Alternativen Liste in Berlin, um heute endlich Stellvertreter Alfred Mechtersheimers in dessen Gruppierung "Frieden 2000" zu sein.

Die recht fragmentarische Aufzählung der Renegaten der Revolte soll an dieser Stelle abgebrochen werden. Wollte sie auch nur annähernd vollständig sein - der Platz der "Lotta" würde komplett gebraucht. Die Liste reicht vom "Dutschke von Hamburg" (Reinhold Oberlercher) bis zum "Dutschke von Wien" (Günter Maschke). Bei allen Unterschieden ist ihnen eines gemeinsam: sie sind nicht zu Mitläufern der extremen Rechten geworden, sondern zu wichtigen Ideengebern dieses politischen Lagers, indem sie die dort übliche intellektuelle Sterilität "verunreinigt" haben. Die Frage, die es zu beantworten gilt, besteht weniger darin, warum so viele den Weg von links nach rechts gegangen sind, sondern darin, ob es in den ursprünglichen Ideen solche gab, die genau diese Übergänge ermöglichten oder erleichterten, und welche das waren. Die Kontinuitäten im Wandel gilt es aufzuspüren, denn ein völliger ideologischer Bruch in solcher Häufigkeit ist kaum vorstellbar.

Wir sollten uns zunächst bei der Analyse möglichst schnell von der irrigen Ansicht verabschieden, dass es sich bei diesem Crossover um eine neue Erscheinung handelt. Zu dieser Meinung könnten wir einigermaßen stichhaltig nur dann gelangen, wenn wir die Untersuchung national borniert auf Deutschland und den "Nationalsozialismus" der NSDAP beschränken, da hierzulande eine Hinwendung von linken Intellektuellen zur extremen Rechten historisch eher selten und ein Ausnahmefall waren.

Blicken wir dagegen zurück zu den Ursprüngen des italienischen Faschismus, dann erkennen wir schnell, dass dieser ohne die wesentliche Mitwirkung eines Teils der Linken nicht vorstellbar gewesen wäre. Am Anfang dieser - damals - neuen Rechten finden wir tatsächlich eine ideologische Synthese, die den Zeitgenossen wegen ihrer Neuartigkeit als "weder links, noch rechts" erscheinen mochte. Die Vertreter des explizit antidemokratischen Nationalismus hatten sich mit der kulturellen Avantgardebewegung des Futurismus verbündet und beide wiederum mit einer gewichtigen Fraktion des revolutionären

Syndikalismus. Dies war die Synthese, aus der der italienische Faschismus entstand. Es ist weder ein Zufall, noch ist es ausschließlich als Renegatenbiografie zu verstehen, dass mit Mussolini ein ehemaliger revolutionärer Syndikalist und Vertreter des linken Flügels der Sozialisten zum Führer des dortigen Faschismus wurde.
Diese italienischen Zustände finden ihre Entsprechung in anderen europäischen Ländern. In Frankreich waren es der ehemalige führende Kommunist Jacques Doriot und seine sozialistische Entsprechung Marcel Déat neben bedeutenden Schriftstellern wie Céline oder Pierre Drieu La Rochelle, die Bild und Ideologie des dortigen Faschismus prägten. In Belgien war es Henri de Man, einst Exponent des pazifistischen und linken Flügels der dortigen Sozialisten, der wichtiger Ideengeber des dortigen Faschismus wurde. Und keineswegs zufällig ist es, dass auch einer der wichtigsten Erneuerer des belgischen Nachkriegsfaschismus, der Nationalrevolutionär Jean Thiriart, in der Zwischenkriegszeit seine politische Karriere bei der trotzkistischen Linken begonnen hatte. Um die Reihe der Beispiele abzuschließen: der über Jahrzehnte wichtigste Führer des britischen Faschismus, Oswald Mosley, war zunächst Unterhausabgeordneter der Labour Party gewesen.
Der Weg von links nach rechts ist als weder historisch neu, noch ist er gar eine deutsche Besonderheit. Ein Blick nach Rußland mag verdeutlichen, welche Entwicklung gar noch weitergehend möglich ist. Dort gehörten zu den wichtigsten Beratern des "kommunistischen" Präsidentschaftskandidaten Gennadij Sjuganow bei den letzten Wahlen u.a. der "neu"rechte Theoretiker und stellvertretende Duma-Präsident Sergej Baburin und der "neu"rechte Schriftsteller Alexander Prochanow. Diverse Antisemitismen des Kandidaten mischten sich mit der ständigen Anrufung von "Gott" und "Vaterland" in Verbindung mit der des "russischen Volkes". Fast konsequent war es da, dass zu der wissenschaftlichen Konferenz des Ausschusses für Geopolitik der Staatsduma zum Jahrestag des Münchener Abkommens von 1938 als westeuropäische Referenten der deutsche Faschist Harald Neubauer und der belgische "neu"rechte Theoretiker Robert Steuckers geladen worden waren.
Zwar sind die russischen Zustände mit den deutschen nur schwerlich vergleichbar, doch sei die These gewagt, dass auch die deutsche extreme Rechte zunehmend aus der Linken stammende Theoretiker heranziehen wird, wenn sie sich stärker und mehrheitlich nicht mehr lediglich als politisches Korrektiv des Systems, sondern als systemoppositionelle Kraft versteht. Die NPD scheut schon heute nicht davor zurück, nationalbolschewistische Ansätze wie die des ehemalige ML-Professors aus DDR-Zeiten Michael Nier zurückzugreifen. Dieser Trend, davon ist auszugehen, wird sich mit einer Verschärfung der gesamtgesellschaftlichen Krise eher noch deutlich verstärken. Wir stehen hier noch am Anfangspunkt einer Entwicklung, nicht etwa an ihrem Ende.
Mahler wird, darin typisch für all diese "Wanderer zwischen beiden Welten", für sich reklamieren, dass er stets revolutionär gewesen sei. Und in der Tat sind einige der ursprünglichen Ansätze bei ihm und anderen geradezu die Voraussetzung für den späteren Werdegang. Eine dieser prägenden Konstanten ist z.B. das Selbstverständnis, Teil einer "Elite" zu sein. Durchaus berechtigt verweist Mahler heute darauf, dass einer der wichtigsten Slogans seiner ehemaligen Organisation, der maoistischen KPD, die Parole "Dem Volke dienen!" gewesen sei. Der (revolutionäre) Intellektuelle erscheint darin, getreu älteren rechten Ansätzen, als vom Volke losgelöst, mit der Aufgabe behaftet, diese künstliche Trennung organisch zu überwinden, indem er - quasi in tätiger Reue - aus seiner "über" dem Volke angesiedelten Rolle in eine dienende wechselt. Zugleich ist bereits an dieser Stelle nicht mehr die Revolution oder die "revolutionäre Klasse" die zentrale Bezugsgröße, sondern vielmehr das nicht näher definierte "Volk", das zum treibenden Mythos gerät. Für den gedanklichen Schritt vom Volk zur Nation braucht er lediglich noch zu trippeln.
Auch seinen Hauptfeind muß Mahler bei dieser mythischen Anrufung des Volkes nicht auswechseln. Kapitalismus? Klar doch, war und ist der Hauptfeind. Erst recht heute, im Zeitalter der vielbeschworenen Globalisierung. Jedoch spielen Faktoren wie Besitzverhältnisse, Entfremdung etc. in der Analyse keine Rolle. Die Imperialismustheorie, nach der das Finanzkapital zur beherrschenden Kraft in diesem Stadium des Kapitalismus wird, wird hier grundsätzlich beibehalten und nur modifiziert. Dieses Finanzkapital ist von seinem Charakter her grundsätzlich international, nicht an Ländergrenzen gebunden. Nur dieses wird als Feind begriffen. Das produzierende Kapital dagegen ist von seinem Charakter her bodenverhaftet, eher national ausgerichtet. Die Kapitalismuskritik in diesen Ansätzen richtet sich ausschließlich auf die Zirkulationssphäre. Ganz "zufällig" wird das Zentrum dieses Finanzkapitals beim politischen Hauptfeind, den USA, gesehen. In einem nächsten Argumentationsschritt werden diese nochmals eingegrenzt, nämlich auf die beiden Zentren "Hollywood" (kulturell) und "Ostküste" (ökonomisch). Fast überflüssig zu erwähnen, dass beide Termini mit zahlreichen antisemitischen Vorstellungen besetzt sind. Der als Antizionismus auftretende Antisemitismus in der historischen Linken der Bundesrepublik erleichtert natürlich solche gedanklichen Entwicklungen bei Mahler & Co. Mahler selbst schildert im Interview mit dem NPD-Organ "Deutsche Stimme", dass seine früheren Politikansätze primär moralisch bestimmt waren. Jene moralische Impetus stand an der Stelle der eigentlich notwendigen Analyse. Ökonomische Kriterien hatten freilich nie eine Platz in moralischen Kategorien.
Die rechten Wurzeln in Mahlers "linker" Vergangenheit könnten hier noch weiter ausgebreitet werden. Er ist in diesen Verwirrungen ebenso keine Ausnahme wie in den späteren Entwicklungen. Bei allen genannten Renegaten (und - natürlich - auch Renegatinnen) lassen sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten jenseits rein psychologischen Faktoren ausmachen, die, wie bei ihren historischen Vorfahren, zur Entwicklung hin zur extremen Rechten führten. Bei der Untersuchung führt uns dabei der ausschließlich Blick auf den Faschismus an der Macht und die Fixierung auf den deutschen NS in der Regel in die Irre. Mahler und seine Kameraden stehen in der Tradition eines Faschismus, der sich stets als antibürgerlich verstanden hat. Sie befinden sich in der Nachfolge einer antikapitalistischen Linie der Rechten, die stets immer wieder bei Volksgemeinschaft, Antisemitismus und Rassismus landete. Als politischer Hauptfeind entpuppt sich immer wieder die Französische Revolution mit der Aufklärung (rechter Szenejargon: "Aufkläricht") als philosophischer Grundlage und dem Liberalismus sowie dem Kapitalismus als Folgeerscheinungen.
Armin Mohler, einer der wenigen intelligenten Vertreter der extremen Rechten in Deutschland, wies durchaus den richtigen Weg als er betonte, für ihn seien Kommunismus und Sozialismus stets nur zweitrangige Feinde gewesen. Der Hauptfeind sei nach wie vor der Liberalismus. Es versteht sich von selbst, dass der völkische Nationalismus à la Mahler auch einer spirituellen Unterfütterung bedarf. Zwar ist der Berliner Anwalt mit seinem fundamentalistischen Christentum in seiner neuen Heimat eher in einer Minderheitenposition, aber auf der Gottsuche befinden sich alle in seinem neuen Umfeld.
Mahler und andere Beispiele eines Crossover haben allerdings auch etwas Gutes. Ihr Wirken erfordert dringender denn je die Beantwortung der Frage: "Was ist eigentlich links?" Nur diese Denkarbeit ermöglicht die Erkenntnis des Rechten im scheinbar Linken. Es handelt sich um eine schwierige Arbeit. Aber - das sei als Ergebnis der Arbeit vorweggenommen - nur eine denkende Linke verdient die Bezeichnung "links".

Jean Cremet

Die Besetzung Italiens und die Republik von Salò

Am 8. September 1943 wurde die Unterzeichnung des Waffenstillstands mit den Alliierten bekanntgegeben. Die deutsche Okkupation begann umgehend. Der König und der Regierungschef Badoglio flohen aus Rom in die Obhut der Alliierten. Das italienische Militär wurde angewiesen auf „Angriffe von jeglicher anderer Seite“ zu reagieren. Auf sich selbst gestellt und ohne klare Befehle versehen, lösten sich Teile der italienischen Armee von selbst auf. Andere italienische Einheiten wurden in Italien und in den besetzten Gebieten von der Wehrmacht vor die Wahl gestellt, mit ihnen gegen die Alliierten zu kämpfen oder gegen sie zu kämpfen. Diejenigen die weder das eine, noch das andere wollten gerieten in deutsche Gefangenschaft und wurden als Militärinternierte zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht. Letzteres traf auf ca 730000 italienische Soldaten zu. Von diesen kamen ca 20000 in deutschen Lagern um. Einige Einheiten in Griechenland entschieden sich gegen die Deutschen. Sie wurden gnadenlos umgebracht. Die Wehrmacht behandelte die italienischen Soldaten nicht nach dem Kriegsrecht. D.h. als Angehörige einer fremden Streitmacht, die den Befehlen ihrer Regierung gehorchen müssen. Sie behandelten sie als Freischärler und erschossen sie, auch wenn sie sich ergeben hatten. Soldaten, die in Zivil angetroffen wurden, wurden ebenso füsiliert. Ca 6000 Soldaten massakrierten die über den“Verrat“ erzürnten Deutschen. Weitere 13300 kommen bei den bewußt gefährlich durchgeführten Gefangenentransporten ums Leben.

Innerhalb von 3 bis 4 Tagen hatten die deutschen Truppen die Kontrolle über Italien erlangt. Am 12. September wurde Mussolini befreit und umgehend installierte das 3.Reich eine Marionettenregierung in Italien: Die Republica Sociale Italiana (RSI), mit Sitz in Salò am Garda See und dem Duce als Regierungschef.

Offiziell galt die RSI als verbündeter Staat. Fakt war aber, daß das schon bis dahin abfällige und rassistische Verhalten der Deutschen zu den Italienern sich verschärft hatte. Die Italiener galten den Deutschen als Verräter. Das Land, samt Zivilbevölkerung, war besetzt und wurde dem Kriegsrecht unterstellt. Wirtschaftlich wurde es ausgeplündert.

Schon am 18. September erließ der Chef des OKWs, Feldmarschall Keitel, eine Durchführungsanordnung als „geheime Kommandosache“. Den sogenannten „Nero Befehl“, in dem es hieß: *„Bei Durchführung der befohlenen Rückzugsbewegungen ist neben den befohlenen Räumungs- und Bergungsmaßnahmen im größten Maße von Zerstörungen aller Art Gebrauch zu machen.* “Räumungs- und Bergungsmaßnahmen das hieß, es wurde alles demontiert und abtransportiert, d.h. gestohlen, was dem Großdeutschen Reich zugute kam. Industrieanlagen, Maschinen, Grundstoffe, Transportmittel,etc.. Aber auch Nahrungsmittel, Vorräte, Vieh, usw.. Und natürlich Arbeitskräfte. D.h. arbeitsfähige Männer wurden inhaftiert und zur Zwangsarbeit deportiert. Transportwege, Industrie- und Energieanlagen, die die Alliierten noch für sich hätten nutzen können, wurden vernichtet. Wie es im Nero-Befehl hieß, war *„die Räumung und Zerstörung mit größter Energie durch*(zu)*führen, eingedenk des beispiellosen Verrats und der Opfer an deutschen Soldaten, die uns dieser Verrat kostet. Die Schädigung des Feindes muß über aller menschlichen Rücksicht stehen.“*

Gleichzeitig bediente sich das Deutsche Reich an den Gold- und Notenreserven der italienischen Nationalbank. Italien durfte die deutsche Truppenstationierung bezahlen, den Abtransport der demontierten Industrieanlagen, die Arbeiten an den militärischen Befestigungsanlagen, die von italienischen Zwangsarbeiter gebaut wurden, die gemeinsamen Kriegskosten, etc p.p..

Das was der deutsche Staat im Großen praktizierte, verübten die deutschen Landser im Kleinen. Mit Plünderungen und Diebstählen besserten sie ihren Sold auf. Dies Verhalten wurde stillschweigend durch höhere Ränge gebilligt.

Angesichts der bevorstehenden Niederlage des 3. Reiches und dem Vorgehen der Besatzungsmacht wuchs der Widerstand innerhalb der Bevölkerung. Die von den Deutschen eingeleiteten Repressalien sorgten dabei für immer massiveren Zulauf zu den verschiedensten Partisanenverbänden. Die Partisanenverbände, waren sie königstreu, anarchistisch, sozialistisch oder kommunistisch, waren recht erfolgreich. Gebietsbezogen waren sie teilweise so stark, daß sie über geraume Zeit eigene Partisanenrepubliken ausriefen. Bei der Befreiung der norditalienischen Städte spielten sie eine maßgebliche Rolle. Nach den jugoslawischen Partisanenverbänden stellte der italienische Widerstands die zweitstärkste bewaffnete antifaschistische Bewegung in Europa dar.

Neben dem bewaffneten Kampf in den Bergen und den Städten gab es die vielfältigsten Propaganda-, Sabotage- und Widerstandsaktionen.

Erinnerungsfoto an eine „Sühnemaßnahme“

Diese Widerstandsaktionen beantwortete die Wehrmacht und die SS mit unglaublich brutalen Repressalien. Allgegenwärtig waren die sogenannten Geiselerschießungen. D.h. für einen getöteten Wehrmachtsangehörigen wurden 10 unbeteiligte ItalienerInnen erschossen. So hielten sich die Deutsche Wehrmacht Geiseln sozusagen „auf Lager“. Feldmarschall Albert Kesselring, Oberbefehlshaber Südwest für Italien, am 17.6.1944 :“*...Wo Banden in größerer Zahl auftreten, ist der in diesem Bezirk wohnende, jeweils zu bestimmende Prozentsatz der männlichen Bevölkerung festzunehmen und bei vorkommenden Gewalttätigkeiten zu erschießen. Dies ist den Einwohnern bekanntzugeben.*“ Und weiter:“*Werden Soldaten usw. aus Ortschaften beschossen, so ist die Ortschaft niederzubrennen...*“. SS-Oberführer und Oberst der Polizei in Mittelitalien von Bürger: *„...Bei den geringsten Anzeichen einer aufrührerischen deutschfeindlichen Betätigung oder Gesinnung, und sei es nur in Form von Gesten (bolschewistischer Gruß oder ähnliches) oder Schmährufen, erwarte ich schärfstes und schonungsloses Eingreifen aller deutschen und italienischen SS- und Polizeieinheiten. Ich werde gegebenfalls jeden Führer decken, der in Befolgung dieses Befehls in der Wahl und der Schärfe des Mittels über das bei uns übliche zurückhaltende Maß hinausgeht.*“

Partigiani

Gegen Faschismus und deutsche Besetzung
Der Widerstand in Italien

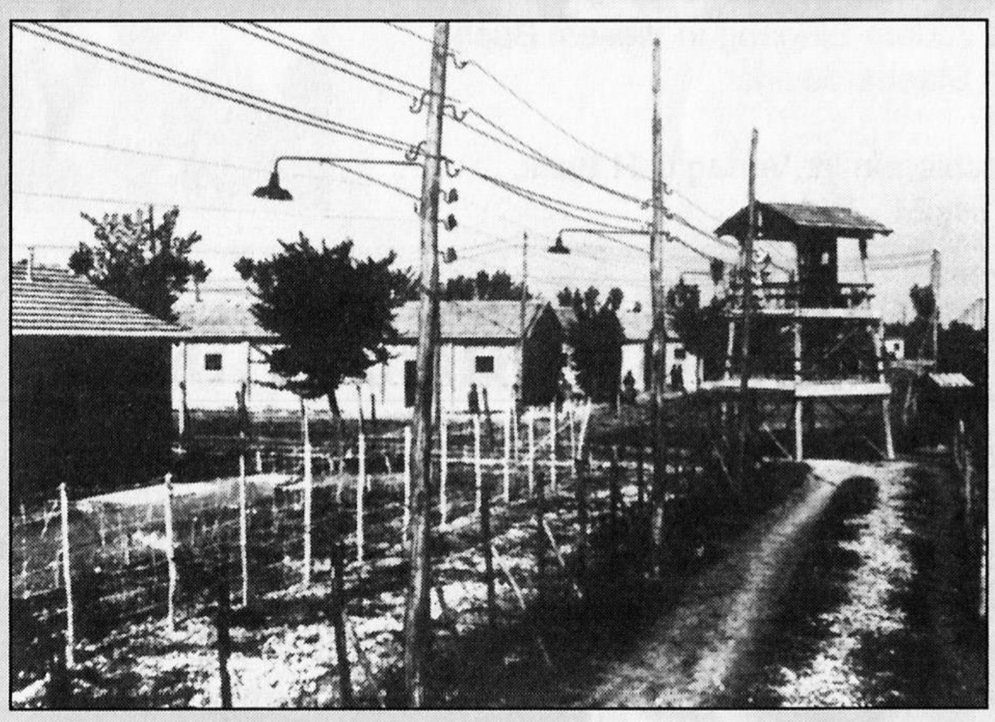
Partigiani. So nennt sich die Fotoausstellung der Institute für Widerstand und Zeitgeschichte in Modena, Parma und Reggio Emilia. Diese Ausstellung befindet sich derzeit auf Wanderschaft in der BRD und wird an den verschiedensten Orten zu sehen sein. Für entsprechende Termine achtet bitte auf Ankündigungen aus Eurer Region.
Zu der Ausstellung ist ebenfalls ein Katalog erschienen, der eine qualitative, mit zahlreichen Bildern versehenene Einführung zum bewaffneten Widerstand Italiens vermittelt.
Sehr zu empfehlen.

Informationen, Verleih & Buchungen der Ausstellung bei:
Initiative Kunst und Kutur e.V.; tel . 05551 - 708221; Fax. 05551 - 708426

der Bevölkerung ausmachten. So hatten die ItalienerInnen jüdischen Glaubens unter den antisemitischen Gesetzen von 1938 zwar stark zu leiden gehabt, aber das Regime hatte sich bis 1943 geweigert jüdische ItalienerInnen in die Vernichtungslager jenseits der Alpen zu deportieren. Dies auch, um sich im Ausland einen Anschein von Unabhängigkeit gegenüber dem 3.Reich zu geben. Mit der Installierung des Satellitenstaats, der „Republica di Salò", änderte sich dieses. Am 30. November 1943 erging der Befehl des Innenministers Buffarini Guidi alle JüdInnen in Lager zwecks der Deportation zu bringen. Die Zeit der Menschenjagd auf JüdInnen hatte begonnen. Mehr als 20 Prozent der italienischen JüdInnen wurden in den folgenden 1 1/2 Jahren über Sammelstellen, KZs oder Durchgangslager in deutsche Vernichtungslager deportiert. Nur die wenigsten davon überlebten diese.

Fossoli di Carpi und Bozen

Das wichtigste Kriegsgefangenenlager war Fossoli bei Carpi. Seine guten Eisenbahnanbindungen machten es so wichtig. Es wurde 1940 errichtet und lag 20 Kilometer von Modena entfernt. Zunächst war es nur für ca 800 Kriegsgefangene gedacht. Ende 1943 wurde aus dem Lager eines der größten Durchgangslager Italiens. Die Kapazität wurde erhöht und auch Badogliotreue Militärs, politische Häftlinge und JüdInnen interniert. Während die Militärs zur Zwangsarbeit im Deutschen Reich deportiert wurden, endeten die Züge für die politischen Gefangenen und für die Jüdinnen in den Konzentrationslagern jenseits der Alpen. Von November 1943 bis Ende 1944 wurden mindestens 3198 JüdInnen über Fossoli deportiert. D.h. mehr als ein Drittel der aus Italien deportierten Jüdinnen. Darunter auch Primo Levi, der Ausschwitz überlebte und später durch seine Bücher bekannt wurde.



Fossoli di Carpi, bei Modena

Als die Front näherrückte wurden die meisten Gefangenen und die Verwaltung im August 1944 nach Bozen/Gries verlegt. Dies Lager war erst im vorhergehenden Winter errichtet worden und das Größte in Italien. Es konnte 3000 Gefangene aufnehmen. Bozen ähnelte mehr als alle anderen Lager Italiens einem deutschen Arbeitslager. Das Eigentum der Gefangenen wurde konfiziert, sie wurden kahlgeschoren, trugen Häftlingskleidung und mußten innerhalb und außerhalb schwerste Arbeiten vollrichten. Auf verschiedenste Weisen wurden hier Häftlinge zu Tode gequält. Unter dem SS-Bewachungspersonal befand sich auch Hildegard Lächert. Sie wurde durch den Majdanek Prozeß in den 70iger Jahren berüchtigt. Fluchtversuche waren fast immer erfolglos, da die deutschstämmige Südtiroler Minderheit den Italienern und Juden feindselig gegenüberstand. Die so gefaßten Flüchtlinge wurden nach grausamer Folter hingerichtet. Die Deportationen in die KZs wurden erst Ende April 1945 eingestellt, da alliierte Bomber die Verkehrsverbindungen zerstört hatten.

Karl Friedrich Titho

Auch gegen den Lagerleiter von Fossoli und Bozen, Karl Titho, erging 1971 die Einstellungsverfügung der Dortmunder Zentralstelle. Zu ihm heißt es im O-Ton der Kammer: *„Dem Beschuldigten kann jedoch nicht mit hinreichender Sicherheit die Kenntnis davon nachgewiesen werden, daß die deportierten jüdischen Gefangenen später in den Konzentrationslagern getötet werden sollten"*. So einfach bekam/bekommt man bei der deutschen Justiz einen Persilschein. Man behauptete als ehemaliger SS-Untersturmführer und Leiter eines Deportationslagers nichts von der „Endlösung" gewußt zu haben und schon ging man straffrei aus. Auch die Anklage wegen einer Erschießung von 68 Gefangenen am 12.7.´44 als Sühnemaßnahme für einen Partisanenanschlag in Genua vom 25.6.´44 überstand Titho. Das Gericht konnte *„keine Tatbestandsmerkmale des Mordes feststellen, insbesondere nicht niedrige Beweggründe und keine grausame Tatausführung, so daß diese Exekution allenfalls als Totschlag anzusehen ist. Insoweit ist die Strafverfolgung jedoch verjährt."*

Karl Friedrich Titho

Nicht so leicht hatte es ihm die niederländische Justiz gemacht. Titho, seit 1932 SS-Mitglied, war Fahrer des SD-Chefs von den Niederlanden, Wilhelm Harster, gewesen. Des weiteren war er in den KZs Amersfoort und Vught tätig. Die Utrechter Richter wiesen Titho die Beteiligung an der Erschießung von 70 sowjetischen Kriegsgefangenen 1942 im KZ Amersfoort und Folterungen 1943 im KZ Vught nach. Im ersten Fall wurde er zu sechs, im zweiten Fall zu einem Jahr Haft verurteilt. Am 29.3.1953 wurde Titho nach Deutschland abgeschoben.

Ob dem ehemaligen Leiter von Fossoli jetzt doch juristisch beigekommen wird, ist abzuwarten. Das Militärtribunal in der Hafenstadt La Spezia überlegt momentan ihn wegen der Erschießung der 68 Gefangenen anzuklagen. Dabei könnte es sich als belastend für ihn erweisen, daß das Militärgericht Verona unlängst die Auslieferung von Michael Seifert und Otto Seit in Kanada beantragt hat. Beide waren ehemalige Untergebene von ihm in Fossoli. Sie werden wegen Folter und Mord gesucht und waren wie Titho und Lächert 1971 von der Dortmunder Justiz benannt, aber nicht belangt worden. Aus dem Kurort Horn im Lipperland ließ Titho auf jeden Fall vernehmen, daß er sich keiner Schuld bewußt sei und das er auch nicht daran denke, bei einem Prozeß zu erscheinen. Dies ließ er durch seinen Detmolder Anwalt und ehemaligen Kameraden aus der „Leibstandarte Adolf Hitler", Arndt Kuhlmann, verkünden.

*[1] Enzyklopädie des Holocaust II, (Hg) Israel Gutman, Berlin 1993

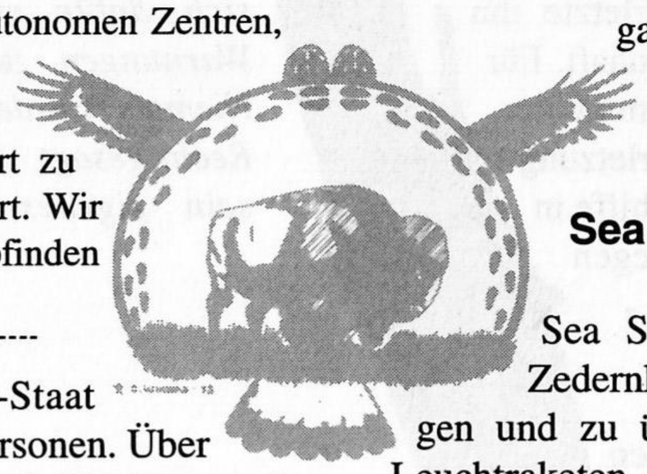
www.deportati.it

Für alle, die einen Zugang zum Internet haben, kann man auf die Internetseite von ANED verweisen.
ANED ist die Abkürzung für **„Associazione nazionale de ex-deportati politici"**, die Organisation der ehemalig politisch Deportierten, die die deutschen Konzentrationslager überlebt haben.
Die Homepage ist gut gestaltet, äußerst vielseitig, mehrsprachig und verfügt über sehr viele Links zu den diversen historischen Instituten und Forschungsstellen quer über den Globus.

Tierschutz rassistisch
Sea Shepherds Kampagne gegen indigene Waljagd

von ASWAD

(Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel wird hier nicht veröffentlicht, um die Tierrechtsbewegung an sich schlecht zu machen. Es geht vielmehr darum, dass mensch nicht eine Organisation des Tierschutzes wegen unterstützt, ohne diese zu hinterfragen. Gerade Sea Shepherd wird in der sogenannten "Linken" stark unterstützt. Ihre Broschüren liegen in Autonomen Zentren, und Szenekneipen aus. "Linke" machen Propaganda für diese Organisation. Ebenso veröffentlichen wir diesen Artikel ohne eine Diskussion über Walfang geführt zu haben, denn dafür ist diese Zeitung nicht der richtige Ort. Wir sind aber gegen jede Art von Rassismus und deshalb empfinden wir diesen Artikel als wichtig.)



Die Makah sind eine indigene Nation im US-Staat Washington; im Reservat Neah Bay leben ca. 1.800 Personen. Über Jahrtausende waren Grauwale ihr Hauptnahrungsmittel. Sie jagten mit Harpunen aus Zedernholzkanus. Die Makah haben seit 1855 einen gültigen Vertrag mit der US-Regierung, der Fisch- und Walfang garantiert. Der kommerzielle Walfang reduzierte die Grauwale drastisch, daher gaben die Makah auf freiwilligen Beschluß die Waljagd in den 1920er Jahren auf. Seit 1994 steht der Grauwal nicht mehr auf der Liste der gefährdeten Arten. 1995 beantragten die Makah eine Erlaubnis der Die Genehmigung, wirksam zum 1.10.98, gesteht ihnen für 5 Jahre eine jährliche Quote von 5 und maximal insgesamt 20 Grauwalen zu. Diese Quote zog die IWC von der einer sibirischen indigenen Nationen ab. Die IWC erlaubt indigenen Völkern die Waljagd nur zu Subsistenzzwecken; der Verkauf von Walprodukten ist illegal.

Indigene Lebensbedingungen

Die Makah leben unter ähnlichen Bedingungen wie andere indigene Ethnien auf Reservaten: Die Arbeitslosigkeit auf dem Reservat beträgt ca. 70%. Über 80% des indigenen Landes sind Wüste und Halbwüste, auf den Reservaten gibt es wenig Erwerbs- und Bildungsmöglichkeiten. Die Wohnsituation in überbelegten Häusern sowie Mangelernährung führen dazu, dass die Zahl der TBC-Kranken und -Toten bei der indigenen Bevölkerung um ca. 5mal höher liegt als im US-Durchschnitt. Auch die Kindersterblichkeit ist bei indigenen AmerikanerInnen am höchsten. Das Einkommen der Mehrheit liegt unterhalb der offiziellen Armutsgrenze.
Auf Reservaten können indigene Personen keine Sozialhilfe beziehen: sie erhalten Gelder aus Vertragszahlungen der US-Regierung als Entschädigungen für Landabtretungen. Das meiste bleibt in den Strukturen des **Bureau of Indian Affairs (BIA)** hängen, das Reservate, Schulen und Gesundheitsdienst verwaltet. Indigene Personen sind entgegen dem Vorurteil nicht von Steuern befreit: nur bei Berufstätigkeit innerhalb des Reservats zahlen sie keine Einkommenssteuer. Indigene Kulturen, Sprachen und Religionen wurden und werden unterdrückt: z.B. wurden die traditionellen Langhäuser verboten und die Makah in Einzelhäuser zwangsumgesiedelt.
Die Ausübung ihrer Religion war den Makah bis in die 1950er Jahre verboten. Die Makah verfügten nach 70 Jahren nicht mehr über die Kenntnisse zur Waljagd, die neue erlernt werden mussten; eine Kanubesatzung und Harpuniere mussten gefunden werden. Aufgrund einer IWC-Auflage dürfen Harpunen nur in der erste Jagdphase eingesetzt werden, danach muss der Wal mit einem Gewehr Kaliber 0.50 erschossen werden.

Tierschutz führt Indianerkriege

Nachdem die Makah die Genehmigung der IWC beantragt hatten, wurden sie zum Ziel verschiedener Tierrechtsorganisationen, wie Sea Shepherd (folgend Sea S.) Sea Defense Alliance (SEDNA), PAWS (Progressive Animal Welfare Society), Earth First! Seattle. Sea S. lobbierte heftig, aber erfolglos und drohte daraufhin: *"Wenn die Makah einen Wal jagen, werden *alle* Indianer leiden"* [Hervorh. c.].
Ab Oktober 1998 war Sea S. mit mehreren Schiffen in Neah Bay und belagerte das Reservat auch an Land. Es gab verbale Rüpeleien und physische Angriffe von AktivistInnen von Organisationen.
Watson brüllte Makah hasserfüllt an: *"Nur weil ihr blöd geboren seid, habt ihr noch lange nicht das Recht, blöd zu bleiben!"*
AktivistInnen beschimpften indigene Personen als *"besoffene Indianer"*, *"faule Indianer"*, *"Wilde"*, deren Kultur lachhaft sei - der unterste Bodensatz rassistischer Stereotype über indigene Personen. Mehrfach gab es Versuche von AktivistInnen, die nicht öffentlichen spirituellen Zeremonien zur Vorbereitung der Waljagt zu stören.

Sea Shepherd als Hüter der wahren indigenen Traditionen

Sea S. griff die Makah systematisch an, verfolgte das Zedernkanu und versuchte mehrfach, es von Walen abzudrängen und zu überlaufen, was nicht gelang, und beschoss es mit Leuchtraketen. Die AktivistInnen nahmen bei diesen Versuchen Verletzung oder Tod der Kanubesatzung in Kauf.
Gleichzeitig behauptete Sea S., die Jagd sei unter den Makah umstritten (sie wurde auf einer Vollversammlung von den über 80% der anwesenden Bewohner im Konsens beschlossen). Weiter verbreitete Sea S., viele traditionelle Älteste der Makah stünden auf Seiten von Sea S. Tatsächlich ist es nur eine Person, die sich von der traditionellen Lebensweise entfernt hat.
Sea S. weiss auch besser, was die Traditionen der Makah sind. Der Walfang jedenfalls nicht. Sea S. behauptet, der Grauwal sei ungenießbar: er habe bei den Inuit den Namen "Der Wal, der dich deinen Darm leeren lässt", also verursache Grauwalfleisch Durchfall. Ach so? Sea S. greift das rassistische Vorurteil des 'dummen Wilden' auf - sogar zu dumm, um zu wissen, was essbar ist - und lügt: Denn auch der angebliche Inuit-Name des Grauwals ist eine Fälschung im "Dienste der Sache".
Da viele Personen die Wahrheit dieser Behauptungen nicht überprüfen (können), hat Sea S. mit solcher Hetze Erfolg. Dieses "Argument" ist nur ein Beleg dafür, dass die erwähnte Krankheit bei Sea S. grassiert: als intellektueller Dünnpfiff!

Sea Shepherd und die "guten Indianer"

Sea S. erklärt in offiziellen Statements, die Leiterin der Aktionen in Neah Bay **Lisa Distefano** habe eine Cherokee-Großmutter, die auf einem Cherokee- Reservat in Louisiana geboren sei. Die Cherokee lebten nie in Louisiana und haben dort auch kein Reservat. Es ist bei weißen Möchtegernindianern und Rassisten üblich, die Abstammung auf die Cherokee zurückzuführen. Es sind nie männliche Vorfahren, sondern immer die "Indianerprinzessin".
In einem Schreiben bezeichnet Sea Shepherd-Europe in Herne auch das Sea S.-Mitglied **Michael Kundu** als "eingeborenen Indianer". Sie sollten besser lesen können, denn "Captain" **Paul Watson** nennt ihn "East Indian". Außerdem behauptet Sea S., ihr Mitarbeiter **Mat Lawson** sei Vollblutindianer - tatsächlich ist sein Vater Halbindianer.
Das Herner Büro will beweisen, dass sie nicht rassistisch sein können: bei Protesten zur Feier des 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas habe Sea S. erreicht, dass das spanische Konsulat sich für "die dem indianischen Volk zugefügten Ungerechtigkeiten" entschuldigte. Sea S. in Herne muss **Watson** besser zuhören: der behauptet inzwischen, die Aktion unter seiner Führung (klar) habe eine Entschuldigung der spanischen *Regierung* erreicht. Nein: das Konsulat ließ sich nur eine Protestnote geben. Leider erwähnt Sea S. auch nicht, welches indianische Volk (von Hunderten) gemeint war. Ebensowenig bemerkt Sea S., dass die Verharmlosung von 550 Jahren Verfolgung, Ethnozid etc. als "Ungerechtigkeiten" rassistisch ist.
Sea Shepherd-Captain **Watson** behauptet, er sei Veteran der Besetzung von Wounded Knee 1973 (WK), wo er Sanitäter war und will in die Nation der Oglala aufgenommen worden sein. In der Schwitzhütte habe er eine Vision gehabt, die ihm der Geheimnismann **Wallace Black Elk** erklärte: er müsse sich "um die Büffel der Meere, die Wale" kümmern. WK-Teilnehmer können sich aber nicht an **Watson** erinnern. **Black Elk** sagt, er habe mit keinem der weißen Sanitäter eine solche Zeremonie durchgeführt. Es gibt sieben Personen, die offiziell mit Urkunden in die

Oglala-Nation aufgenommen worden sind; **Paul Watson** ist nicht dabei.

Tierschutz über alles!

Wie betreibt Sea S. et al den Tierschutz als primäres Ziel? Bei den Versuchen, das Kanu abzudrängen/zu versenken, überlief zweimal ein Sea S.-Schiff einen Wal - beim 2. Mal traf die Schiffsschraube den auftauchenden Wal und verletzte ihn erheblich. Sea S. verschweigt diesen Vorfall schamhaft. Für sie ein "Kollateralschaden"? Welche Priorität nimmt der Tierschutz bei Sea S. noch ein? Als Folge der Verletzung eines Wals legte die US-Coastguard die Sea S.- Schiffe in Neah Bay in die Kette - wegen Verstoß gegen Naturschutzgesetze.

Die Angriffe gehen weiter

Nach der Jagd steigerten sich die rassistischen Angriffe. Bereits vorher tauchten bei Sea S.-Demos Transparente auf, die forderten: *"Save a whale - Harpoon a Makah"*; von der Organisation PAWS wurde dieser geistige Lichtblitz als Autoaufkleber verkauft. Das Klima für indigene Personen im Staat Washington wurde gefährlich: Beschimpfungen in aller Öffentlichkeit, in vielen Geschäften werden indigene Personen nicht mehr bedient. Die Makah erhielten anonyme Morddrohungen; wegen Bombendrohungen musste die Grundschule der Makah mehrmals geräumt werden. Auch die indigenen Nationen der Puyallup, Muckleshoot und Tulalip im Staat Washington erhielten Morddrohungen. Diese drei Nationen jagen keine Wale, aber auf feine Unterschiede nehmen Rassisten keine Rücksicht.

Ein junger Makah wurde von Weißen so zusammengeschlagen, dass er im Rollstuhl sitzt. Eine weitere tapfere Tat von TierschützerInnen war der Angriff auf einen Bus mit Makah-Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren. Sie schlugen mit Gegenständen auf den Bus ein und beschimpften die Kinder wüst. Sea S. und andere Organisationen schufen ein Klima des Rassenhasses und forderten Mitglieder und andere immer wieder auf, ihre Meinung in den Medien zu äußern. So forderten Anrufer bei einem Radiosender, die Regierung müsse nun Weiße bei einem traditionellen weißen Freizeitvergnügen unterstützen - der Indianerjagd.

Sea Shepherd bleibt konsequent rassistisch

In Presseerklärungen lancierte Sea S. Falschaussagen und Lügen. Sea S. behauptete entgegen den Tatsachen, die Makah wollten Walprodukte an Japan verkaufen. Sea S. verbreitet die Lüge, die Walfängercrew habe Alkohol- und Drogentests nicht bestanden. Sea S. behauptet, die Mehrheit der indigenen Nationen in den USA sei gegen die Waljagd. Die Wahrhaftigkeit der Behauptungen ist unwichtig.

Watson steht zu dieser Taktik: eine freche Behauptung komme in die Schlagzeilen, die Korrektur nur auf die letzte Seite.

In einer Pressemitteilung vom 11.6.1999 schreibt **Watson**, es sei *"Tatsache, dass die IWC die Jagd der Makah nicht genehmigt hat"* und auch das Herner Büro behauptet dies. Watson sagt, Sea S. sei nur wegen der fehlenden IWC- Genehmigung dagegen und bietet an, alle Aktionen einzustellen, wenn die Makah ihm die Genehmigung zeigen. Dies ist perfide und bedient sich des rassistischen Stereotyps des "lügnerischen, hinterlistigen Eingeborenen".

Sea S. behauptet, für Angriffe und rassistisches Klima nichts zu können. So äußerte **Andrew Davis**, Sea S.-Informationsdirektor: *"Wir registrieren Ihre ... Forderung, wir müssten dies korrigieren, bevor ... Menschen getötet oder verletzt werden, aber das liegt nicht in unserer Macht. Die Makah wurden seit Jahren gewarnt ... und sie haben sich dafür entschieden, alle Warnungen zu missachten... Niemals wurde es mehr zu Recht gesagt, dass ein Volk sein eigenes Schicksal selbst heraufbeschworen hat."* Es ist wohl Orwellsches Neusprech, dass **Davis** den Titel Informationsdirektor trägt. Weder **Andrew Davis**, noch Sea S. scheint aufzufallen, dass er diselbe Argumentation führt, mit der Nazis den Holocaust rechtfertigen wollten. **Davis** sagt ganz ungeniert, schwere Verletzungen oder sogar der Tod sei für Andersdenkende/handelnde angemessen. Rassismus ist immer menschenverachtend.

Sea Shepherd sucht sich Freunde

Einer der Verbündeten, von Sea S. als "herausragender Führer" bezeichnet, ist der Republikaner **Jack Metcalf**. **Metcalf** stimmt fast immer gegen Gesetzvorlagen zu Umwelt/Naturschutz oder Menschenrechte. Er ist eifriger Verfechter der White Supremacy und sagt z.B., Schwarze seien genetisch nicht in der Lage, sich selbst zu regieren. **Metcalf** kämpft gegen indigene Rechte und für eine rassistisch bestimmte Einwanderungspolitik.

Eine Sea S.-Anweisung vom November 1997 fordert die Mitglieder auf: *"Schreibt Metcalf und sagt ihm, dass ihr seine Arbeit unterstützt"*. Also dessen rassistische und gegen Natur/Tierschutz gerichtete Politik? Das Sea S.-Büro in Herne meint, Sea S. sei unpolitisch und akzeptiere die Unterstützung aller PolitikerInnen, unabhängig von der ideologischen Ausrichtung.

Sea S.-Captain **Watson** selbst schrieb: *"Immigrationspolitik ist Umweltschutz ... Wenn ein Immigrant aus einem Drittweltland US-Boden betritt, konsumiert er ab sofort 19mal mehr Energie als zu Hause."* Mit dieser Logik fordert er eine scharfe Begrenzung der Einwanderung für Personen aus Länder der Dritten Welt, weil diese Personen nur sinnlos konsumieren. **Watson** schreibt: *"Die Realität [ist]: mehr Immigration - mehr Konsum... Wenn die unkontrollierte Bevölkerungszunahme kein Umweltthema ist, dann weiß ich nicht, was noch eines sein sollte."*

Ein weiterer Sea S.-Freund ist Senator **Slate Gorton** (Rep.); kein Anhänger von Umwelt/Naturschutz und auch langjähriger Kämpfer gegen indigene Fischereirechte und Souveränität. Es muss wohl absoluter Zufall sein, dass der Familie Gorton die größte Fischkonservenfabrik im Staat Washington gehört. Gorton ist Vorsitzender des Senatsausschusses für Indianerangelegenheiten. Sein Amtverständnis: Er weigert sich, mit gewählten Repräsentanten der indigenen Nationen zu sprechen und ließ die Ausgaben für indigene Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnungsbauprojekte, wirtschaftliche Entwicklung immer weiter kürzen.

Stolz ist Sea S. auf die Unterstützung durch **Brigitte Bardot**. Madame ist mit dem Front-National-Aktivisten und -Rechtsanwalt **Bernard d'Ormale** verheiratet, dessen Ideologie ihr nicht fern scheint: In Interviews bedauerte sie die muslimische Überfremdung ihrer geliebten französischen christlichen Heimat, die sie noch zur Auswanderung zwinge und ihre heilige Heimaterde werde durch islamisches Schlachten mit Blut besudelt. Für solche Äußerungen wurde Bardot wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Der Sea Shepherd-Zweck heiligt die rechten Mittel und Argumente

Gegenüber Personen, die gegen den Sea S.-Weg des rassistischen Tierschutz Stellung beziehen, erweist sich Sea S. als Schüler rechter Vorbilder. Sea S. droht mit juristischen Konsequenzen und Prozessen und einige Mitglieder sind sich nicht zu fein, anzukündigen: *"Dich kriegen wir auch noch"*. Ein Mitglied von Earth First!/Seattle verhöhnte anarchistische KritikerInnen als *"sozialistische Schmarotzer"*. Diffamierung und Bedrohung von KritikerInnen spricht weder für Einsichtsfähigkeit noch für die Absicht, künftig auf rassistische Argumentation und Aktionen zu verzichten oder sich von rechtslastigen Verbündeten zu trennen. Nur eines könnte dabei stören.

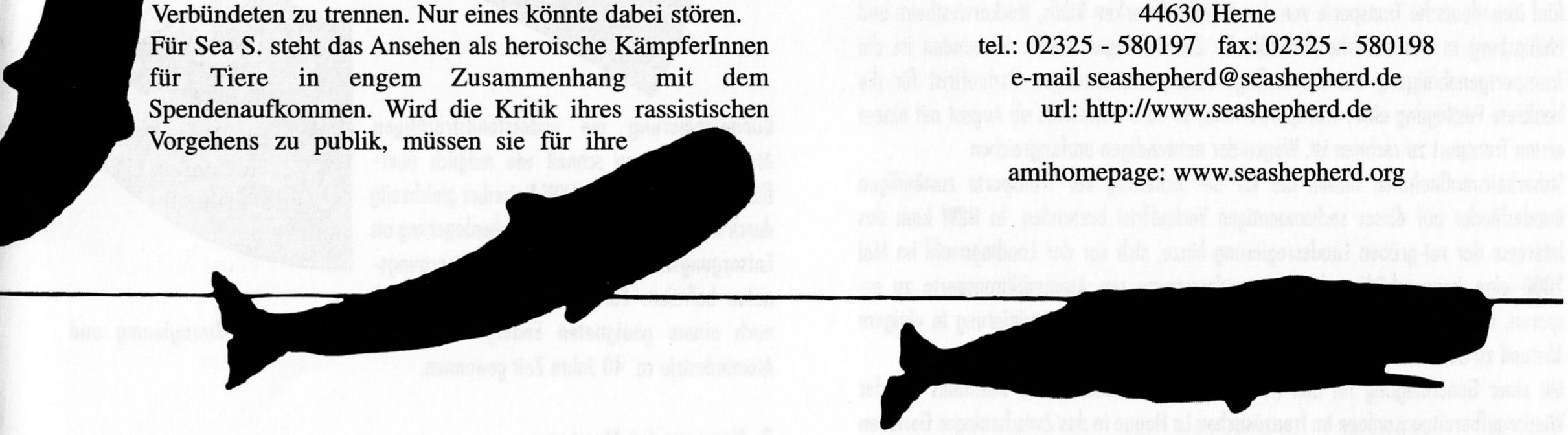
Für Sea S. steht das Ansehen als heroische KämpferInnen für Tiere in engem Zusammenhang mit dem Spendenaufkommen. Wird die Kritik ihres rassistischen Vorgehens zu publik, müssen sie für ihre Kasse fürchten: Sea S. hat 1998 US$ 3.433.974 erhalten und nur $ 896.665 ausgegeben - die Non-Profit- Organisation hat einen Gewinn von $ 2.641.071 gemacht!

Es ist offensichtlich angebracht, bei Spenden an Tierrechtsorganisationen oder beim Beitritt abzuklopfen, wie diese es mit Menschenrechten und Rassismus halten und mit wem sie zusammenarbeiten.

Adresse von Sea Shepherd Europa:

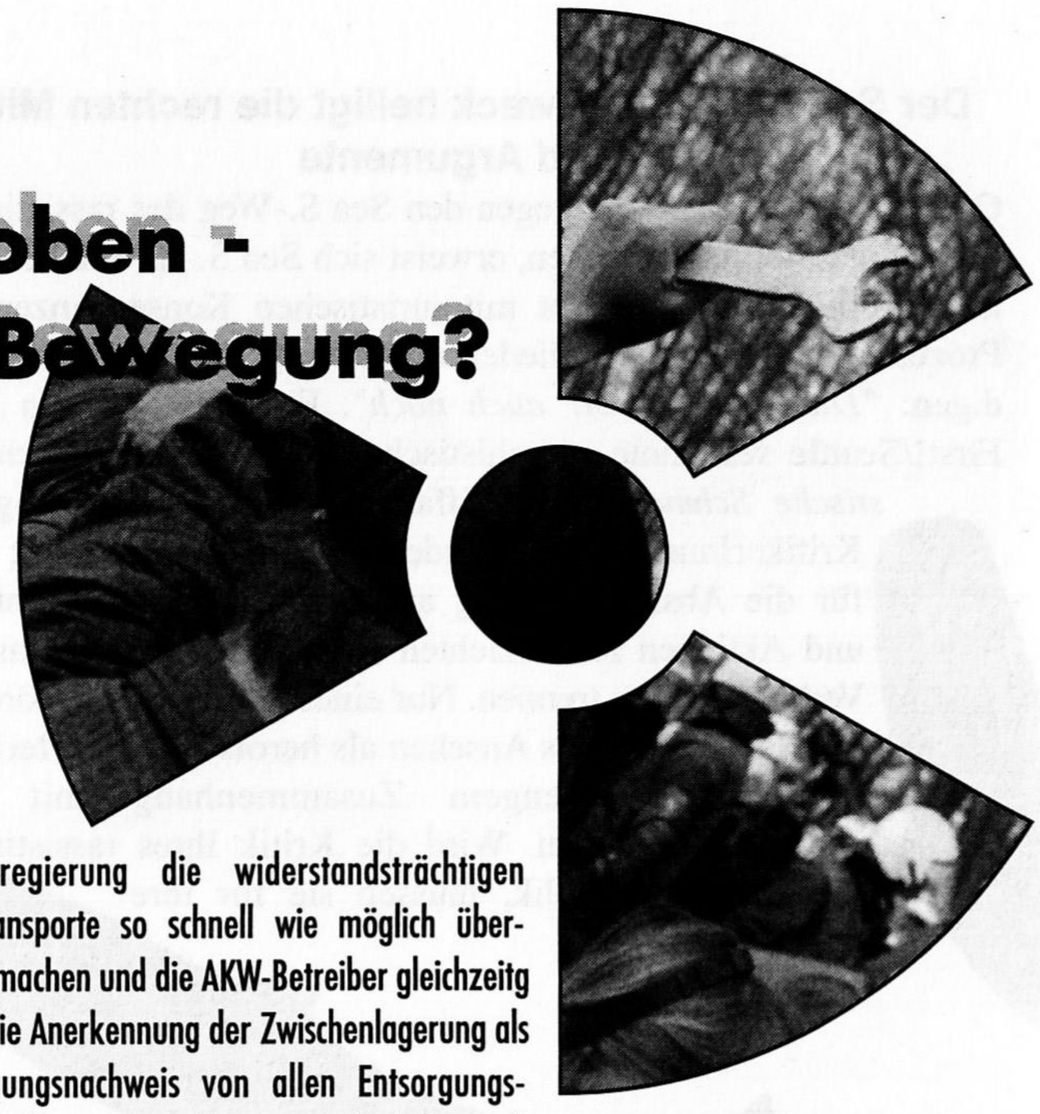
Sea Shepherd Europe
Postfach 20 05 63
44630 Herne
tel.: 02325 - 580197 fax: 02325 - 580198
e-mail seashepherd@seashepherd.de
url: http://www.seashepherd.de

amihomepage: www.seashepherd.org



'Immer wieder die Machtfrage stellen!'

Castor-Transportstopp aufgehoben - Heisser Herbst der Anti-Atom-Bewegung?



,1.Transportstopp aufgehoben!

Das unter grüner Präsidentschaft stehende 'Bundesamt für Strahlenschutz' hat Ende Januar 2000 den noch von der CDU-Umweltministerin Kontaminationsskandals verhängten Transportstopp für Castor-Behälter aufgehoben. Genehmigt wurden zunächst fünf innerdeutsche Transporte von den Atomkraftwerken Biblis, Neckarwestheim und Phillipsburg in das nordrheinwestfälische Zwischenlager Ahaus. Verbunden ist die Transportgenehmigung mit der Auflage einer sechsmonatigen Vorlauffrist für die konkrete Festlegung eines Transporttermins, so dass frühestens ab August mit einem ersten Transport zu rechnen ist. Wegen der notwendigen umfangreichen
Sicherheitsmaßnahmen hatten die für die Sicherung der Transporte zuständigen Bundesländer auf dieser sechsmonatigen Vorlauffrist bestanden. In NRW kam das Interesse der rot-grünen Landesregierung hinzu, sich vor der Landtagswahl im Mai 2000 eine imageschädigende Auseinandersetzung um Atommülltransporte zu ersparen. Am wahrscheinlichsten ist für Ahaus eine Transportterminierung in einigem Abstand zu den Sommerferien im Herbst diesen Jahres.
Mit einer Genehmigung für den Rücktransport hochradioaktiven Restmülls aus der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague in das Zwischenlager Gorleben wird ebenfalls in den nächsten Wochen gerechnet. Dieser Transport stößt allerdings auf die Schwierigkeit, da auf der üblichen Bahntransportstrecke bei Hitzacker eine Brücke baufällig ist und nicht vor Ende des Jahres repariert werden kann. Die für die Abwicklung der Transporte zuständige Essener ‚Gesellschaft für Nuklearservice' (GNS) hat deshalb bereits eine Ausweichstrecke über Arendsee in Sachsen-Anhalt beantragt. Da bei dieser Variante die Castoren aber über eine wesentlich längere Strecke auf der Straße transportiert werden müssen, erhöht sich der Aufwand zum Schutz des Transportes noch einmal enorm. Die niedersächsische Landesregierung würde wegen der von Juni bis Oktober 2000 in Hannover stattfindenden EXPO, in diesem Jahr am liebsten ganz von Transporten verschont bleiben. Solange die Wiederaufbereitung nicht gänzlich gestoppt ist, haben die wendländischen AtomkraftgegnerInnen auch gegen Rücktransporte aus Frankreich massiven Widerstand angekündigt. Außerdem hat die ‚Bäuerliche Notgemeinschaft' bereits mit einem Traktoren-Treck zur EXPO-Eröffnung am 1. Juni in Hannover gedroht.
Der Zeitpunkt für die Genehmigung der Wiederaufnahme der Transporte in die Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague und Sellafield ist noch unklar. Ein Sicherheitsgutachten für die bei diesen Transporten benutzten speziellen Transportbehälter liegt erst seit November letzten Jahres vor. Dort werden ca. 100 Sicherheitsauflagen formuliert, die die Betreiber zur Zeit abarbeiten. Auch für die Transporte in die Wiederaufbereitung liegen bereits zahlreiche Anträge von verschiedenen AKW-Standorten vor.

2.Trittin verhindert Verstopfung

Die jetzt erfolgte Aufhebung des Transportstopps dient zunächst vor allem dazu, ein Abschalten einzelner AKW's wegen übervoller Abklingbecken zu verhindern. Diese ‚Stillegung auf kaltem Wege' hätte in Biblis, Neckarwestheim, Philippsburg und Stade beim nächsten Brennelementewechsel im Frühjahr diesen Jahres gedroht. Mit der Erteilung einer Transportgenehmigung besteht nun in den süddeutschen AKW's die Möglichkeit, den radioaktiven Müll einfach in die Castor-Behälter zu packen und auf dem Kraftwerksgelände zu parken. Bei dieser atomrechtlich fragwürdigen sog. ‚Transportbereitstellungslagerung' handelt es sich um eine Erfindung aus dem Hause Trittin, um der Atomindustrie den Entsorgungsnotstand zu ersparen. Für das AKW in Stade, von dem aus keine Transporte in deutsche Zwischenlager möglich sind, soll die Zulassung eines zusätzlichen Lagergestells den nötigen Platz im Abklingbecken schaffen. Trittin distanziert sich durch diese Friedensangebote gleichzeitig nachdrücklich von allen Vorwürfen von Seiten der Atomindustrie, er betreibe eine ‚Verstopfungsstrategie'.
Durch eine schnelle und unbürokratische Genehmigung der mittlerweile von den meisten AKW-Standorten beantragten dezentralen Zwischenlager will die Bundesregierung die widerstandsträchtigen Atomtransporte so schnell wie möglich überflüssig machen und die AKW-Betreiber gleichzeitg durch die Anerkennung der Zwischenlagerung als Entsorgungsnachweis von allen Entsorgungsnöten befreien. Für die einvernehmliche Suche nach einem geeigneten Endlagerstandort haben dann Bundesregierung und Atomindustrie ca. 40 Jahre Zeit gewonnen.

3. Konsens ist Nonsens

Im Hinblick auf die Wiederaufnahme der sog. ‚Atomkonsensgespräche' zwischen Bundesregierung und Energiekonzernen handelt es sich bei der Genehmigung der Castor-Transporte um einen Akt vorauseilenden Gehorsams. Otto Majewski, Präsident des Deutschen Atomforums, sieht dem entsprechend in der Genehmigung neuer Atommülltransporte „ein klares Signal der Entspannung" und kündigt bei dieser Gelegenheit an, es gebe bei der Formulierung eines Atomkonsenses „keine unüberbrückbaren Hindernisse". Durch ihr „Einknicken vor der Atomlobby", so der saarländische SPD-Fraktionschef Heiko Maas, begibt sich die Bundesregierung „in die Hände der Energiewirtschaft" und legt sich bedingungslos auf eine Konsensstrategie fest, denn mit der „erneuten Genehmigung für Castor-Transporte verzichtet die Bundesregierung ohne Not auf ihr einziges Druckmittel bei den anstehenden Ausstiegsverhandlungen".
Damit dürfte endgültig auch allen klar sein, dass bei den Konsensgesprächen kein Atomausstieg, sondern lediglich eine Bestandsgarantie für die laufenden AKW's herauskommen wird. Bei geplanten Laufzeiten von 30 bis 35 Jahren
und Übergangsfristen von drei Jahren für die ältesten Atomkraftwerke muß in dieser Legislaturperiode keine einzige Atomanlage stillgelegt werden. Und sollten die Energiekonzerne doch freiwillig einzelne unrentable Altanlagen stilllegen, dann können sie sich die Restlaufzeiten dieser Anlagen für ihre profitableren neuen Kraftwerke gutschreiben lassen. Ein Ende der Atomenergienutzung ist auf diesem Wege nicht vor dem Jahr 2025 in Sicht. Und wie sich bis dahin die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen verändern werden, vermag ohnehin niemand vorherzusehen.

4. Verstopfung als Strategie

Doch die Rechnung von Bundesregierung und Atomindustrie kann nur aufgehen, wenn der Widerstand der Anti-Atom-Bewegung befriedet werden kann. Dieser Herausforderung wird sich in den nächsten Monaten insbesondere die Partei ‚Bündnis 90/ Die Grünen' widmen. Unmittelbar nach Erteilung der Transportgenehmigung forderte bereits der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Spinrath, Umweltminister Trittin dazu auf, „auf die Gegner der Atomtransporte einzuwirken, damit sie auf militante Aktionen verzichten". Es dürfe „nicht mehr zu diesen grässlichen Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und der Polizei kommen". Die Bundesregierung solle deshalb nicht nur einen Konsens mit der Atomindustrie, sondern auch einen Konsens mit den Atomkraftgegnern schließen. Die Polizei werde nicht in der Lage sein, die „Vielzahl der zukünftigen Castor-Transporte so zu schützen, wie das in der Vergangenheit erforderlich war das heisst mit 30 000 Polizisten je Castor-Transport". Beim Abbau der riesigen Überstundenberge bliebe sonst die ganz normale Sicherheit, der polizeiliche Alltag, auf der Strecke.

Atomindustrie und Poizeiführung scheinen jedoch den Einfluß der Grünen auf die Anti-Atom-Bewegung maßlos zu überschätzen. Die rot-grüne Ausstiegslüge stößt auch beim bürgerlichen Teil der Bewegung und bei den Umweltverbänden auf schärfsten Widerspruch. Beim ersten Castor-Transport, ganz gleich wo er beginnt und wo er endet, wird es im gesamten Bundesgebiet entlang der Transportstrecke massiven Widerstand geben. Ein Mobilisierungschwerpunkt liegt dabei bereits auf Aktionen am Ausgangs-AKW. Energische und trickreiche Blockaden sollen die Castoren möglichst bereits an der Ausfahrt aus den AKW's hindern. Sollte dies nicht klappen, planen Aktionsgruppen in ihrer jeweiligen Region dezentrale Aktionen entlang der gesamten Transportstrecke. Dass an den möglichen Zielorten in Ahaus und Gorleben kein einfaches Durchkommen sein wird, ist nach den Erfahrungen der letzten Transporte eh klar. Die Vorbereitungen der Anti-Atom-Bewegung auf den nächsten Transport laufen bereits seit Monaten auf Hochtouren. Ein gemeinsamer bundesweiter Aufruf der Anti-Atom-Bewegung wird demnächst überall verbreitet werden.

Solange es noch die Notwendigkeit von Transporten gibt, hat die Anti-Atom-Bewegung die reale Chance, durch die Verstopfung der Transportwege tatsächlich ‚Atomkraftwerke vom Netz zu blockieren'. Der rot-grünen Bundesregierung steht also bei Wiederaufnahme der Transporte die erste wirkliche Machtprobe mit einer außerparlamentarischen Widerstandsbewegung ins Haus. Sollte der Widerstand massiv genug sein, dann kann die Anti-Atom-Bewegung bei den Atomtransporten wirklich die Machtfrage stellen. Bei einem Sicherungsaufwand von 30 000 Polizisten läßt sich auf keinen Fall mehr als ein Transport pro Jahr durchprügeln. Und auch dafür wird der politische und materielle Preis enorm hoch werden.

5. Kurzschluss - denn das Gute liegt so nah

Da das Zwischenlager in Ahaus vermutlich der Zielort des ersten Transportes sein wird, sind auch im Münsterland die konkreten Vorbereitungen auf den nächsten Tag X angelaufen. Mit einer gut besuchten Aktionskonferenz hat die Bürgerinitiative ‚Kein Atommüll in Ahaus' Anfang November 99 die konkrete Vorbereitungsphase eingeläutet. Aus den Erfahrungen mit dem letzten Ahaus-Transport sind dabei auch von Seiten der BI einige wichtige Lehren gezogen worden:

aufgrund der negativen Erfahrungen mit der Zuverlässigkeit polizeilicher Zusagen und der Trickserei mit dem Transporttermin, wird die BI diesmal keine offiziellen Verhandlungen mit der Polizei führen. Auch auf eine frühzeitige Anmeldung von Camp-Standorten soll zugunsten der eigenen Unberechenbarkeit und der Erschwerung von Verboten, verzichtet werden. Mögliche Camp-Standorte werden erst kurzfristig bekannt gegeben und im Falle polizeilicher Übergriffe ist für Ersatzstandorte gesorgt. Außerdem wird sich die BI diesmal nicht wie beim letzten Transport auf eine bestimmte Aktionsform (X-Tausend mal quer) festlegen. In einem offenen Aktionskonzept sollen die unterschiedlichen Aktionsformen (jede/r entscheidet selbst über die angemessene Form des Widerstandes) gleichberechtigt behandelt werden. Die noch beim letzten Transport durchaus vorhandene Angst vor den auswärtigen ‚Chaoten' hat sich mittlerweile durch die konkreten Erfahrungen verflüchtigt. Zur Erhöhung der Flexibilität des Widerstandes, soll diesmal die räumliche Fixierung auf Ahaus aufgebrochen und das ganze Münsterland zum Aktionsraum erklärt werden. Eine gemeinsame Pressegruppe im BI-Büro wird sich dann um die Vermittlung der hoffentlich zahlreichen dezentralen Aktionen bemühen.

Neben der räumlichen ist auch eine zeitliche und inhaltliche Ausdehnung des Widerstandes geplant. Sollte der Castor-Transport ins Zwischenlager durchkommen, dann ist eine Fortsetzung der Aktionen an der Urananreicherungsanlage im nahegelegenen Gronau vorgesehen. Alle Menschen, die bundesweit am Ausgangs-AKW und entlang der Transportstrecke bereits Widerstand geleistet haben, werden deshalb auf jeden Fall dazu aufgerufen, noch nach Ahaus zu kommen und sich an den Aktionen zu beteiligen. Diesmal werden wir das Ende unserer Aktionen selbst bestimmen und nicht vom Agieren der Gegenseite abhängig machen. Sollte uns diese Verlängerung der Mobilisierung gelingen, dann wird der Polizeieinsatz endgültig unkalkulierbar. Doch auch inhaltlich ist eine Ausweitung des Widerstandes auf den Ausgangspunkt der atomaren Brennstoffspirale wichtig. Die Gronauer Anlage liefert bereits jetzt international den Rohstoff für die Produktion atomarer Brennelemente und ist Ziel- und Ausgangsort zahlreicher Urantransporte. Zur Zeit gibt es außerdem in Gronau eine Großbaustelle, da mit Genehmigung der rot-grünen Landesregierung die UAA gerade ihre Produktionskapazitäten verdoppelt. Eine Verbindung der Anti-Castor-Mobilisierung mit Aktionen gegen die UAA in Gronau würde gleichzeitg auch den praktischen Beweis liefern, dass die Anti-Atom-Bewegung mehr ist als eine reine Anti-Castor-Bewegung.

6. Hinter der Strahlung steht der Wert

Die politischen Perspektiven und Aktionsstrategien der Anti-Atom-Bewegung sind auch das bestimmende Thema der Anti-AKW-Bundeskonferenz, die vom 31.03. bis zum 02.04. 2000 im Autonomen Zentrum in Mühlheim an der Ruhr stattfinden wird und inhaltlich und organisatorisch von den Anti-Atom-Gruppen aus dem Ruhrgebiet, dem Bergischen Land und dem Münsterland vorbereitet wird. Als Reaktion auf die Kritik an der Unverbindlichkeit, Inhalts- und Perspektivlosigkeit der letzten Bundeskonferenzen, soll diesmal ein neues inhaltliches und formales Konzept ausprobiert werden. Anstatt eines Sammelsuriums unverbundener Einzelthemen sollen diesmal alle gemeinsam über die zentralen Fragen der Einschätzung der aktuellen Atom- und Energiepolitik und der wichtigsten Ansatzpunkte und Strategien für den weiteren Widerstand diskutieren. Unter dem Motto ‚Hinter der Strahlung steht der Wert' geht es dabei auch um eine Ausweitung der inhaltlichen Debatte der Anti-Atom-Bewegung in Richtung einer generellen Kapitalismuskritik.

Die Auftaktveranstaltung am 31. Märzsoll dazu die nötigen Hintergründe über die ‚Energiepolitik im entfesselten Kapitalismus' liefern. In der inhaltlichen Debatte am Samstag geht es dann zunächst im Block ‚Positionen' um eine konkrete Kritik der aktuellen rot-grünen Atompolitik und um um die praktischen Möglichkeiten der Bewegung dem rot-grünen Ausstiegsnonsens etwas entgegen zu setzen. Bei diesem Thema geht es nicht zuletzt um eine Repolitisierung der Anti-Atom-Bewegung, die allzulange Atomkonzernen und Bundesregierung in der Ausstiegsdebatte das Feld überlassen hat. Im Block ‚Strategien und Perspektiven' geht es dann am Nachmittag um eine Einschätzung der politischen Chancen und Grenzen der ‚Verstopfungsstrategie' der Bewegung. Angesichts der beantragten dezentralen Zwischenlager und der bereits gestarteten ‚Transportbereitstellungslagerung' werden die Atommülltransporte als Archillesferse der Atomindustrie demnächst u.U. vollständig verzichtbar. Die Bewegung muß sich also dringend - will sie nicht in der politischen Sackgasse landen - neue Ansatzpunkte und Strategien für ihren Widerstand überlegen. Die stärkere Orientierung auf Urantransporte und Urananreicherung ist dabei sicherlich ein möglicher konkreter Anknüpfungspunkt. Darüber hinaus sollte die Bewegung in Zukunft auch stärker über den eigenen Tellerrand hinaus blicken und Vernetzungen mit anderen sozialen Widerstandsbewegungen herstellen. Die bereits in Aussicht gestellte Beteiligung an der Mobilisierung gegen die EXPO 2000 in Hannover ist dabei sicherlich für das Jahr 2000 der wichtigste Ansatzpunkt und wird dementsprechend auch auf der Konferenz behandelt werden.

Am Sonntag wird die Konferenz dann mit einer Überraschungsaktion beendet. Schließlich befindet sich Mülheim als Austragungsort der Konferenz und Standort der einzigen bundesdeutschen Produktionsfirma für Castor-Behälter ja mitten im Herzen der Bestie. Auch bisher nicht in der Anti-Atom-Bewegung organisierte Menschen sind herzlich zur Teilnahme an Konferenz und Aktion eingeladen.

Delegiertentreffen zur Ahaus-Vorbereitung:
c/o Rebekka Korthues , Kronenweg 14, 48 683 Ahaus

Kontakt zur Gronau-Vorbereitung: INFAM
Postfach 1632, 48 666 Ahaus, tel.: 02563/205577; 0171/7050827

Kontakt zu den Anti-Atom-Gruppen im Ruhrgebiet über:
Anti-Atom-Plenum Ruhrgebiet / Bergisches Land
c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44 694 Bochum
e-mail: akw.nee@eurointer.de
www.akw-nee.de (auch Infos zur Bundeskonferenz):

Infos und Anmeldung zur Bundeskonferenz:
Buko ,c/o Autonomes Zentrum, Auerstr. 5, 45468 Mülheim a.d.R.
tel. 0208/4445633, e-mail: atze.ajz@gmx.net

Bürgerinitiative ‚Kein Atommüll in Ahaus'
Bahnhofstr. 51, 48 683 Ahaus
tel.: 02561/961791; Infoline: 02561/961799; fax: 02561/961792
e-mail: mail@bi-ahaus.de; Homepage: http://www.bi-ahaus.de

Dr. Pfeifenberger, Goethe und der "Brandstifter" Thomas Mann

Nordrhein-westfälischer Professor verbreitet weiter Nazi-Diktion und wird dafür vom NRW-Wissenschaftsministerium bezahlt

1997 wurde Dr. Werner Pfeifenberger, der damals an der Fachhochschule Münster Politikwissenschaften lehrte, auf Grund des Urteils eines Wiener Gerichtes, das feststellte, daß dieser "Nazi-Töne" und "Nazidiktion" gebrauchte sowie "die alte Nazi-Mär von der jüdischen Weltverschwörung langatmig" aufwärmte, fristlos entlassen. Das NRW-Wissenschaftsministerium schloß im August dieses Jahres einen Vergleich mit Dr. Pfeifenberger, wonach dieser zwar nicht mehr lehren wird, aber bei vollen Bezügen an der Fachhochschule Bielefeld "Forschung" betreiben darf. Die Entlassung wurde zuvor vom Arbeitsgericht rückgängig gemacht, weil Pfeifenberger seinen Artikel "Internationalismus gegen Nationalismus" im „Jahrbuch 1995“ der FPÖ veröffentlicht hatte und die fristlose Entlassung erst zwei Jahre danach erfolgte, statt wie es das Arbeitsrecht fordert innerhalb von zwei Wochen. Nun hat Pfeifenberger im Sammelwerk "Goethe Dichter - Naturforscher - Staatsmann" gleich zwei Artikel publiziert, die zeigen, daß er weiterhin die gleiche Diktion benützt. Das im Grazer Aula-Verlag 1999 erschienene Buch hat 19 Autoren, von denen neun im "Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus", sechs im "Handbuch deutscher Rechtsextremismus" und fünf in beiden vermerkt sind. Pfeifenberger, der offenbar in diesem Milieu verankert ist, benützt Goethe, der sich nicht mehr wehren kann, um seine Meinung über diejenigen auszudrücken, die ihm trotz Nazitönen gestatten, auf Kosten des Steuerzahlers zu "forschen": "Diese Goethe'sche 'Volkheit' scheint für die regierenden Machthaber bis zum heutigen Tage ein unverständliches Fremdwort geblieben zu sein", so Pfeifenberger. Der österreichische "Forscher" Pfeifenberger tischt uns die Neuigkeit auf, daß Goethe "1783 sogar im berüchtigten Illuminaten-Orden" Aufnahme fand, "der vornehmlich in Bayern gegen die Katholische Kirche wütete, bald in ganz Westeuropa sein zerstörerisches Unwesen trieb." Wieder einmal, wie schon so oft zuvor, schöpft er aus trüben Quellen, denn für diese Behauptung beruft er sich u.a. auf das Werk des Verschwörungstheoretikers Abbé Augustin Baruel (1741- 1820), der als Pionier des antisemitisch-antifreimaurerischen Mythos genannt werden kann. Und wenn schon Verschwörung, dann geht Pfeifenberger aufs ganze und verknüpft Illuminaten mit Freimaurern. Für diese Behauptung zitiert er einen seiner Lieblingsautoren, E.R.Carmin, der in seinem im Heyne-Verlag erschienenem Buch "Das schwarze Reich - Geheimgesellschaften und Politik im 20. Jahrhundert" antisemitische Wahnideen esoterisch verpackt hat.

Soweit sein erster Artikel. Im zweiten Artikel, der unter dem Titel „Der Dichterfürst und der ‚tintenklecksende Lump,“ erschienen ist, greift Pfeifenberger u.a. Thomas Mann an und verwertet wieder einmal einige Stehsätze aus seinem im „Freiheitlichen Jahrbuch 1995“ erschienenen Text, wie „die ideologischen Sieger des 20. Jahrhunderts“, die "Kollektivschuld eines ganzen Volkes - des im Kriege unterlegenen“ und die "Erfindung des Verbrechervolkes". Nur für Außenstehende wirkt es seltsam, wenn ausgerechnet in einem von österreichischen Faschisten mit "urdeutschen" Namen, wie Otto Scrinzi und Walter Marinovic herausgegebenen Buch Pfeifenberger "Autoren mit deutsch klingenden Namen" erwähnt, denen er vorwirft, sie würden "die Notwendigkeit seiner [der Deutschen K.P.] exemplarischen Züchtigung, wenn nicht gar diskreten Vertilgung" nachweisen, um dann nur Franz Werfel als Beispiel dafür zu nennen. Eingefleischte Antisemiten, die man in der Leserschaft eines Scrinzis und eines Marinovic's in größer Zahl vermuten darf, werden diese Dechiffrierung alt hergebrachter, antisemitischer Standarts mühelos leisten.

Was hat dies alles mit Thomas Mann oder Goethe zu tun? Thomas Mann - so der an der Bielefelder Hochschule "forschende" Pfeifenberger - "entdeckte Goethe gerade noch rechtzeitig, um dem britischen Anklagevertreter in Nürnberg das nötige Rüstzeug zu liefern, mit dem dieser alle Welt darauf aufmerksam machen konnte, wes' nationalen Geistes Kinder auf der Anklagebank saßen – eigenhändig eingestanden und angeklagt vom größten Geist dieses Geistes und somit ein unleugbarer Beweis für die zeitlos zeitgemäße Verbrechermentalität aller Deutschen." Dr. Werner Pfeifenberger urteilt: "dieser eher ordinäre und durchwegs etwas unbeholfene Stil Thomas Manns" zeige, daß der nach Pfeifenbergers Interpretation "haßerfüllte" und in "vielen Äußerungen stümperhalfte" Thomas Mann "für eine gekonnte Nachahmung des Dichterfüsten (...) eine Nummer zu klein" gewesen sei. Pfeifenbergers Schluß verdient besondere Beachtung: "Von Thomas Mann wird berichtet, daß er sich öffentlich über die alliierten Flächenbombardements auf unverteidigte deutsche Städte gefreut habe. Millionen Frauen, Kinder und Greise waren seiner Schadenfreude zum Opfer gefallen. Er, der 1949 Goethe-Preisträger war, gehört damit nicht zuletzt zu jenen geistigen Brandstiftern, die auch die Zerstörung des Geburtshauses Goethes in Frankfurt am Main auf dem Gewissen haben."

Und wir dachten schon, die Nazis hätten Schuld. Aber nein, der vom deutschen Steuerzahler entlohnte Dr. Werner Pfeifenberger klärt uns wieder einmal auf: Schuld sind die Alliierten, die "Autoren mit deutsch klingenden Namen" und andere deutsche "Brandstifter".

Eine Reaktion des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministeriums, in dessen Diensten Pfeifenberger als Professor der Fachhochschule Bielefeld steht, auf seine neuen Äußerungen im alten Nazi-Jargon blieb bislang aus. Fast möchte man glauben, das im Ministerium Fristen zur Entlassung eines braunen Professors mit Absicht versäumt worden seien und weiter versäumt würden.

Von Karl Pfeifer / Wien

A B O

An die
LOTTA
c/o Geschichtswerkstatt
Wellinghoferstr. 44
44263 Dortmund
LOTTA@koma.free.de

Ich/wir möchten die LOTTA für 4 Ausgaben zu 18,- DM abonnieren:
Den Betrag von DM habe(n) ich/wir bar/in Briefmarken beigelegt: ☐
bereits überwiesen: ☐

Für ein Förderabo bekommt ihr ☐ DM.
Mit der letzten bezahlten Ausgabe erhalte(n) ich/wir eine Rechnung für die nächsten 4 Ausgaben.
Für WiederverkäuferInnen gibt es natürlich Rabatt (bitte nachfragen).

Konto: Geschichtswerkstatt Dortmund e.V.
Konto-Nr: 021023493
BLZ: 44050199
Stadtsparkasse Dortmund

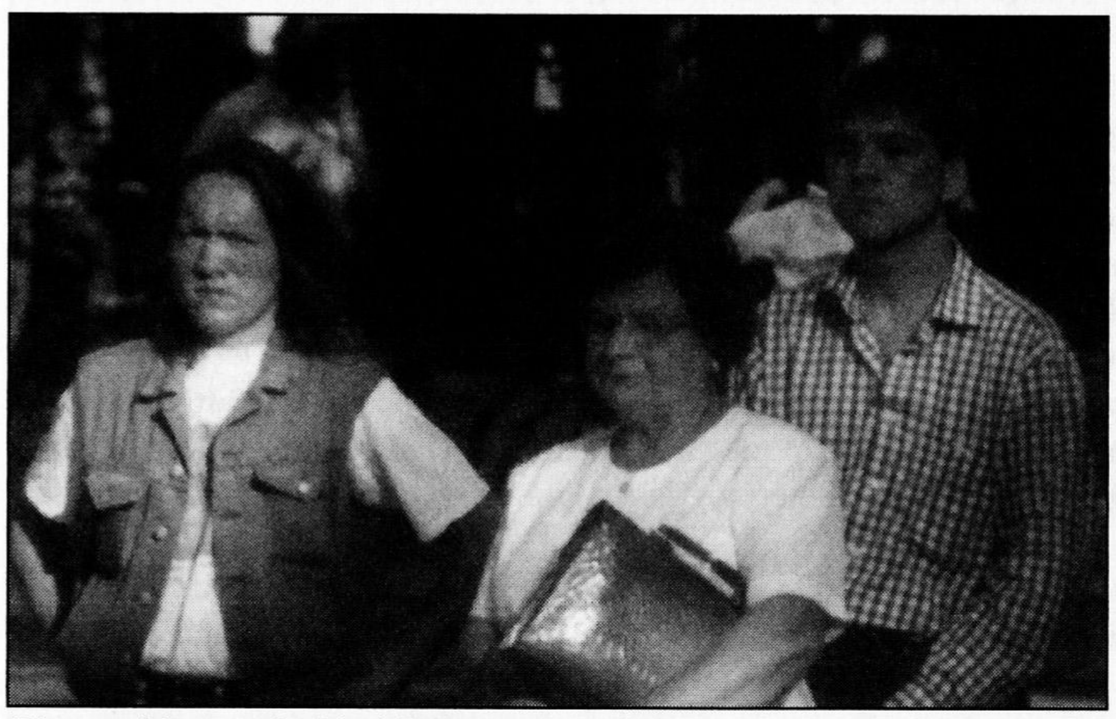
EINE SCHLAGENDE VERBINDUNG

Enge Beziehungen zwischen Nazischlägern und der schlagenden Burschenschaft „Normannia Nibelungen Bielefeld“

Ihr Selbstbild ist davon geprägt, daß sie sich als Nachwuchs dessen sehen, was in Deutschland und Österreich nationale Elite sein will. Zwielichtige Gestalten, wie der ehemalige "Law and Order"-Innenminister **Manfred Kanther** und dummschwätzende "Sunny-Boys der Nation", wie **Thomas Gottschalk** kommen aus ihren Reihen. Ehemalige Verbindungsstudenten, die in Wirtschaft, Politik, beim Militär oder wo auch immer, führende Positionen eingenommen haben, dienen ihren Bundesbrüdern als Seilschaftsführer für deren Karriere, denn ein "Alter Herr" bleibt den Jungen im Bund verpflichtet, sei es mit Geld, sei es mit Immobilien, sprich den Burschenschaftshäusern, oder - und das ist das Lebenselexier dieser Männerbünde - mit Beziehungen. Letztere läßt man spielen, wenn einmal wieder ein lukratives Pöstchen im Machtbereich eines "Alten Herren" freigeworden ist. Vor allem jenes studentische Verbindungswesen, das sich in den Dachverbänden "Coburger Convent" (CC) und der "Deutschen Burschenschaft" (DB) organisiert hat, weist deutliche Schnittmengen mit dem organisierten Neofaschismus auf oder ist sogar dessen universitärer Arm. Eine dieser weit rechts stehenden studentischen Verbindungen ist die "Normannia-Nibelungen" in Bielefeld.

Ein neofaschistischer Kristallisationspunkt in Ostwestfalen

Das Haus der DB-Burschenschaft „Normannia Nibelungen“ in der Bielefelder Schloßhofstraße ist zu einem Kristallisationspunkt neofaschistischer Aktivitäten in Ostwestfalen geworden. Ohne Zweifel dürfte hierfür insbesondere der Sprecher der in der „Normannia“ aktiven Studenten (im Verbindungsjargon: "Activitas") **Marc Strohte** verantwortlich sein. Strohte verdiente sich seine ersten Sporen als Mitglied Nr. 54 der aufgrund rechtsterroristischer Ausrichtung Ende 1992 verbotenen "Nationalistischen Front" (NF). Unter der Leitung Strohtes fanden sich auch NeofaschistInnen wie die Vertraute des 1991 verstorbenen Neonazi“führers“ **Michael Kühnen** und ehemalige Vorsitzende der "Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene" (HNG), **Christa Goerth**, zu Vortragsveranstaltungen bei der Bielefelder "Jungen



Eine schlagende Verbindung: Der Sprecher der Activitas der Normannia-Nibelungen Marc Strohte (re) und der stadtbekannte Bielefelder Nazischläger Meinhard-Otto Elbing bei einer Veranstaltung Horst Mahlers in Frankfurt / M.

„Alter Herr“ mit bleibender Erinnerung an seine „aktive“ Zeit.

Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) ein. Im Haus der Bielefelder „Normannia“ scheint sich auch der stadtbekannte Nazischläger **Meinhard-Otto Elbing**, ehemals führender Kader der NF, dann der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL), wohlzufühlen. Der Grund hierfür liegt weniger darin, daß man sich auf dem Haus der Bielefelder „Normannia“ in überkommener Untertanen-Manier gegenseitig die Gesichter zerhackt, die Normannia also eine sogenannte schlagende Verbindung ist, sondern vielmehr dürfte das Vortragsangebot locken. Einen Vortrag des immer schon in völkischen Kategorien denkenden Ex-RAF'lers **Horst Mahler** zur angeblichen "Überfremdung des deutschen Volkes“, oder einen ähnlich gelagerten vom ehemaligen Bundesvorstandsmitglied der "Republikaner" **Klaus Weinschenk** läßt sich eben auch ein Nazischläger wie Elbing nicht entgehen. Anläßlich des Mahler-Vortrags organisierte er sogar einen Büchertisch, auf dem u.a. die Zeitschrift "Wir Selbst" und Publikationen der JN angeboten wurden.

Rechtsextreme gegen StudentInnenvertretungen

Unter einem anderen Etikett, aber mit der gleichen rechten Zielsetzung finden sich die politisch bestimmenden Personen aus der „Normannia-Nibelungen“ als "Initiative Hochschulrecht" (IHR) zusammen. Ziel der IHR ist es, politische Arbeit der Allgemeinen StudentInnenausschüsse (AStA) zu blockieren. Mit einer Klageflut versuchen seit Jahren unter anderem Mitglieder des "Republikanischen Hochschulverbandes" - in Bielefeld übernahm das der IHR - antifaschistische oder andere emanzipatorische Aktivitäten der ASten zu unterbinden. Wer diese Leute sind, die sich der Studierendenschaft als Saubermänner präsentieren, läßt sich am Bielefelder Beispiel aufzeigen. Unter den Gründungsmitgliedern der IHR befinden sich:

- **Björn Hauptfleisch**: Mitglied der „Normannia“ und Autor in der "Jungen Freiheit"
- **Eike Duhme**: 2. Vorsitzender der „Normannia“ und Funktionär der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen"
- **Michael Niederjohann**: Mitglied der „Normannia“
- **Christoph Amend**t, ehem. Sprecher der „Normannia“ und selbstverständlich
- **Marc Strohte** (s.o.)

Eine nette Runde also, die sich da um die politische Beeinflussung der StudentInnen durch ihren AStA sorgt.

Gegen neofaschistische (Studenten)-Verbindungen vorgehen!

All dies war den ostwestfälischen Antifas Anlaß genug, Ende 1999 eine Demonstration gegen die Veranstaltungen der „Normannia Nibelungen“ zu organisieren. Für die Demonstration ausgewählt wurde ein Termin, an dem **Rolf Dressler**, Chefredakteur der zweitgrößten Tageszeitung in

Ostwestfalen, des "Westfalenblattes", auf dem Burschenschaftshaus referieren wollte. Allein die Ankündigung einer Demonstration zeigte Wirkung: Dressler sagte seinen Vortrag ab. Damit ist zumindest die Selbstverständlichkeit, mit der rechte und neofaschistische Ideologen ihre Thesen auf dem Burschenschaftshaus ihrem Publikum vorstellen können, gebrochen. Weiter scheint die Berichterstattung über die rechten Aktivitäten auf dem „Nibelungen-Haus“ interne Auseinandersetzungen bei den Bielefelder Burschen hervorzurufen. Es bleibt abzuwarten, ob sich ein einschlägig belasteter Frontmann wie Marc Strohte weiter in seiner Position halten kann, ohne dem ohnehin schon angeknacksten Image seiner Verbindung noch mehr Schaden zuzufügen. Ein weiterer Ansatzpunkt antifaschistischen Eingreifens bieten die Finanziers und Stützen der rechten Burschenschaften. Die "Alten Herren", ohne deren Unterstützung im Hintergrund die rechtsextremen und neofaschistischen Aktivitäten auf den Burschenschaftshäusern nicht möglich wären, befinden sich vielfach in wohldotierten Positionen und oftmals auch im Licht der Öffentlichkeit. Eindringliche Appelle an diese Finanziers im Hintergrund, dem Treiben ihrer Schützlinge Einhalt zu gebieten, dürften nicht ohne Wirkung bleiben. Eventuell genügt
ja schon der Hinweis, daß bestimmte öffentliche Ämter oder repräsentative Funktionen in Betrieben mit der Unterstützung rechtsextremer und neofaschistischer auf Burschenschaftshäusern kaum zu vereinbaren seien. Voraussetzung für diesen Ansatz ist selbstverständlich eine gute antifaschistische Recherche, zu der auch ein gut vorbereiteter Besuch von öffentlichen Veranstaltungen der Burschenschaften gehören kann. Zumeist findet sich auf den Häusern an exponierter Stelle eine Art "Ahnengalerie" mit den Fotos und Namen der "Alten Herren": Informationen, auf die beim antifaschistischen Engagement gegen rechte studentische Verbindungen nicht verzichtet werden sollte.

Gute Zeiten in Schlechten Zeiten

Der RTL-Besitzer Bertelsmann und die Vergangenheit

Wie bereits in der letzten Ausgabe der ***LOTTA*** berichtet, hat der Bertelsmann- Konzern aus dem ostwestfälischen Gütersloh, als weltweit drittgrößter Medienkonzern Probleme mit seiner Vergangenheitsbewältigung. Bislang prägten die Behauptungen des deutsch-nationalen Historikers **Dirk Bavendamm**, der für die Bertelsmänner die Konzerngeschichte zusammendichtete. Nichtbeteiligung an den Verbrechen des NS, ja von christlich motivierten Widerstand, den Bertelsmann gegen das NS-Regime geleistet habe, wußte Bavendamm zu berichten. Statt dieser von Bertelsmann gekauften Geschichtsschreibung sind nun ganz andere Fakten über den Besitzer unter anderem der RTL-TV-Sender ans Tageslicht gekommen. Die nach öffentlichen Druck auf den Konzern eingesetzte Historikerkommission um **Saul Friedländer** förderte zu Tage, daß die Bertelsmänner beste Beziehungen zum NS-Regime unterhielten. Unter anderem förderte Bertelsmann die SS mit Spenden in bislang unbekannter Höhe. Die Beziehungen zum NS-Regime müssen sehr gut gewesen sein, so Friedländer. Diese Beziehungen bescherten den Bertelsmänner wahrhaft gute Zeiten in schlechten Zeiten. Nur über diese guten Beziehungen läßt es sich nach Friedländers Einschätzungen erklären, daß der Bertelsmann-Verlag der führende Verlag bei der staatlichen Vergabe von Druckaufträgen für die Propaganda- und Durchhalteliteratur des NS war. Die Auflagen des Bertelsmann-Verlages überstiegen sogar die des NSDAP-eigenen
Verlages. Ob und in welcher Zahl bei der Produktion des Propagandamaterials ZwangsarbeiterInnen eingesetzt wurden, wird von der Historikerkommission zur Zeit geprüft.

Der lange Schatten der NS-Diktatur

(Texte zur Debatte um Raubgold und Entschädigung)

Dieses Buch ist eine sehr unfangreiche Darstellung der NS-Raubgolddebatte. Die Beiträge stellen Rückerstattungs- und Entschädigungspolitik für NS-Opfer in ihrem inneren Zusammenhang dar.
Die in diesem Band zusammengefassten Texte sind zum großen Teil im Verlauf der Debatte geschrieben worden. Sie umfassen Aufsätze, Artikel, Kommentare, Rezensionen und Vorträge. Ihre Entstehung im Verlauf der gesellschaftlichen Auseinandersetzung eröffnet die Möglichkeit, deren Fragestellung und Verlauf in chronologischer Abfolge nachzuvollziehen und so eine Einführung in diese Thematik zu bekommen. Für dieses Buch sind die Texte teilweise geringfügig überarbeitet worden.
Die Textfolge setzt mit der „Schweizer Malaise“ also dem Ausgangspunkt der Raubgold-Diskussion ein. Weiterhin wird dann die internationale Dimension des Themas (Londoner Konferenz) angesprochen, um anschließend seine „Rückkehr“ nach Deutschland unter dem Aspekt der Restitution zu thematisieren. Danach folgt eine knappe Darstellung deutscher Reparations-, Restitutions- und Entschädigungspolitik. Sie bildet den Einstieg in einen Exkurs zur Entschädigungspolitik. Mit „Hamburg vorn?“ wird ein Einblick in die ersten Hilfs- und Entschädigungsmaßnahmen direkt nach dem Krieg gegeben, die noch lokal und regional geprägt waren. „Ein Krankenhaus für Israel“ skizziert die Kritik an der Entschädigungsgesetzgebung in den 50er Jahren, wie sie in den 80ern formuliert wurde, und versucht eine erste Einordnung dieser Debatte. „Normalitätsversicherung“ setzt sich an einigen Beispielen mit der Politik der Bundesregierung in der neuen „Entschädigungsrunde“ nach dem Zwei+Vier-Vertrag auseinander. Hauptetappen der Entschädigungspolitik sind damit also umrissen. Zwei Beiträge zur über Jahrzehnte nicht erfolgten Entschädigung der NS-Militärjustiz-Opfer sollen im Unterschied zum historischen Überblick beispielhaft die Gründe benennen, die zur andauernden Diskriminierung dieser Verfolgtengruppen führten. Danach wird mit „Betr.: >Wiedergutmachung<“ der Themenfaden der aktuellen Diskussion wieder aufgenommen. Sie umfasst jedoch vor allem wegen der Zwangsarbeit-Debatte sowohl Restitutions- wie Entschädigungspolitik und wird bis zur Bereitschaftserklärung deutscher Banken und Konzerne geführt, einen Entschädigungsfonds einzurichten. Die abschließende „Kleine Geschichte der >Wiedergutmachung<“ benennt im historischen Rückblick ausschlaggebende Momente deutschen Versagens, die selbst die aktuelle Diskussion noch prägen. Die angefügten Dokumente ermöglichen einen ergänzenden und vertiefenden Zugang zum Thema.
Im Anhang des Buches gibt es noch eine Auswahlbibliographie zum Thema Reparationen, Restitution und Entschädigung, sowie eine Übersicht zu Untersuchungskommissionen und Berichten, sowie eine Chronologie der Ereignisse von 1945 – 1999. Zu guter letzt gibt es auch noch ein Personenregister.

Erschienen 1999 in der „reihe antifaschistischer Texte“ im Unrast Verlag. Hg: sind Rolf Surmann und Dieter Schröder.
ISBN 3-98771-801-4 24,80,- DM

„Vertriebene“ mit hochkarätiger Unterstützung auf dem Weg „heim ins Reich“

Eine Gedenkstätte für die „Opfer von Flucht und Vertreibung aus süd- und ostdeutschen Heimatgebieten“ wünscht sich seit dem letzten Jahr der Bund der Vertriebenen/Kreisverband Münster. Grundsätzlich einverstanden zeigten sich alle Fraktionen im Stadtrat. Der neue Bürgermeister hat bereits zugesagt daß, das Denkmal auf jeden Fall kommen wird. Die Verhandlungen für den BdV führte dessen Funktionärin **Roswitha Möller**. Das CDU - Mitglied fiel schon zuvor durch ihr Engagement für revanchistische Ziele auf. So unterzeichnete sie z.B. 1998 einen Aufruf zu einer Demonstration für die „Wiedergewinnung“ und „Rückgabe“ der „alten und urdeutschen Heimat“ und das Ende einer „52-jährigen Okkupation Schlesiens, Pommerns und Ostpreußens“. Mitunterzeichner war z.B. **Jürgen Schützinger** von der rechtsradikalen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. In dem BdV - Organ „Deutsche Umschau“ richtet sie sich in der April Ausgabe 1998 gegen die Wehrmachtsausstellung u.a. mit der Parole „unsere... Männer, Väter und Großväter ..(waren d. A.).. keine Verbrecher“ die von entsprechenden Nazi-Demos bekannt ist. In derselben Ausgabe „schmückt“ sie eine Anzeige für ihren seit kurz vor Kriegsende vermißten Vater mit einem Zitat aus einem Gedicht des Altnazis **Dieter Vollmer**. Hatten naive ZeitgenossInnen die Hoffnung das mit der Machtübernahme durch Rot-Grün die staatliche Subventionierung der revanchistischen Politik des BdV ein Ende fände, wurde diese enttäuscht. Doch Kontinuität gibt es nicht nur auf finanzieller Ebene. Auf Anfrage des CSU MdB **Koschyk** erklärte **Günther Verheugen** für die Bundesregierung am 09.02.99: »Die Bundesregierung sieht die Vertreibung der Deutschen und die entschädigungslose Einziehung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig an. Sie vertritt diesen Standpunkt auch gegenüber Polen und der CSFR. (...) Im Hinblick auf die Tschechische Republik gilt, daß die deutsch-tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 an dieser Auffassung der Bundesregierung nichts geändert hat. Hieraus folgt, daß die Bundesregierung auch nicht auf vermögensrechtliche Ansprüche Deutscher gegenüber den genannten Staaten verzichtet hat.« Die Kontinuität revanchistischer deutscher Außenpolitik wird offenbar. Kein Wunder das die Bundesregierung kein Problem mit dem BdV hat.

Auch die offenen Kontakte hoher BdV - Funktionäre zur radikalen Rechten. stellen offensichtlich kein Problem für Rot-Grün dar. So sind z.B. spätestens seit entsprechenden Anfragen an die Vorgänger - Regierung die Kontakte des BdV Präsidialmitglieds und ehemaligen Vizepräsidenten **Paul Latussek** zur radikalen Rechten bekannt. Neben seiner Autorentätigkeit für die „Junge Freiheit“ und ehemals für „Nation & Europa“ referierte er für die rechte „Gesellschaft für Freie Publizistik“ und engagierte sich in hoher Funktion beim „Bund Freier Bürger“. Seine Bewunderung für die Kriegsanstrengungen des nationalsozialistischen Deutschland formuliert er ganz offen: „Die Leistung, die im 2. Weltkrieg erbracht wurde, ..., was im zivilen und militärischen Bereich geleistet wurde, ..., die Opfer, die erbracht wurden, stellen eine in der Geschichte einmalige kollektive Leistung unseres Volkes dar.“ Derartig eindeutige Bekenntnisse sind offenbar kein Problem im Bundesvorstand des BdV dem auch zwei MdB der Unionsfraktion angehören. Z.B. die Präsidentin des BdV **Erika Steinbach** die ihrerseits schon mehrfach wegen eindeutig revanchistischer Aussagen auffiel. Sie übte sich mehrfach in grober Geschichtsverfälschung und der Relativierung des Holocaust. So erklärte sie z. B.:„Aber nicht nur in die Sowjetunion wurden Deutsche als Zwangsarbeiter und Arbeiterinnen deportiert. Auch in Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien gab es Zwangsarbeits- und Vernichtungslager für Millionen von Deutschen. (...) All das geschah in einem Zeitraum, als im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess gegen Nazi-Größen Todesurteile auch wegen Deportationen und Zwangsarbeit ausgesprochen wurden.“ Folgerichtig warnte sie Ende letzten Jahres vor dem „Import von schwersten Menschenrechtsdelikten“ wenn vor dem Einbezug von Polen und Tschechien in die EU die „Vertreibungsverbrechen an Deutschen“ nicht aufgeklärt würden. Die Bundesregierung erklärte hierzu auf eine kleine Anfrage der PDS-Fraktion, daß sie keinen Anlaß sehe die Zuwendungen für den BdV zu überprüfen, da Zuwendungen aus Haushaltsmitteln nicht von politischem Wohlverhalten abhängen, sondern auf Grundlage der Bundeshaushaltsordnung vergeben würden.

Der Umgang des BdV mit der deutschen Geschichte stellt sich exemplarisch dar, in dem von Erika Steinbach zu verantwortenden Spendenaufruf für den Bau eines „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. Hier wird aufgefordert mitzuhelfen, daß „Geschichte, Kultur und Leidensweg schuldloser Kinder, Frauen und Männer“ erfahrbar wird. Bleibt die Frage: Wie unschuldig an den deutschen Verbrechen sind Menschen die z.B. in der Tschechoslowakei lebten und die, der NSDAP nahestehende Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins mehrheitlich wählten und so ihrem Wunsch Ausdruck verliehen dem nationalsozialistischem Deutschland anzugehören. Nachdem sie schließlich „Heim ins Reich“ geholt wurden, beteiligten sie sich dann massenhaft am Vernichtungskrieg der Terrororganisation Wehrmacht, der den Holocaust erst in seiner singulären Dimension möglich machte. Was der BdV mit Unterstützung von Koalition und dem Großteil der Opposition betreibt ist schlichtweg Geschichtsfälschung. Täter werden zu Opfern gemacht um revanchistische Ziele zu legitimieren.

Konrad Henlein zum Befehlsempfang bei Adolf Hitler

Erika Steinbach, MdB und Präsidentin des VDA bei ihrem Antrittsbesuch bei Bundespräsidenten Johannes Rau

BdV

Der BdV entstand am 27 Oktober 1957 durch den Zusammenschluß der Landsmannschaften und der Landesverbände. Die Organisierung findet auf zwei Ebenen statt.

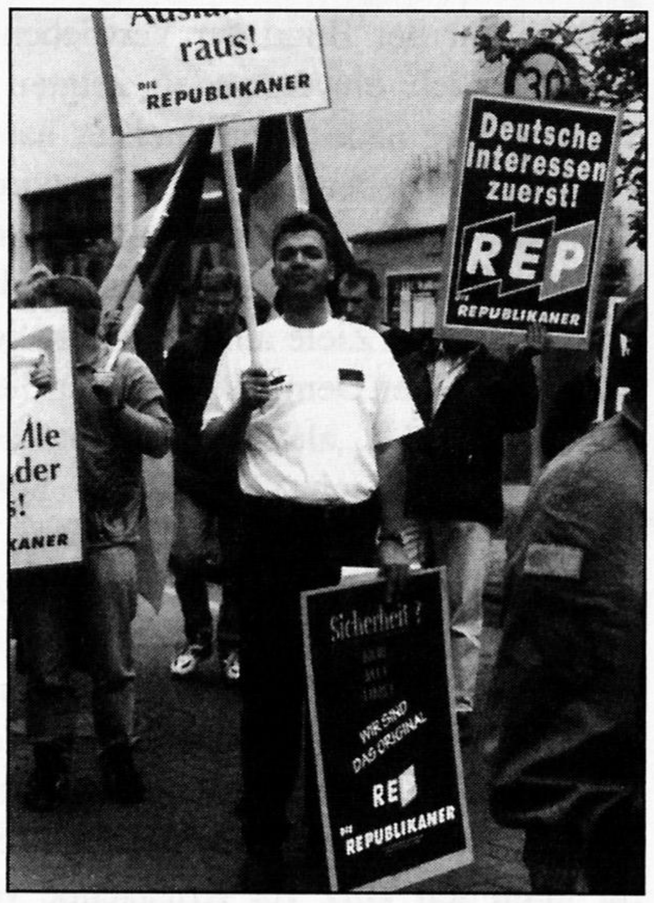
1 Die Landsmannschaften: Hier findet die Zuordnung nach jeweil igem „Heimatgebiet“ statt.
2. Die Landesverbände: Hier sind die Mitglieder aller Landsmannschaften eines Bundeslandes organisiert.

Der BdV hat nach eigenen Angaben 2Mio. Mitglieder.
Die Richtigkeit dieser Angabe ist allerdings sehr zweifelhaft, obwohl die Mitgliedschaft auch offensteht für solche, die sich selbst nicht als Vertriebene bezeichnen.

REPs - NRW
ohne Führung in den Wahlkampf?

Erst am 24.10.1999 hatten die nordrheinwestfälischen REPs einen neuen Landesvorsitzenden gewählt. Bei einer Kampfabstimmung gegen die langjährige NRW-Vorsitzende **Uschi Winkelsett** setzte sich der Kamener Studiendirektor **Burkhard Schmanck** mit knappen 8 Stimmen Vorsprung durch. Seine Stellvertreter wurden **Wolfgang Frieb-Preis** (Essen), **Dr. Jürgen Heydrich** (Köln) und **Daniel Schöppe** (Köln). Schmanck war angetreten um den „verfassungskonformen rechts-konservativen ‚Schlierer-Kurs, auch in Nordrhein-Westfalen verstärkt fortzusetzen." In seiner Ausgabe vom 27.01. berichtet die antifaschistische Zeitschrift „blick nach rechts", Schmanck habe sein Amt zwischenzeitlich bereits wieder niedergelegt. Offensichtlich wird der Landesverband also bis zum nächsten Parteitag von seinen stellvertretenden Vorsitzenden geleitet.

Per Presseerklärung teilte die amtierende Wahlkampfleiterin und geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende Uschi Winkelsett Anfang Februar mit, daß beabsichtigt sei, am 14. Mai zu den Landtagswahlen in NRW in allen 151 Wahlkreisen DirektkandidatInnen aufzustellen. Hierzu müßten in jedem Wahlkreis 110 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden und zusätzlich 1.000 weitere für die Landesliste. Diese Sammlung soll am 23. März abgeschlossen sein.



Die Basis wartet auf Führung

NPD in NRW im Aufbruch?
Landesweite Demonstration angekündigt

Von der JN in NRW ist nichts mehr zu hören seit der Abspaltung des Flügels um den ehemaligen Landesvorsitzenden Achim Ezer im Frühjahr letzten Jahres. Alle verbliebenen Kräfte konzentrieren sich heute auf die Mutterpartei. Die NPD ihrerseits ist gestärkt aus diesem Prozeß hervorgegangen.

Für „Anfang Mai 2000" hat die nordrhein-westfälische NPD eine landesweite Demonstration „gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit" im Ruhrgebiet angekündigt. Man möchte „eindeutig Position für die eigene Rohstoffquelle ... beziehen und auf die soziale Not der abservierten Bergleute" hinweisen. Ein Termin Anfang Mai bietet sich geradezu an, findet doch am 14. Mai die Landtagswahl in NRW statt. Die NPD in NRW wird zu den Landtagswahlen in NRW antreten, mit der Einschränkung, daß sie es ihren Kreisverbänden freigestellt hat zu entscheiden, ob in den einzelnen Wahlbezirken KandidatInnen aufgestellt werden oder nicht. Es dürfte bekannt sein, daß ein Verbot einer Demonstration, die im Rahmen eines Wahlkampfes einer kandidierenden Partei durchgeführt wird, nur selten von den Gerichten ausgesprochen wird. Ausnahmen bestätigen allerdings die Regel, wie das Verbot der geplanten Großdemonstration am 1.5.1999 in Bremen gezeigt hat.

Die NPD in NRW scheint auf den diesjährigen 1. Mai zu schielen. Alles deutet auf eine landesweite Demonstration gegen Sozialabbau im Ruhrgebiet, z.B. in Duisburg, Oberhausen oder im Kreis Recklinghausen hin, aus der aber auch schnell eine bundesweite Demonstration werden kann. Die NPD-Demonstrationen am 12.9.1998 in Münster, am 26.10.1998 in Bonn und am 2.10.1999 in Köln haben gezeigt, daß die nordrhein-westfälische NPD durchaus in der Lage ist, größere Demonstrationen zu organisieren und unter entsprechenden Polizeischutz durchzuführen. Die Planung des NPD-Bundesverbandes für den diesjährigen 1. Mai ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Einiges deutet auf ein dezentrales Konzept

hin, was sich aber auch als Ablenkungsmanöver oder als Start einer Reihe von Testballons herausstellen könnte. Der hessische NPD-Kreisverband Lahn-Dill hat bereits eine Demonstration in Wetzlar angekündigt, auf der auch der NPD-Bundesvorsitzende **Udo Voigt** sprechen soll.

NPD NRW auf Verjüngungskurs

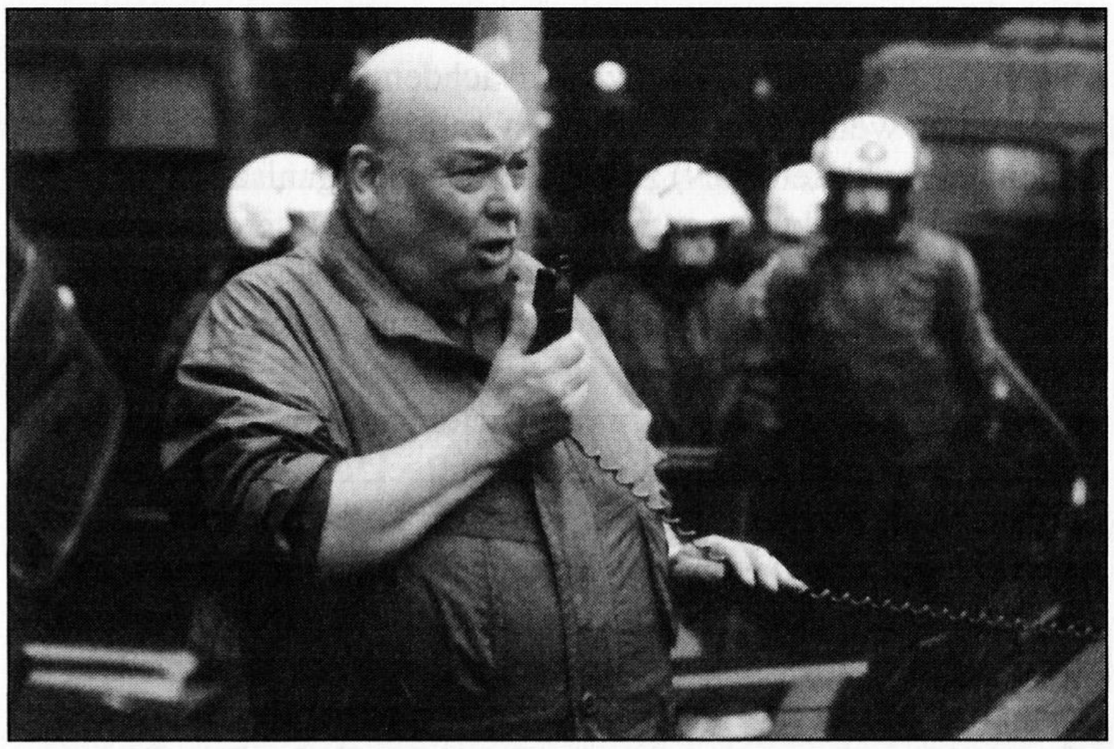
Insgesamt hat sich der Kreis der Führungskader der NPD verjüngt. Braune Betonköpfe wie der Solinger **Wolfgang Frenz** haben sich unfreiwillig zurückgezogen und das Feld „neuen" Leuten überlassen müssen. Die Wahl eines neuen Landesvorstandes auf dem letzten Landesparteitag am 14.11.1999 in Mülheim/Ruhr hat folgende Konstellation ergeben: Vorsitz und stellvertretender Vorsitz sind nach wie vor in den „bewährten" Händen von **Udo Holtmann** (Oberhausen) und seinen Stellvertretern **Wolfgang Henning** aus Bochum (zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit), dem Landesschatzmeister **Erwin Kemna** aus Ladbergen und dem Vorsitzenden des Regionalverbandes Ruhr **Bernd Kremer** (Essen). Weiterhin im Vorstand zu finden sind der Velberter **Detlev Hebbel** (zuständig für Personal), der Wuppertaler JN-Landesvorsitzender **Andreas**

Weber, die Hertenerin **Jutta Kevering** (zuständig für Presse- und Informationsarbeit), der Schwelmer **Axel Hellmann** (zuständig für die Koordination der Fachreferate), der Leiter des „Deutschen Kulturwerks“ und NPD-Bezirksvorsitzende Südwestfalen **Thorsten Crämer** aus Schwelm (zuständig für Kommunalpolitik) sowie „zur besonderen Verwendung“ der Dortmunder **Horst Rosenow**, der lokal in die zweite Reihe abgerutscht ist. In den erweiterten Vorstand als Leiter der Fachreferate wurden der Iserlohner **Timo Pradel** (Familienpolitik), das ehemalige Mitglied des „Rudolf-Hess-Aktionskomitees“ und ex-Inhaber des Lüdenscheider „Donner-Versands“ **Stephan Haase** (Umwelt und Landwirtschaft), der Privatdetektiv und Vorsitzende des NPD-Bezirksverbandes Ostwestfalen **Manfred Gutsche** und der Borkener Kreisvorsitzender **Ralf Fortwengel** aus Ahaus (Wirtschaft und Finanzen) gewählt. Kooptiertes Mitglied ist der Schulungsreferent **Stephan Lux** aus Heiligenhaus. Das Landesschiedsgericht der Partei leitet der Oberhausener **Manfred Aengenvoort**.

Bei der konkreten Planung, Organisation und technischen Abwicklung einer landes- oder gar bundesweiten Demonstration dürften neben Holtmann und seinen Stellvertretern insbesondere die Aktivposten Crämer, Hellmann, der Herner Kreisvorsitzende **Claus Kremer**, der Ordnerdienstleiter der NPD-Bundesverbandes **Dietmar Mayer** aus Troisdorf und das Ehepaar Jutta und **Wolfgang Kevering** für die NPD NRW unersetzlich sein. Letzterer ist aus „guten“ Grund nicht Mitglied des Landesvorstandes, da er im Alter von 18 Jahren einen bestialischen Mord an einer Frau beging und hierfür neun Jahre Haft absitzen mußte (vgl. Städtebericht Recklinghausen).

Nicht nur der Stamm der Führungskader verjüngt sich, auch die NPD-AktivistInnen auf der Straße werden immer jünger. So führten am 29.01.2000 in Berlin 17-20-jährige Neonazis aus dem östlichen Ruhrgebiet mit einem Transparent der NPD NRW den NRW-Block an.

Insgesamt kommt die NPD in NRW seit einem Jahr offensiver daher. Insbesondere der von Wolfgang Kevering geleitete Kreisverband Recklinghausen und der Bezirksverband Südwestfalen unter der Leitung von Torsten Crämer sind sehr umtriebig und rekrutieren Leute aus ihrem Umfeld. Auch die Öffentlichkeitsarbeit ist 1999 ausgebaut worden. Das Organ des Landesverbandes NRW, die „Deutsche Zukunft“, wurde inhaltlich und vom Outfit her aufgepeppt und seit Juni 1999 wird als



NPD-NRW Vorsitzender: Udo Holtmann

zweite Monatspostille die vierseitige „Wir in NRW“, die vom Ehepaar Kevering erstellt wird, herausgegeben. Viele Kreisverbände treten öffentlich wahrnehmbarer als früher auf und verstecken sich nicht mehr in dunklen Kneipenhinterzimmern, in die sich kein „Neuer“ hinein traut. Kontaktadressen und wöchentliche Treffen werden freizügiger denn je präsentiert, in der Einschätzung, daß man die Sache schon im Griff habe, was in vielen Fällen leider auch zutrifft. Auch der Schulungsarbeit wird etwas mehr Bedeutung beigemessen, was von den Abtrünnigen um Ezer immer wieder gefordert worden war.

Fazit

Als Fazit soll mit dieser Einschätzung keineswegs ein „zweiter Frühling“ der NPD herbei geredet werden. Trotzdem sollte die aufgezeigte Entwicklung in der NPD sehr genau beobachtet werden und Aktivitäten gegen sie weiter intensiviert werden. Es komme niemand und zeige sich überrascht und unvorbereitet, wenn tatsächlich die NPD am 1. oder 6. Mai in NRW mit mehreren hundert oder gar mehreren tausend Nazis in NRW marschieren möchte. (P.S. Letzte Meldung: Vermutlich ist der 6. Mai in Düsseldorf anvisiert.)

Offensichtlich gibt es auch Bestrebungen seitens der NPD in Hannover eine bundesweite Demonstration durchzuführen. Bis zur Drucklegung war lediglich von dieser Absicht zu erfahren, nicht mehr.

Also: Achtet auf Ankündigungen - Contact your local Antifa!

Der „Hagalaz-Versand“ oder:
nicht überall, wo Lemmer drin ist, steht auch Lemmer drauf.

Offensichtlich erfreut sich das „weltoffene“ Düsseldorf und dessen Umland größter Beliebtheit in der neonazistischen Szene. Nicht nur, daß von hier aus der währenddessen umsatzstärkste Vertrieb von Nazirockmusik („Moderne Zeiten Vertrieb“) und das größte Nazilabel („Funny Sound“) agieren; auch eine bekannte Aktivistin der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene hat ihren Wohnsitz in die Landeshauptstadt verlegt und betreibt von ihrer Privatwohnung in Düsseldorf-Heerdt aus einen Handel mit CDs. Die Rede ist von **Melanie Dittmer**. Fast ein Jahr hatte sie sich nicht mehr auf Demonstrationen der neonazistischen Szene blicken und auch sonst nur wenig von sich hören gelassen. Nach der NPD-Demonstration am 24.10.1998 in Bonn wurde sie nicht mehr gesehen, weder am 22.5. und 2.10.99 in Köln, noch sonst wo auf größeren Events der Neonazi-Szene. Im Dezember 1999 gab sie dann über das Düsseldorfer „Nationale Infotelefon Rheinland“ die Gründung ihres CD-Vertriebes „Hagalaz Versand“ bekannt.

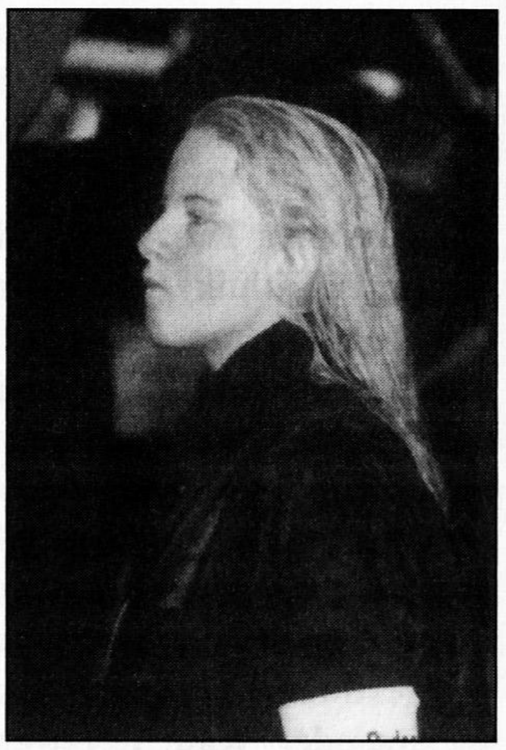
„Starke Frauen braucht das Land“

Obwohl erst 21 Jahre alt, gehörte Dittmer in den letzten Jahren zu denjenigen Personen in der militanten Neonazi-Szene in NRW, die den politischen Kurs entscheidend mitbestimmten. Sie zählt zu den wenigen Frauen, die in der nordrhein-westfälischen Szene überhaupt etwas zu sagen haben. Erstmalig politisch in Erscheinung trat sie 1993 bei den „Deutschen Nationalisten“ (DN), die Ende 1993 auch die Gründung eines NRW-Landesverbandes in Angriff nahmen. Die am 21.07.1993 in Hessen gegründete DN war ein Versuch von Kadern der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GDNF), einen Ersatz für die verbotenen Parteien „Deutsche Alternative“, „Nationale Offensive“ und „Nationalistische Front“ zu schaffen, ohne allerdings einen Führungsanspruch in der militanten Neonaziszene zu erheben. Dittmer, die eng mit dem DN-Bundesvorsitzenden **Michael Petri** (Mainz) und dem DN-Landesvorsitzenden **Robert Langnickel**

(Dortmund) befreundet war, gelang trotz ihres jugendlichen Alters schnell der Anschluß an die Szene. Nachdem sich abzeichnete, daß die DN nur wenig Einfluß erlangen würde und sich die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) zu der führenden Organisation im militanten Neonazispektrum entwickelten, trat sie Mitte der neunziger Jahre der JN bei und stellte spätestens ab 1996 ein wichtiges Bindeglied zwischen der JN und der neonazistischen Skinhead-Szene dar. Zeitgleich führte sie 1995 und 1996 die Dorstener „Kameradschaft“, die Teil der von Dieter Riefling geleiteten FAP-Nachfolgeorganisation „Kameradschaft Recklinghausen“ war (vgl. LOTTA Nr. 1, S. 14 f.). Dittmer war auch Redaktionmitglied bzw. Autorin verschiedener JN-Zeitungen und Fanzines (z.B. „Ruhrstürmer“, „Schwarze Fahne“ und „Neue Doitsche Welle“). Lokal trat sie insbesondere in ihrem Heimatort Dorsten und in Dortmund in Erscheinung. Im Dortmunder JN-„Stützpunkt“ gehörte sie zu den tonangebenden Personen Sie verfügt über gute Kontakte zu einer Reihe von „Freien Kameradschaften“ und ist auch über die Grenzen NRW hinaus akzeptiert.

CD´s „zu volksnahen Preisen“

Offensichtlich ist aber auch an Dittmer der Streit innerhalb der JN und die folgende Spaltung (vgl. LOTTA Nr. 1, S. 10 ff.) nicht spurlos vorbeigegangen. Auch sie kehrte der JN 1999 den Rücken und verlegte ihren Wohnsitz von Dorsten nach Düsseldorf. Ob dies mehr vor dem Hintergrund politischer Differenzen oder eher persönlichen Gezänks geschah, kann nicht mit Gewißheit gesagt werden. Alles deutet aber darauf hin, daß Dittmer ihre politischen Ambitionen hinter ihre berufliche „Karriere“ gestellt hat. Nicht nur ihr Umzug nach Düsseldorf läßt den Verdacht aufkommen, daß sie die Nähe des „MZ-Vertriebes“ und evtl. sogar eine berufliche Perspektive bei diesem sucht und daß der „Hagalaz Versand“ ein dem „MZ-Vertrieb“ angegliederter Versand ist. Inhaber des „MZ-Vertriebs“ und des Labels „Funny Sound“ ist der Düsseldorfer Nazi-Yuppie und ehemalige Fraktionsgeschäftsführer der Düsseldorfer REP-Abspaltung „Freie Wählergemeinschaft“, **Torsten Lemmer**. Seine wichtigsten Mitarbeiter sind der ehemalige FAP-Aktivist **Andreas Zehnsdorf** (Essen), der aus der Nähe von Rheine stammende ehemalige NPD`ler und Herausgeber des Fanzines „Amok“, **Mike Beyer**, der „Rheinwacht“-Sänger **Frank Krämer** und der ehemalige JN-Landesvorsitzende Hamburg, **Jan Zobel**. Vergleicht man das CD-Angebot des MZ-Vertriebs mit dem des „Hagalaz-Versands“, so wird man eine 95 %ige Übereinstimmung feststellen. Auch die Preisunterschiede erweisen sich als untauglich, hiervon abzulenken: Bietet Lemmer die CD`s für 29,90 DM an, kosten sie bei Dittmer 30,- DM. Offensichtlich schreckt also auch Dittmer währenddessen nicht mehr davon zurück, für „Mr. Nonkonform“, wie Lemmer in der Szene spöttisch bezeichnet wird, zu arbeiten bzw. sich vor seinen Karren spannen zu lassen. Eine Zusammenarbeit zwischen Lemmers Mannschaft und Dittmer dürfte insofern von besonderer Brisanz sein, als daß sie die Liquidität eines florierenden Unternehmens, das allerdings in der Szene aufgrund seiner Kommerzialität einen schlechten Ruf hat, mit den Beziehungen einer in der neonazistischen Szene anerkannten Aktivistin zusammenführt. Es steht also zu befürchten, daß sowohl der „Hagalaz-Versand“, als auch das Lemmer-„Reich“ von dieser stillen Fusion profitieren werden. Aber auch die „Kameradschaft Düsseldorf“ werden sich über ihren Zuzug freuen; vorausgesetzt die „Kameraden“ verzeihen ihr den Frevel, mit Lemmer zusammen zu arbeiten.



Melanie Dittmer

Es bleibt festzustellen, daß sich Düsseldorf in den neunziger Jahren zu einer der Hochburgen des Rechtsrock(geschäft)s in NRW entwickelt hat. Neben den genannten Vertrieben und Labels hausen hier mindestens vier Szene-Bands und auch ein rechter Plattenladen, „Power Station“, ist hier beheimatet. Letzterer jedoch hatte in letzter Zeit keinen Grund zur Freude. Eine antifaschistische Kampagne vor Ort hält den Inhaber des Ladens, den ehemaligen REP-Kommunalwahlkandidaten **Bernd Buse**, und seine Mitarbeiterin **Elke Assmann**, die auch Mitglied der „Kameradschaft Düsseldorf“ ist, seit Monaten in Atem. Eine Schließung des Ladens ist währenddessen in erreichbare Nähe gerückt. Offensichtlich fühlen sich auch Lemmer und Co. bedroht. In der aktuellen Ausgabe der Lemmer-Postille „Rock Nord" ist sogar von einer „überregional koordinierten“ antifaschistischen „Militanzkampagne“ die Rede, die sich gegen „patriotische Bürger und deren Eigentum“ richten würde. Grund genug, für „Rock Nord“ kämpferisch wie eh und je nach Recht und Ordnung zu rufen und LKA, Bundesstaatsanwaltschaft und Staatsschutz anzufordern.

+++ Städteberichte +++ Städteberichte +++ Städteberichte +++ Städtebericht

Bochum

Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft

In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar wurde auf die Flüchtlingsunterkunft in Wattenscheid-Höntrop ein Brandanschlag verübt. Durch ein Fenster im Eingangsbereich der ehemaligen Schule schmießen die Täter einen Molotowcocktail. Bewohner des Heimes konnten glücklicherweise den Brand umgehend mit einem Feuerlöscher löschen und eine Ausbreitung des Brandes verhindern. Der zuständige Staatsanwalt, **Wolfgang Dörsch**, schwadronierte am übernächsten Tag in den Lokalzeitungen von ungeklärten Hintergründen: „Es gibt weder *konkrete Anhaltspunkte für eine ausländerfeindliche Aktion, noch Hinweise auf einen ethnischen Streit“(WAZ; 19.2.2000)*. So entlastete er den naheliegenden Täterkreis und stellte die Flüchtlinge in den Tatkreis der Verdächtigen. Stellt dies in der bundesdeutschen Realität schon im Allgemein eine tendenziöse Frechheit dar, ist es im Falle Wattenscheid eine Bodenlose. Nicht nur, daß Wattenscheid seit gut zwei Jahrzehnten die NPD-Zentrale beherbergt, Wattennscheid gilt im Ruhrgebiet generell als braunstichig. Und Wattenscheid Höntrop erst recht.
Schon Ende der 80iger war hier die militante Naziscene aktiv. Während Skins im nahegelegenen Wald das Marschieren trainierten, übten Schüler der örtlichen Walldorfschule in einer Wehrsportgruppe im Dahlhausener Steinbruch den Umgang mit Waffen. Anfang der 90iger machten die Nazis mit Flugblättern und die örtliche Anti-Antifa Gruppe „Volkswille“ mit Übergriffen gegen die Flüchtlingsunterkunft Front. Die nahegelegene Realschule gilt seit einigen Jahren als Rekrutierungsfeld der JN und alljährlich findet in Höntrop das sogenannte Gänsereiten statt. Bei diesem Karnevalsevent mischen sich seit Jahren offen Rechtsradikale unter das besoffene Volk und spielen sich als Bewahrer der tierfeindlichen Tradition gegen demonstrierende TierrechtlerInnen auf. Organisiert wird dieser selbsternannte Schutztrupp von JN-Kadern und dem Chef der verbotenen

Gruppe „Volkswille“, **Marc Meier zu Hartum**, der schon Anfang der 90iger den Überfall auf das Flüchtlingswohnheim anleitete. Die Akzeptanz der Nazis geht so weit, daß sich die Vertreter der örtlichen Schützenvereine die JN-Aufkleber „Zecken Raus“ an die Brust heften.
Leidlich bekannt ist auch das Verhältnis Wattenscheider Polizeibeamter zu ihren nationalen Spezis. Sei es die Protokollaufnahme nach rechtsradikalen Überfällen oder das schnelle Auftauchen bei solchen. Die Wattenscheider Polizei war darin nie sehr genau und fix. Im Vorgehen gegen AntifaschistInnen aber um so mehr. Was also bei den Ermittlungen herauskommen wird ist abzuwarten. Ob ihnen dabei die Rechtsradikalen, die in der Folgenacht des Brandanschlags vor dem Heim auftauchenden zu denken geben werden?
Als Reaktion auf den Brandanschlag demonstrierten am Samstag Mittag 60 Antifas spontan durch die Wattenscheider City.
(Kurz vor Redaktionsschluß haben sich noch die Wattenscheider Jusos mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit gewendet. In der verurteilen sie den Anschlag auf die Flüchtlinge und gehen von einem rechtsradikalen Anschlag aus. Der Wattenscheider Vorsitzende Serdar Yüksel: *„In derselben Nacht habe ich beobachtet, daß Neonazis in der Nähe des Flüchtlingsheims randaliert haben und rechtsradikale Parolen skandierten.“* Die Jusos gehen von einen Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen aus. RN 22.2.00)

„Preisknüller“

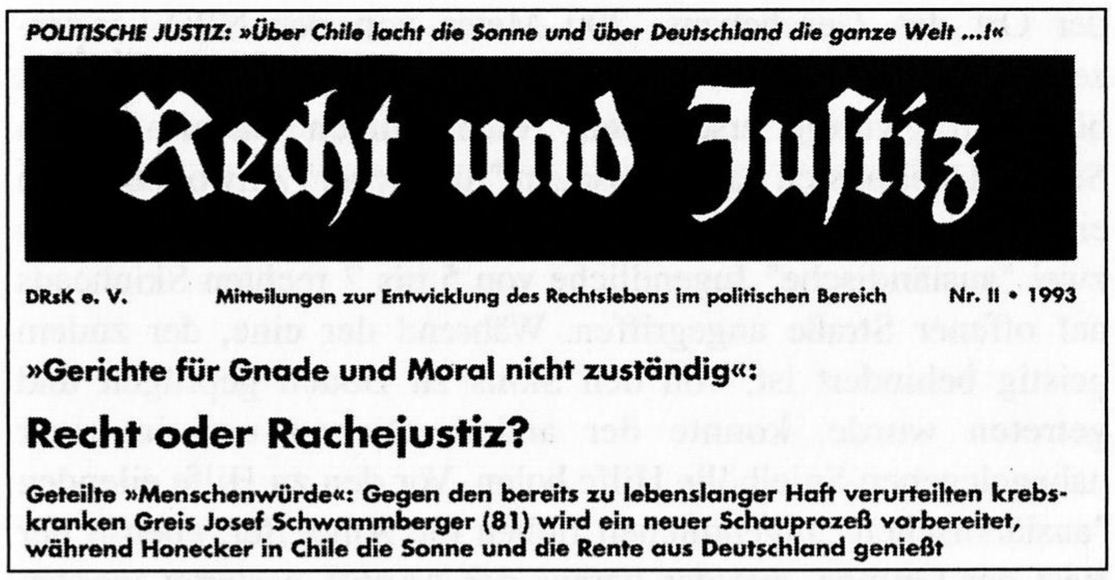
verspricht per Werbeanzeige **Dieter Müller** ("Schrift und Dekor", Ostpreussenstr.223 in Bochum-Wattenscheid) in der "Deutschen Stimme" (1/2000), der bundesweiten Zeitung der NPD. "Hochwertige Transparente" für "Saalveranstaltungen oder Demo“ werden hier zu „fairen Preisen“ von "Kameraden für Kameraden" angeboten.

Innerparteiliche Auseinandersetzung

Wilfried Mähler, seines Zeichens Schriftführer des REP-Kreisverbandes Bochum, versuchte im Januar mittels einer Presseerklärung den Blick der Öffentlichkeit auf das Innenleben seiner Partei zu richten. Er tat kund, daß der Bezirksvorsitzende Südwestfalen und Mitglied im Landesvorstand NRW, **Arnd Schubeus**, am 14.1.den Bochumer Kreisvorsitzenden, **Wolf-Dieter Varney**, auf einer Präsidiumssitzung schlagend seine Argumentation näherbringen wollte. Weiterhin spielte er darauf an, daß Herr Schubeus dies auf Geheiß von **Uschi Winkelsett**, der ehemaligen NRW-Landesvorsitzenden, getan haben könne. Wir wünschen den Herrschaften auch in Zukunft viel Praxis bei dieser Form der innerparteilichen Auseinandersetzung.

DRsK weiterhin aktiv

In einem „persönlichen Brief nur für Mitglieder und Förderer“ informierte **Martin Voigt**, Vorsitzender des Bochumer Vereins „Deutsche Rechtsschutzkreis e.V. – Deutsche Rechtsschutzkasse“ (DRsK) über „einige Fälle“, bei dem der „Unabhängige Freundeskreise“-nahestehende Verein half, „das Recht durchzusetzen“. Der 1979 gegründete DRsK sieht seine Aufgabe u.a. in der juristischen Betreuung von Gesinnungskameraden. Als Beispiel für einen aktuellen Fall von Unterstützung führt Voigt aus, daß dem „mittellosen Historiker **Dr. Bogdan Musial** in seinem erfolgreichen Prozeß gegen Reemstma“ finanziell unter die Arme gegriffen worden sei. Nur aufgrund dieser Unterstützung sei es Musial möglich gewesen, seinen Prozeß gegen das „Antiwehrmachts-,Institut,“ zu ge-


POLITISCHE JUSTIZ: »Über Chile lacht die Sonne und über Deutschland die ganze Welt ...!«

Recht und Justiz

DRsK e. V. Mitteilungen zur Entwicklung des Rechtslebens im politischen Bereich Nr. II • 1993

»Gerichte für Gnade und Moral nicht zuständig«:

Recht oder Rachejustiz?

Geteilte »Menschenwürde«: Gegen den bereits zu lebenslanger Haft verurteilten krebskranken Greis Josef Schwammberger (81) wird ein neuer Schauprozeß vorbereitet, während Honecker in Chile die Sonne und die Rente aus Deutschland genießt

Rechte Rechtsberatung durch den DRsK

winnen. Eine Äußerung von Musial zum Wahrheitsgehalt dieser Behauptung ist bislang nicht bekanntgeworden.

Lautes Krakelen

Der Herner Dirk M. konnte es im Sommer letzten Jahres nicht lassen, der ganzen Welt und besonders den sich gerade im Bochumer Hauptbahnhof aufhaltenden Personen lautstark seine Weisheiten kundzutun: Die Türken würden den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen und dafür seien sie zu vergasen. Um diese „Meinungsäußerung“ noch zu pointieren, zeigte der 37jährige Vorbestrafte den „deutschen Gruß“, garniert mit einem "Sieg Heil". Dafür erhielt er am 2.12.1999 vom Bochumer Amtsgericht die Quittung: 1000,- DM für Volksverhetzung. Rabatt bekam er, weil er, so Richter Romberg, kein Überzeugungstäter sei.

My daily Pogrömchen

Weil er am 15. Juli 1999 besoffen randalierte, flog der 27 jährige **Frank Viereck**, versehen mit einer Kopfnuß, aus einer Dönerbude in Bochum-Werne. Da er dies nicht auf sich sitzen lassen wollte, kam er am nächsten Tag mit seinem Bruder erneut bei der Imbißbude vorbei und forderte Revanche. Der "türkische" Jugendliche, der ihm am Vorabend die Tür gewiesen hatte, ließ sich, um ihn abzuwimmeln, auf eine Verabredung am Abend ein. Am Abend zogen die zwei pöbelnd und Bierflaschen schmeißend vor die Dönerbude. Als die beiden dort arbeitenden Jugendlichen sie vertreiben wollten, griffen ein gutes Dutzend von Vierecks Saufkumpanen ins Geschehen ein. Flaschen und Steine schmeißend pöbelten sie rassistisch gegen die Jugendlichen. Diese bewaffneten sich zunächst mit Messern und fuhren dann zur nächstgelegenen Polizeiwache, um mit der bereits alarmierten Polizei zurückzukehren. Die eintreffenden BeamtInnen fanden dann den rassistischen Mob an der Trinkbude am "Deutschen Reich" versammelt. Dort ließen die Herrschaften weder von ihren rassistischen Pöbeleien ab, noch konnte einer den rechten Arm unten halten. Vier der Gesellen dieses Heimpogrömchens fanden sich am 3.12. 1999 vor dem Bochumer Amtsgericht wieder. Da niemand zu Schaden gekommen war, kamen Staatsanwalt Temming und Richter Fettback überein, die ganze Sache auf Sparflamme zu kochen. Es ergingen einige niedrige Geldstrafen. Nur **Ingo Etterichretz** kassierte wegen Zeigens des „Hitlergrußes“ nach § 86a mit 30 Tagessätze á 40 DM eine erhöhte Geldstrafe.

Wie aus Täter Opfer werden

Unisono berichteten am 26. November die „Ruhr Nachrichten“ und die WAZ über einen Überfall "ausländischer" Jugendlicher auf drei deutsche Jugendliche. Die Deutschen, darunter ein rechter Skinhead, seien am Abend des 24. in Wattenscheid-Günnigfeld angegriffen worden. Der Tenor der Darstellung und

der Ort des Geschehens, 200 Meter von der NPD-Landeszentrale, ließen den Wahrheitssgehalt der Presseberichte als höchst fragwürdig erscheinen. Nach einigen Nachfragen im Stadtteil stellte sich nach Aussagen "türkischer" AnwohnerInnen eine ganz andere Version der Ereignisse dar. Laut dieser wurden zwei "ausländische" Jugendliche von 5 bis 7 rechten Skinheads auf offener Straße angegriffen. Während der eine, der zudem geistig behindert ist, von den Skins zu Boden geprügelt und getreten wurde, konnte der andere fliehen und in einer nahegelegenen Spielhölle Hilfe holen. Vor den zu Hilfe eilenden "ausländischen" Jugendlichen flohen die Angreifer, ebenso der Rest der Gruppe, aus der heraus der Angriff gestartet worden war. Die Polizei traf mit erheblicher Verspätung am Ort des Geschehens ein und war vorwiegend mit der Personalienfeststellung der „ausländischen" AnwohnerInnen beschäftigt, die sich noch immer aufgebracht auf der Straße vor der Spielhölle aufhielten. Aus deren Berichten ging hervor, daß der Überfall der Nazis nicht der erste gewesen ist. Pöbeleien, Beleidigungen und Übergriffe durch die BesucherInnen der NPD-Zentrale hätte es in der letzten Zeit oft gegeben. Die Berichte in den Lokalmedien empfanden sie als Frechheit. Ihr Protest, den sie bei der Lokalredaktion der Wattenscheider WAZ einbrachten, verhallte dort aber ungehört. Von diesen Vorgängen informiert, schaltete sich mittlerweile die IFAK und das Jugendamt ein und es gab ein Treffen mit Leuten aus dem Stadtteil und der Polizei. Was dies für die Zukunft heißt ist unklar. Klar hingegen ist, daß die Außenwahrnehmung solcher Ereignisse, transportiert durch falsche polizeiliche Presseerklärungen und nicht nachgeprüften Zeitungsberichten, die Opfer zu Tätern macht und den deutschen Rassismus schüren.

Schindlers Liste ein Pornofilm?

Im Rahmen eines Aktionstages gegen "Gewalt und Rassismus" zum 9. November besuchten zahlreiche Bochumer SchülerInnen den Film "Schindlers Liste". Nur zehn SchülerInnen der Heinrich-Böll-Gesamtschule wurde der Besuch von ihren Eltern nicht gestattet. Diese befanden, daß das Thema Holocaust nicht wieder aufgerollt werden solle. O-Ton der am Filmboykott beteiligten Elternpflegschaftsvorsitzenden Marion Hahneberg: "Man muß doch nicht immer wieder dieselben Wunden aufreißen - das alles ist doch nun schon über 50 Jahre her." Des weiteren sei der Film zu gewalttätig und das Thema nicht ausreichend vorbereitet. Da störte sie es auch nicht, daß die SchülerInnen zuvor einen jüdischen Friedhof und eine Synagoge besucht, sowie den Film im Unterricht besprochen hatten. Zudem befand sie: "Wenn morgen die Lehrerin kommt und sagt, mein Kind müsse aus Sexualerziehungsgründen ins Pornokino, würde ich auch nein sagen." Daß ein solches Verhalten seitens der Eltern von der extremen Rechten abgefeiert wird, steht außer Frage. NPD- und „Europa Vorn"- (heute „Signal") Stammautor **Christian Rogler** bezeichnete in der "Deutschen Stimme" Nr. 1/2000 den Fall als zu rechtfertigenden Notstand und Akt des zivilen Ungehorsams in einem "zur Büßermeile mutierenden Gemeinwesen", in dem "versucht wird, die Schulen immer stärker in den Dienst der antideutschen Umerziehung zu stellen". Das Verhalten der Eltern quittierte das Arnsberger Regierungspräsidium mit der Androhung einer Geldstrafe von 86,- DM. Ob das allerdings zu einer Einsicht führen wird, ist mehr als fraglich.

Marktstand demoliert

Weil an einem Flohmarktstand auf dem Ovelacker Platz in Bochum-Langendreer Nazi-Schriften angeboten worden waren, demolierten am Sonntag laut WAZ vom 17.11.99 sechs maskierte Männer mit Holzkeulen und Baseballschlägern den Stand. Auch ein Pkw soll beschädigt worden sein.

Dortmund

Nazi-Kneipe in der Dortmunder Nordstadt

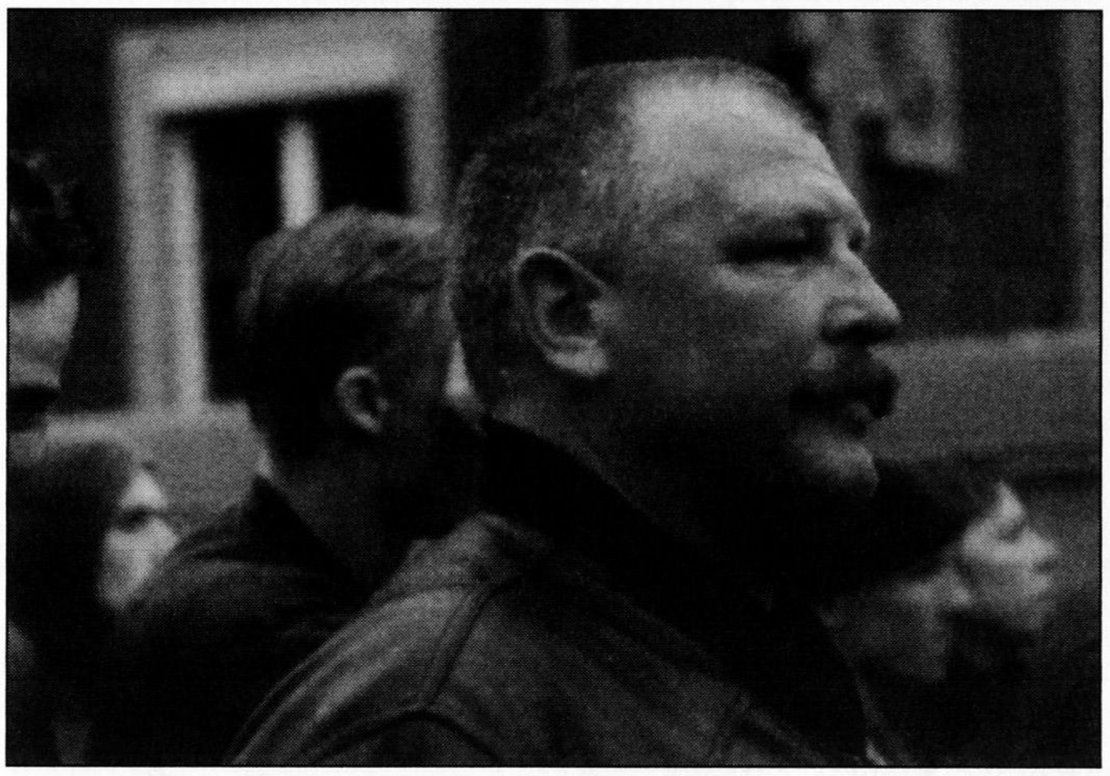
Die Dortmunder Gaststätte "Schützeneck" (Schützenstr. Ecke Mallinckrodtstr.) ist seit Herbst 1999 zu einem Anziehungspunkt für rechte Skinheads und Neonazis aus Dortmund und den umliegenden Städten geworden. Von besorgten BürgerInnen ist beobachtet worden, daß sich hier an den Wochenenden Gruppen von 15 - 25 Personen trafen. Diese Entwicklung hat sich seit Beginn diesen Jahres noch verschärft. Seit Mitte Januar hängt ein Schild "Freitags Geschlossene Gesellschaft von 17^{30} - 19^{30}" an der Tür. An diesen Tagen wurden allein zwischen 17^{00} - 20^{00} Uhr jeweils 30 - 50 rechte rechte Skinheads und Neonazis beobachtet. Darauf, daß es bei der "Geschlossenen Gesellschaft" um mehr geht, als sich in Ruhe zu besaufen, deuten mehrere Beobachtungen hin.

- Ein Teil der rechten Skinheads und Neonazis reist mit dem PKW oder Bahn aus anderen Städten an, so auf jeden Fall aus Bochum und dem Kreis Unna;
- An den Freitagen werden ab ca. 18^{30} Uhr die Rollos herunterge lassen, aus der Kneipe ist Marschmusik zu hören;
- Der bekannte Dortmunder Neonazi **Siegfried Borchardt** (SS-Siggi) besucht regelmäßig die Kneipe.

Diese Kneipe dient als organisierter Treffpunkt der rechten Skinhead- und Neonazi-Szene, die sich am späteren Abend auch vor der Kneipe und in der Umgebung herumtreibt. Hierdurch kommt es zu einer massiven Bedrohung für Menschen, die nicht in das Weltbild der Rechten passen. Es sind bisher schon folgende Übergriffe bekannt geworden:

- Im Oktober wurde auf der Schützenstr. eine behinderte Person von 2 Skinheads zusammengeschlagen. Das beherzte Eingreifen von Passanten zwang die Täter zu flüchten.
- Anfang Januar wurde direkt vor der Kneipe ein jugendlicher Migrant von den Neonazis zusammengeschlagen.
- Passanten wurden mit "Heil Hitler" Rufen angepöbelt.
- Beim Heimspiel von „Borussia Dortmund" am 4.2. fuhr eine Gruppe von 10 rechten Skinheads und Neonazis vom Schützeneck zum Stadion. Unter ihnen befand sich auch Siggi Borchardt. Vor dem Stadion provozierten sie eine Schlägerei mit BVB-Fans.

Es ist davon auszugehen, daß sich die Übergriffe und Ereignisse fortsetzen werden.
Erwähnenswert ist abschließend, daß die Kneipe offensichtlich von der Dortmunder Polizei observiert wird, was allerdings bislang nicht zu einem polizeilichen Vorgehen gegen die braunen Gäste geführt hat.
Nachtrag: Mittlerweile hat es eine polizeiliche Aktionen gegen das „Schützeneck" gegeben. Am 25.2. sollte dort eine Razzia stattfinden. Aber ach, da war die Kneipe plötzlich geschlossen. Den so eingesetzten Einsatzkräften gelang es deshalb gerade einmal gegen 40 anreisende Nazis Platzverweise auszusprechen und später eine Gruppe von 14 Rechtsradikalen festzunehmen aus der heraus ein „ausländischer" Jugendlicher angegriffen worden war.



Siegfried Borchardt, Ex-Landesvorsitzender der FAP

Studienrat Stanko darf wieder unterrichten

Das Verfassungsgericht in Münster entschied, daß das gegen den ehemaligen Studienrat des Imanuel-Kant-Gymnasiums in Dortmund-Asseln, 1994 ausgesprochene Unterrichtsverbot keine Gültigkeit mehr habe. Der 50-jährige **Waldemar Stanko** war 1994 Vorsitzender der Dortmunder Republikaner und kandidierte bei der Bundestags- und Kommunalwahl für dieselben. Zur Zeit sitzt er neben dem 1996 aus den Republikanern ausgetretenen **Max Branghofer,** für die DVU im Dortmunder Stadtrat.

Duisburg

Kranzabwurf in Duisburg mit Folgen

Schon zum dritten mal in Folge ehrten am „Totensonntag" (14.11.1999) Neonazis auf dem Soldatenfriedhof in Duisburg-Kaiserberg die „gefallenen Helden der Wehrmacht und Waffen-SS". Wie auch in den Vorjahren fanden sich neben ca. 20 militanten Neonazis Funktionsträger und Mitglieder des „Bund der Vertriebenen" (BDV) Duisburg und des „Bund der Heimkehrer" Duisburg ein um in trauter Eintracht Kränze niederzulegen und die hinlänglich bekannten Reden zu halten. Auch auf dem Waldfriedhof, auf dem u.a. die VVN den Opfern des NS gedachte, war eine ca. 25-köpfige Gruppe militanter Neonazis erschienen. Nachdem es in letzten zwei Jahren keinerlei Bestrebungen gegeben hatte, das Treiben auf dem Soldatenfriedhof in Duisburg-Kaiserberg zu unterbinden, lief in diesem Jahr die neonazistische Prozedur nicht störungsfrei ab. In der noch am selben Abend aktualisierten Ansage des in Düsseldorf geschalteten „Nationalen Infotelefons Rheinland" (NIT Rheinland) wußten die Düsseldorfer „Kameraden" von plötzlich auftauchenden AntifaschistInnen zu berichten, die Schaden an Leib und Eigentum der „Kameraden" verübt hätten. Und tatsächlich waren AugenzeugInnen zufolge wie aus dem Nichts heraus entschlossene GegnerInnen des braunen „Heldengedenktag"-Spuks aufgetaucht, die zwar zu spät kamen, um die ekelhafte Zeremonie verhindern zu können, dafür aber eine Reihe Schellen verteilten und mehrere Autos der Neonazis im Wert minderten. Federführend organisiert hatten das braune Treiben offensichtlich die Duisburger Neonazis von der „Kameradschaft **Heinrich Bauschen**" um den ehemaligen FAP`ler **Michael Thiel** und den selbsternannten „Volksdichter" **Peter Kuckels**. Der Name der „Kameradschaft" bezieht sich auf den Nazi Heinrich Bauschen, der 1925 die NSDAP-Ortsgruppe Duisburg gegründet und sie bis zu seinem Tod im Jahre 1929 geleitet hatte. Ebenfalls vor Ort zu finden waren Berichten zufolge der Kölner Ableger des „Kampfbundes Deutscher Sozialisten" (KDS) um **Axel Reitz** und **Paul Breuer** und die „Kameradschaft Düsseldorf" um **Sven Skoda**, **Udo Birr**, **Tibor Engler**, **Marc Schirmer**, **Elke Assmann** und **Stefan Krekel**. Wenig überzeugend wußte die „Kameradschaft Düsseldorf" einige Stunden später mitzuteilen, daß Nationalisten keine Christen seien und sie von daher nicht noch die andere Wange hinhalten würden. Zuvor hatte die heidnische Reisegruppe noch ihren in Duisburg zurückgehaltenen Kranz im Düsseldorfer Norden abgeworfen. Es kann leider nur spekuliert werden, ob dieses aus Sicherheitsgründen aus dem fahrenden scheibenfreien Auto heraus geschah oder ob tatsächlich zur Ehrung der „gefallenen Helden" angehalten wurde. Als besonders ehrenhaft und kämpferisch kann auch nicht der abendliche anonyme Drohanruf in der Duisburger „Fabrik" bezeichnet werden.

Düsseldorf

Braune Burschen

Ohne Berührungsängste gegenüber der Neonaziszene zeigt sich in letzter Zeit die Düsseldorfer „Alte Hallesche Burschenschaft Rhenania-Salingia". Zwar hatte sie immer schon mit der extremen Rechten sympathisiert, bislang aber bis auf wenige Ausnahmen eine Zusammenarbeit mit dieser nicht offen präsentiert. Nun aber haben die Düsseldorfer Burschen öffentlich zur Schau gestellt, welch` Geistes Kinder in ihren Reihen den Ton angeben. Erst am 17.11.1999 wurde der neuen Star am Nazihimmel, der Berliner Rechtsanwalt **Horst Mahler**, zu einem Vortrag eingeladen, bei dem er eine geballte Ladung seiner antisemitischen Weltverschwörungstheorie präsentieren durfte. Am 21.1.2000 legte die „Rhenania" noch einmal nach. Zu einer Vortragsveranstaltung „zur aktuellen politischen Lage" wurde **Harald Neubauer**, einer der Herausgeber des publizistischen Flaggschiffs der extremen Rechten in der BRD, der Monatszeitschrift „Nation und Europa", präsentiert. Der 49-jährige Neubauer hat im Laufe seiner 30-jährigen politischen Tätigkeit in der extremen Rechten bereits fast alle wichtigen Parteien durchlaufen. Er bekleidete Funktionen in der NPD, der DVU, bei den REPs und bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH). Er soll in den siebziger Jahren sogar Mitglied der illegalen NSDAP-AO (Auslands- und Aufbauorganisation) gewesen sein. Zuletzt fungierte der heute parteilose Neubauer als Bundesvorsitzender der DLVH. Heute tritt er hauptsächlich als Referent bei Veranstaltungen aller Schattierungen der extremen Rechten und als Autor in Erscheinung. All` das scheint Neubauer

Wir trauern um unsere Freundin und Genossin Aga

Antifa-KOK

Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.

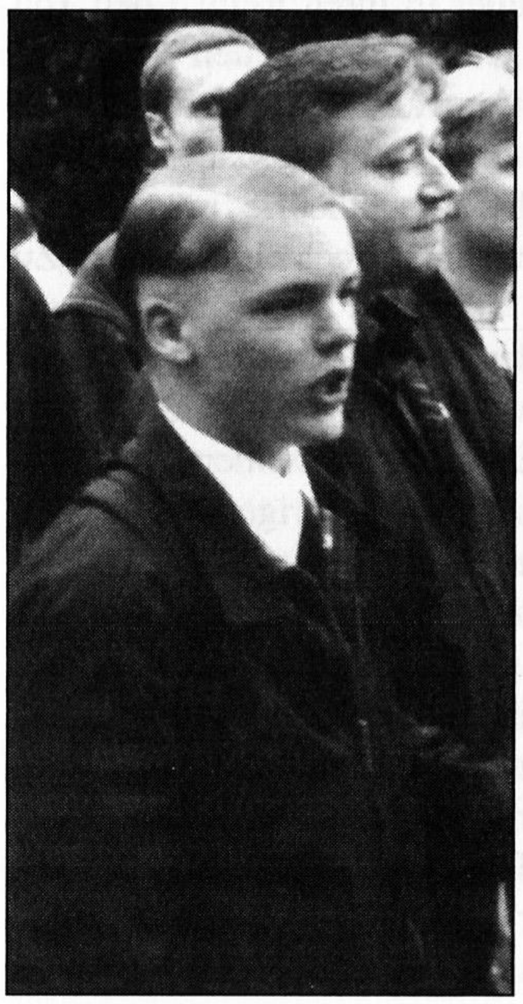
B.Brecht

nach Auffassung der „Rhenania“ eher auszuzeichnen, als zu disqualifizieren. Diverse tonangebende Mitglieder der Aktivitas der „Rhenania“ sind übrigens Mitglieder der CDU und in der CDU-Jugendorganisation „Junge Union“ und in der CDU-Studentenorganisation RCDS an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf aktiv. Die Düsseldorfer CDU schert es indes wenig, was der schwarz-braune Nachwuchs so treibt. Es bleibt die Frage, ob auch **Angela Erwin**, Tochter des Düsseldorfer Oberbürgermeisters **Joachim Erwin** (CDU), die es immerhin schon zur stellvertretenden Vorsitzenden und Schatzmeisterin des RCDS Düsseldorf gebracht hat, dem von den CDU-Burschen organisierten Neubauer-Vortrag gelauscht hat. Einer Teilnahme hätte von Seiten der Burschen auf jeden Fall nichts im Wege gestanden, war das Mitbringen von „Damen“ laut Semesterprogramm der „Rhenania“ bei dieser Veranstaltung doch explizit gestattet.

Erftkreis

„Rosen auf den Weg gestreut...“

Laut Mitteilung der „Antifa Bergheim und Umgebung“ wurde der Veranstaltungsraum für eine Anfang Dezember von der „Antifa-Jugend-Aktion Bergheim/Bedburg“ (AJAB²) in einem Bergheimer Jugendzentrum geplante antifaschistische Informationsveranstaltung drei Stunden vor Veranstaltungsbeginn von der Leitung des Jugendzentrums gekündigt, da der in Bergheim wohnende Kölner „Kameradschaftsführer“ und Möchtegern-Adolf **Axel Reitz** („Quex“) telefonisch Störungen der Veranstaltung angekündigt hatte. In Zukunft, so die Leitung des Jugendzentrums, würden der AJAB² auch nur dann Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, wenn auch „rechtsorientierte Jugendliche“ an der Veranstaltung teilnehmen dürften. Der erst 16-jährige Reitz, der nach eigenen Ausagen „Volksfeinde“ am liebsten „an die Wand stellen“ würde, wird sich über diese „tolerante“ Regelung und die nicht sehr arbeitsintensive Verhinderung der Veranstaltung gewiß gefreut haben. So etwas macht Mut; und so wundert es auch nicht, daß die örtlichen Neonazis in den letzten zwei Monaten immer mehr aufdrehen. Im Stadtteil Fliesteden kam es mehrfach zu Angriffen auf linke Jugendliche. So griffen zum Beispiel sieben Neonazis unter der Führung von Reitz zwei Skater an und verletzten sie leicht.


Axel Reitz

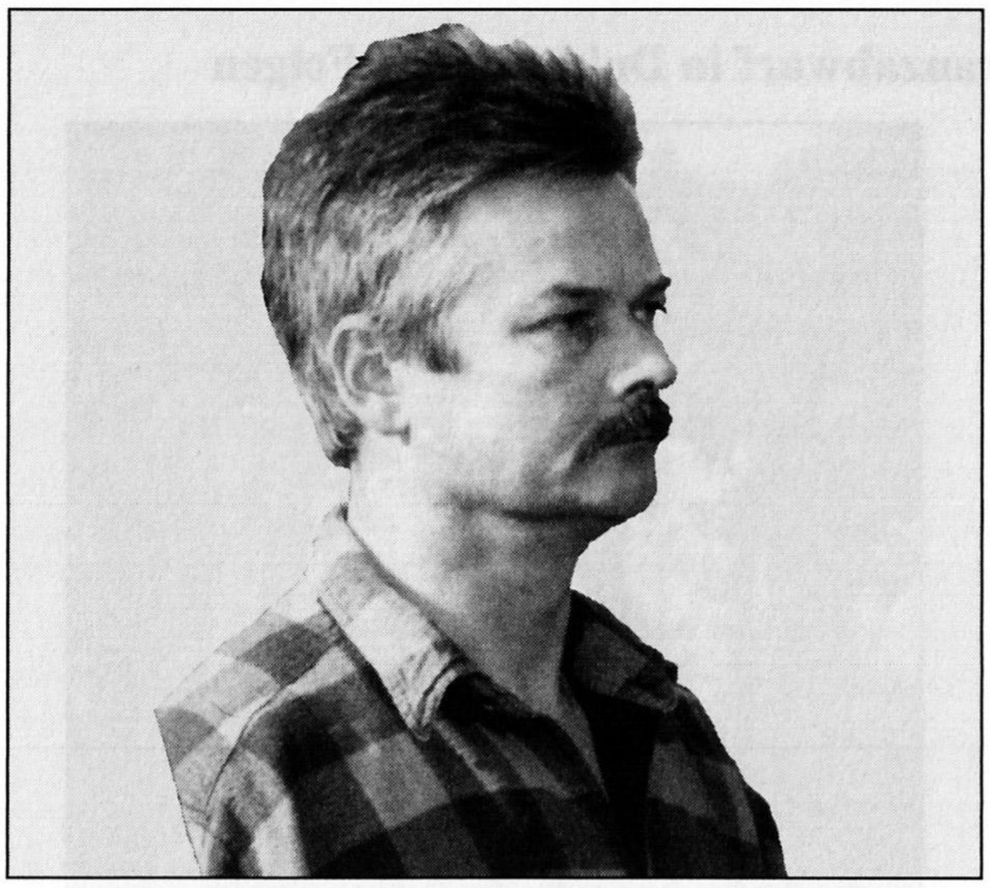
Essen

In der Essener Innenstadt haben am 24.Februar ca 2000 Roma-Flüchtlinge für einen Abschiebestopp in das Kosovo demonstriert. Seit Beginn des Kosovo-Konflikts seien mehr als tausend Roma Opfer von Gräueltaten albanischer Milizen geworden, hieß es auf Plakaten und Flugblättern. (WAZ; 25.2.2000)

Hagen

Zahlen Sie Herr Kahsner!

Der Hagener Neonazi **Rüdiger Kahsner**, Inhaber des „RK Druck und Vertrieb“, wird in Zukunft einige Weizen weniger trinken können, sofern ihm eine solche Einschränkung überhaupt noch möglich ist. Am 15.12.1999 wurde er in Hagen zu einer Geldstrafe in Höhe von 5.400 DM verurteilt. Wieder einmal hatte sich das Mitglied des „Rudolf-Hess-Aktionskomitees 1998“ als presserechtlich Verantwortlicher für Flugblätter und Aufkleber des Neonazi-Szene zur Verfügung gestellt. Und wieder einmal mußte der 48-jährige Drucker, der Anfang der achtziger Jahren in


Rüdiger Kashner

der DVU in Ostwestfalen aktiv war und Anfang der neunziger Jahre nach seinem Umzug nach Hagen dort die lokale Struktur der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) aufgebaut hatte, seinen nicht sehr klugen Kopf hinhalten. Im aktuellen Fall ging es um ein Flugblatt, das im Sauerland verteilt worden war und in dem behauptet wurde, daß drei im November 1997 bei einem Autounfall verunglückte Neonazikader vom Staat aus dem Weg geräumt worden seien (vgl. Städtebericht Kreis Soest/Hirschberg „Trotz Mord ... nicht tot“). 160 Exemplare des Flugblattes fand die Polizei bei einer Razzia im Lüdenscheider „Donner Versand“, in dem Kahsner ein und aus ging. Kahsner, der nach seiner Zeit bei der DLVH in die NPD eintrat und heute im Spektrum der „Freien Kameradschaften“ und beim „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) zu finden ist, scheiterte bei seinem Versuch, die Geldstrafe in einem Berufungsverfahren abzuwenden. Das Gericht akzeptierte Kahsners Einwand, er habe seinen Namen nur hergegeben, ohne etwas mit der Sache zu tun zu haben, eben so wenig, wie sein Verständnis von „freier Meinungsäußerung“.

Herne

Mord an Obdachlosen in Herne-Eikel

Vermutlich aus der Neonazi-Szene stammen die Täter, die in der Silvesternacht einen Obdachlosen in Herne-Eickel ermordeten. Sie schlugen auf ihr wehrloses Opfer ein, überschütteten es mit Benzin und entzündeten dieses. Der Obdachlose wurde auf einer Parkplatz tot aufgefunden (Quelle: ANTIFAZ Nr. 81).

Köln

Fanbeauftragter von Fortuna Köln ist REP-Aktivist

Da wird sich Thomas Gürtler, Fanbeauftragter von Fortuna Köln und offizieller Fan-Sprecher bestimmt gefreut haben, daß er sich auf seine „Kameraden" verlassen kann. **Manfred Rouhs**, Herausgeber der Zeitschrift „Signal" (ehemals „Europa Vorn") hatte wieder einmal bei seinem Bestreben, Werbung für seinen Verlag und seine Zeitschrift zu machen und hierbei eine möglichst große Öffentlichkeit zu erreichen zugeschlagen. Auf seiner Homepage war eine Kurznotiz zu finden, die Gürtler als REP-Funktionär outete. Nähere Informationen nur für „Signal"-AbonnentInnen (Jahresabo für 4 Ausgaben 60,- DM). Gürtler, dessen rechte Orientierung auch bei Fortuna Köln schon vor dem Outing kein Geheimnis war, soll laut Rouhs Vorsitzender des REP-Vorsitzender des Erftkreises gewesen sein, was Gürtler dem Kölner „Express" gegenüber zwischenzeitlich eingestanden hat. Damit habe er aber heute nichts mehr zu tun. Es ist nicht auszuschließen, aber sehr begrüßenswert, daß Gürtler demnächst seinen Hut nehmen darf. Wer „Freunde" bzw. „Kameraden" wie Rouhs hat, braucht sich um seine Feinde wirklich nicht zu kümmern. Und wer Leute wie den Express-Reporter **Thomas Gassmann** Artikel schreiben läßt, in dem sogar die Internetadresse von „Signal" bekannt gegeben wird, darf sich nicht wundern, wenn sich Rouhs demnächst über einen Zuwachs an Kundschaft und Gesinnungskameraden freuen darf.

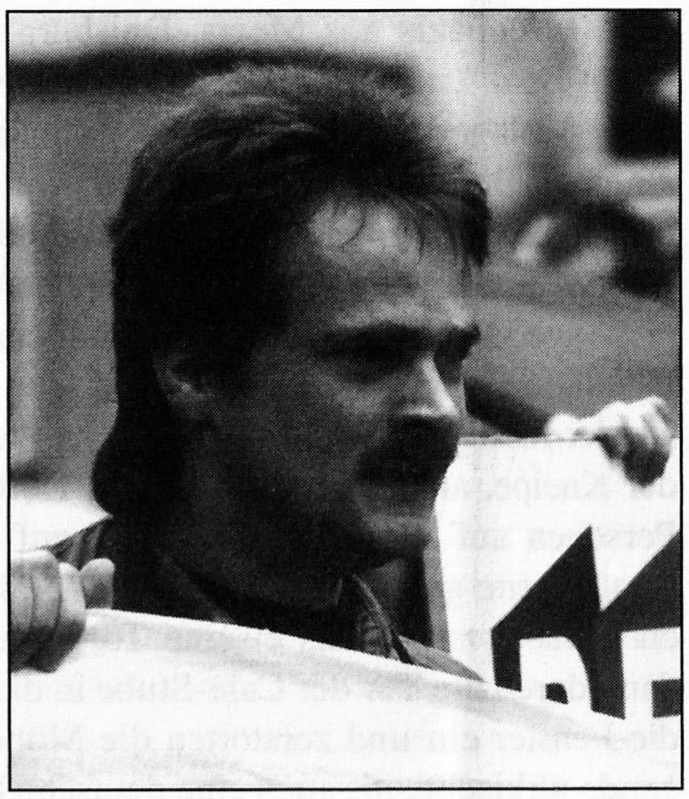
Mettmann

Rassistischer Übergriff in Hilden

Ein 45-jährige italienischer Staatsbürger ist in Hilden (bei Düsseldorf) am 14.12.1999 auf dem Weg zur Arbeit von einem unbekannten Mann zusammengetreten worden. Er mußte sich im Krankenhaus ambulant behandeln lassen. Der Täter hatte sein Opfer mit den Worten „Na, Du Scheißkanacke!" angepöbelt und es danach angegriffen. Bis heute konnte er nicht ermittelt werden.

Verstärkte Neonazi-Aktivitäten in Ratingen

Laut Mittteilung Ratinger AntifaschistInnen sind in letzter Zeit in Ratingen immer umfangreichere Aktivitäten von Neonazis zu beobachten. So treten z.B. die REPs durch Infostände, massives Plakatieren und Einschüchterungsversuchen gegen aktive AntifaschistInnen immer offensiver in Erscheinung. Bei einer antifaschistischen Blockade eines Infostandes der REPs wurde ein Antifaschist vom Ratinger Ortsvorsitzenden der REPs, **Friedhelm Zander** (Mitglied des Stadtrats), mit einer Gaspistole bedroht. Ratinger AntifaschistInnen vermuten die REPs auch hinter den Morddrohungen, die postalisch an eine ortsbekannte Antifaschistin gerichtet wurden. Auch rechte Jugendliche prägen immer mehr das Straßenbild. Gruppen mit bis zu zehn Personen, die teilweise Hunde mit sich führen, sind keine Ausnahme mehr. Im Sommer 1999 wurden drei Punks von einer zehnköpfige Neonazigruppe angegriffen. Unter den Angreifern befanden sich **Mike Spengler**, **Markus Küttemeier**, **Leon Koschitzki** und **Marco Ehlert**. Derartige Vorfälle sind währenddessen an der Tagesordnung. Bei Angriffen der Jungnazis wurden schon mehrere Personen verletzt. Ein Jugendlicher erlitt z.B. einen Kieferbruch, nachdem er von einer Gruppe Neonazis, unter denen sich die Gebrüder **Kröll** befanden, angegriffen worden war. Ein Strafverfahren gegen die Schläger wurde aus „mangelndem öffentlichen Interesse" erst gar nicht eingeleitet. Daß die Ratinger Jungnazis bereits Kontakte zur organisierten Neonazi-Szene pflegen und von dieser nach und nach eingebunden werden, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, daß im Rahmen der bundesweiten neonazistischen Aktivitäten anläßlich des 12. Todestages des Hitler-Stellvertreters **Rudolf Heß** im August 1999 auch in Ratingen themenbezogene Flugblätter und Aufkleber auftauchten. Um auf diese Entwicklung öffentlich aufmerksam zu machen und dazu aufzurufen, aktiv Widerstand zu leisten, rufen Ratinger AntifaschistInnen jetzt zu einer antifaschistischen Demonstration am 8. April auf. Beginn ist 13.30 Uhr vor dem Ratinger Rathaus. Antifa heißt hinfahren!



Friedhelm Zander

Velberter „Siepensturm" weiterhin aktiv

Hätte man den Äußerungen der zuständigen Polizeibehörde im letzten Jahr geglaubt, dürfte es den „Siepensturm" aus Velbert-Neviges gar nicht mehr geben. Diese Gruppe von Jungnazis war 1998 und 1999 immer wieder durch Aktivitäten mit neonazistischen Hintergrund in Erscheinung getreten und bewegt sich im Umfeld des „Nationalen Forum Niederberg", der regionalen Struktur der „Freien Kameradschaften" im Raum Velbert, Heiligenhaus und Wülfrath unter der Leitung des von Geldern nach Velbert gezogenen 24-jährigen Neonazis **Normann Bordin**. Inzwischen hat Bordin seine Zelte in der Velberter Innenstadt allerdings wieder abgebrochen und sucht die Nähe des Duisburger Neonazis **Michael Thiel** und dessen „Kampfbund Deutscher Sozialisten". Nach einer etwas ruhigeren Phase sind seit einiger Zeit wieder verstärkt neonazistische Aktivitäten im Raum Velbert festzustellen. Ob dieses auf die Haftentlassung des von der „Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene" (HNG) betreuten Velberter Neonazis **Volker Schemaitat** im letzten Jahr zurückzuführen ist, kann allerdings nur vermutet werden. Mitglieder des „Siepensturms" haben jetzt am 12.2. erneut zugeschlagen und dieses im wahrsten Sinne des Wortes. Sechs von ihnen betraten eine Kneipe in Velbert, um – nach eigenen Worten – „das Lokal auseinanderzunehmen". Nach dem ersten fehlgeschlagenen Provozierungsversuch schlug der Wortführer der Gruppe einer 43jährigen Frau ohne erkennbaren Grund ins Gesicht. Gegen ihn wurde Strafanzeige erhoben. Die Ermittlungen hat nun erneut der polizeiliche Staatsschutz übernommen.

Moers

Moerser Neonazis greifen Moschee an

Immer wieder kommt es in den letzten Jahren in Moers zu Übergriffen von Neonazis auf Personen oder Einrichtungen, die nicht in ihr Weltbild passen. In der Silvesternacht kam es zu einem Übergriff von Moerser, Duisburger und Kölner Neonazis auf eine Moschee. Glücklicherweise entstand "nur" Sachschaden, da die letzten BesucherInnen der Moschee zwei Stunden vor dem Überfall den Ort verlassen hatten. In der besagten Nacht trafen sich

Aus dem „Bandenbefehl“ Adolf Hitlers vom 16.4.1942: *“Rücksichten, gleich welcher Art, sind ein Verbrechen gegen das deutsche Volk und den Soldaten an der Front. Die Truppe ist dazu berechtigt und verpflichtet in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden.“*
U.a. waren es diese Befehle, die die Grundlage für unzählige Massaker an der Zivilbevölkerung bildeten. Ganze Dorfgemeinschaften wurden bei dem Verdacht der Unterstützung von PartisanInnen lequidiert. Mit ihren Häusern in die Luft gejagt, bei lebendigen Leibe verbrannt, von Maschinengewehren niedergemäht. Es traf sowohl Kleinkinder und Säuglinge, die als Schießscheiben in die Luft geschmissen wurden, als auch Alte und Behinderte. Vergewaltigungen und Quälereien durch deutsche Landser gab es sehr häufig. Zu Letzterem kam es auch, ohne das zuvor Partisanenangriffe auf die Wehrmacht stattgefunden hatten.
Das verheerendste Massaker fand in den Ortschaften der Gemeinde Marzabotto statt. Vom 29.Sept. bis zum 5 Okt. 1944 ermordeten deutsche und italienische Einheiten in einem wahllosen Massaker 770 Menschen. Zweidrittel davon Frauen und Kinder.

Literatur zur Geschichte:

F.Andrae; Auch gegen Frauen und Kinder. Der Krieg der dt.Wehrmacht gegen die Zivilbevölkerung in Italien 1943 - 1945, Piper 1995
G.Schreiber; Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943-1945. Verraten-Verachtet-Vergessen. Oldenbourg, München 1990
L.Klinkhammer; Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò 1943-1945, Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1993

Widerstandsliteratur:

G.Vermicelli, Die unsichtbaren Dörfer; Rotpunktverlag, Zürich 1990
Osvaldo Contestabile, Bitterer Frühling; Verlag Andreas Bohl 1991
Ignazio Silone, Fontamara; Kiepenheuer & Witsch

Weiteres:

Primo Levi; Ist das ein Mensch?, Hanser 1991
Carlo Levi; Christus kam nur bis Eboli, München 1982

Insgesamt vielen den deutschen Einheiten über 10000 Zivilisten zum Opfer.
All die Grausamkeiten konnten den Untergang des 3.Reiches nicht stoppen. Von alliierten Streitkräften und Partisanenverbänden besiegt, kapitulierten die deutschen Truppen in Italien am 2.Mai 1945. Der fliehende Duce wurde schon am 28. April von PartisanInnen gefangengenommen, verurteilt und standrechtlich erschossen. Am nächsten Tag wurde sein Leichnam kopfüber auf der Piazzale Loreto in Mailand aufgehängt und der Bevölkerung vorgeführt. Keine 20 Meter von dem Platz entfernt, wo ein halbes Jahr zuvor politische Gefangene massakriert worden waren.

Gerhard Schreiber

Deutsche Kriegsverbrechen in Italien
Täter - Opfer - Strafverfolgung

Zu den renommiertesten Militärhistorikern in der BRD gehört Gerhard Schreiber. Als Spezialist für die deutsch-italienischen Beziehungen im Zweiten Weltkrieg fungierte er während des Priebke Prozesses vor dem Militärgericht in Rom als Sachverständiger.
Mit diesem 1996 erschienen Buch legte er eine der seltenen Veröffentlichungen zu diesem Thema vor. Gut lesbar und übersichtlich geht er auf die diversen Formen deutscher Kriegsverbrechen in Italien ein. Sei es die Ermordung von sich ergebenden oder kriegsgefangenen italienischen Militärs, die Füsilierung und Folterung von besiegten PartisanInnen oder die Massaker an der zivilen Bevölkerung Italiens.
Erklärungen für die Verbrechen an den ehemaligen und später nur pro forma Verbündeten, die sich um keinen Deut von denen in Osteuropa unterscheiden, zeichnet Gerhard Schreiber ebenso nach.
Die bis heute andauernde mehr als unbefriedigende Strafverfolgung der Täter findet zudem Eingang in diesem Buch.
Ein Standardwerk.

Erschienen in: Verlag C.H.Beck,
Preis: 24,- DM

III. Das Lager Fossoli und der Lagerleiter Karl Heinz Titho

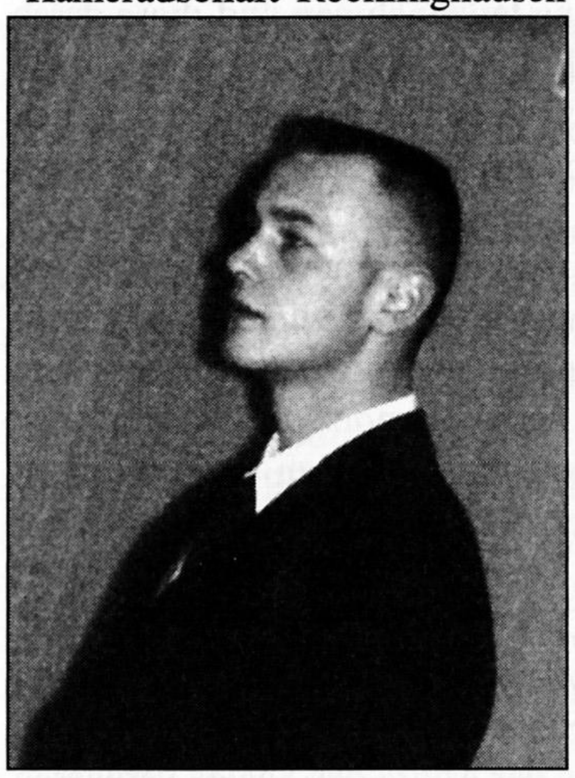
Bruno Mantelli beschreibt in seinem Buch „Die kurze Geschichte des italienischen Faschismus“ den Unterschied zwischen den deutschen und dem italienischen Faschismus als einen quantitativen. Wobei er dem deutschen eine größere Radikalität und erschreckendere Vernichtungsmaschinerie zuspricht. Dennoch ist es zutreffend, den Charakter des italienischen Faschismus als ebenso brutal und terroristisch wie den deutschen zu beschreiben. Mit Terror war der Faschismus in Italien an die Macht gekommen und mit Gewalt und Unterdrückung behauptete er sich dort. Oppositionelle Parteien waren ebenso verboten, wie nicht genehme Gewerkschaften. Das Streikrecht abgeschafft, usw usf. Oppositionelle mußten um ihre Freiheit und ihr Leben fürchten. Gelang ihnen nicht das erfolgreiche Verbergen ihrer Gesinnung, wurden sie inhaftiert, zum Teil auch gefoltert und ermordet. In den 30iger Jahren wurden viele von ihnen auf kleine verarmte Inseln verbannt. Gingen sie ins Exil, waren sie auch dort nicht sicher. So wurden z.B. die beiden bekannten antifaschistischen Brüder Carlo und Nello Rosselli im Auftrag Mussolinis im Juni 1937 von französischen Rechtsextremisten ermordet. Diese gehörten der, von dem Firmenchef der Kosmetikfirma L´Oreal finanzierten, Terrororganisation La Cagoule (Die Kapuze) an. Für diesen Auftragsmord erhielten sie von Italien größere Lieferungen an Waffen, die sie gegen die linke Volksfrontregierung verwendeten.

Vor Beginn des Zweiten Weltkriegs gab es in Italien keine Konzentrationslager als Einrichtung zur systematischen Isolierung und Beseitigung politischer Gegner. Erst mit Italiens Kriegseintritt am 10.6.1940 wurden Lager zur Internierung feindlicher Ausländer und Italiener eingerichtet.*[1] Die Verhältnisse dort waren erschreckend, aber nicht vergleichbar mit den KZs, die die Deutschen betrieben. Vorwiegend waren dort JüdInnen ausländischer Nationalität, politische Gefangene und später auch alliierte Kriegsgefangene interniert. Die deutsche Okkupation veränderte die Situation für die Internierten dramatisch. Immer mehr Menschen, seien es Zwangsarbeiter, politische Gefangene und JüdInnen, wurden ins „Großdeutsche Reich“ zwecks Fronarbeit oder Vernichtung deportiert.
Die Lager waren verschieden groß und unterstanden teils rein italienischen, teils rein deutschen, teils gemischten Verwaltungen und Bewachungen. Das wohl grausamste war „La Risiera di San Sabbia“ bei Triest. Geleitet von berüchtigten SS-lern fanden hier einige Tausend der über die gesamte Zeit 20 000 Inhaftierten ihren Tod. Zumeist wurde ihnen mit schweren Keulen der Schädel zerschlagen und sie im Ofen dieser ehemaligen Reisfabrik verbrannt.
Obwohl rassistisch hatte der italienische Faschismus nie so auf den Antisemitismus gesetzt. Das lag u.a. daran, daß JüdInnen sehr stark in die italienische Gesellschaft integriert waren. Sowie eine verschwindende Minderheit nämlich 0,1 Prozent (ca 40000)

alarmiert worden waren. Die Polizei geht davon aus, daß neben dem Anrufer und dessen Freund (18) zwei weitere Jugendliche an dem Anschlag beteiligt waren. Am 6.1.00 nahm sie einen 17jaehrigen arbeitslosen Gladbecker fest, der nach Einschätzungen der Polizei ebenfalls der Nazi-Szene zugehörig ist, die im Raum Dorsten/Gladbeck/Gelsenkirchen-Buer ihr Unwesen treibt. Das 56-jährige Opfer wurde angeblich nur wegen einer Flasche Bier durch Schläge und Tritte so schwer verletzt, daß es auf Grund seiner Kopfverletzungen zur Zeit im künstlichen Koma liegt (Quelle: ANTIFAZ Nr. 81).

Prozeß gegen „Kameradschaft Recklinghausen“ Teil 2

Vom 11. bis zum 25. Januar fand vor dem Dortmunder Landgericht ein weiterer Prozeß gegen Mitglieder der "Kameradschaft Recklinghausen“ statt. Richtete sich der erste gegen von der Staatsanwaltschaft als Führungsfiguren eingeschätzte Personen (vgl. LOTTA Nr. 1, S. 14 f.), so saßen nun als einfache Mitglieder und „Mitläufer“ eingestufte Personen auf der Anklagebank. Vorgeworfen wurde ihnen, von Februar 1995 bis April 1996 Mitglied in einer verbotenen Organisation gewesen zu sein. Bei dieser Organisation handelt es sich um die FAP, die im Februar 1995 verboten und danach in Gestalt der „Kameradschaft Recklinghausen“, die sich später als „autonome nationalistische Zelle“ bezeichnete, fortgeführt wurde. Angeklagt waren **Frank Oberschachtsiek** (Castrop Rauxel), das ehemalige NF-Mitglied und Betreiber des „Ruhr-Skin-Vertriebs“ **Thomas Langner** (Castrop-Rauxel), **Timo Recknagel** (Datteln), **Markus Michels** (Bochum), **Stephan Schaffer** (Castrop-Rauxel) und **Jörg Schwanke**r. Gegen Langner und Schwanker wurde das Verfahren bereits nach kurzer Zeit eingestellt, bei Schwanker gegen ein Bußgeld von 1.500 DM. Während Oberschachtsiek und Schaffer zu je sieben Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe verurteilt wurden kam Michels mit einem sechsmonatigen „sozialen Trainingskurs“ und Recknagel mit 750,- DM Geldstrafe davon. Alle Angeklagten wurden nach dem Jugendstrafrecht verurteilt, da sie 1995/1996 noch keine 21 Jahre alt waren.


Thomas Langner

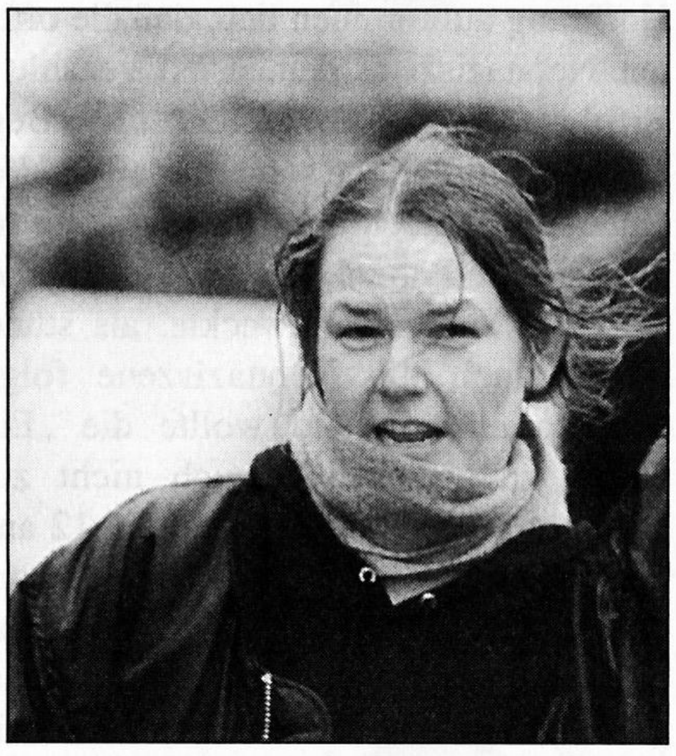
Neonazis störten Veranstaltung zu ZwangsarbeiterInnen

Anläßlich der Eröffnung der Ausstellung „Unbekannt“ über Zwangsarbeit während des NS fand am 27.01.1999 eine Veranstaltung im Recklinghäuser VHS-Haus statt. Dieses nahm die örtliche NPD unter Leitung von **Wolfgang Kevering** zum Anlaß, mit ca. 15 Personen vor Ort zu erscheinen, Flugblätter mit der Forderung nach Entschädigung „deutscher Zwangsarbeiter“ zu verteilen und die Veranstaltung zu stören. Nach der dritten Ermahnung durch den Eröffnungsredner Bürgermeister Pantförder machte der Leiter der VHS von seinem Hausrecht Gebrauch und ließ die „Nationalen Freiheitskämpfer“ von der Polizei aus dem Saal werfen.

Soest

"Trotz Mord ... nicht tot" – Gedenkveranstaltung in Hirschberg bei Warstein fiel ins Wasser

Zum zweiten Mal jährte sich im November der Todestag der drei in NRW ehemals führenden Neonazikader **Andree Zimmermann**, **Thomas Kubiak** (beide Winterberg) und **Harald Theodor Mehr** (Lüdenscheid). Am 22.11.1997 waren die drei auf der A 1 mit 140 Km/h auf einen liegengebliebenen unbeleuchteten Sattelschlepper aufgefahren und noch an der Unfallstelle zur "großen Armee abberufen" worden. Die regionale Neonaziszene war von einer Sekunde auf die andere kopflos geworden. Trotz lückenloser Rekonstruktion des Unfallhergangs halten sich bis heute Spekulationen in der Neonaziszene, ihre "Märtyrer" seien aufgrund ihrer politischen Arbeit von "Systemschergen" oder deren Handlangern heimtückisch ermordet worden. Das Düsseldorfer "Nationale Infotelefon Rheinland" wußte von "mysteriösen Umständen" zu berichten, ohne diese allerdings näher zu benennen. Wie schon im Vorjahr organisierten die "Kameraden" der "Sauerländer Aktionsfront" (SAF) auch in diesem Jahr eine Gedenkveranstaltung, zu der die bundesweite Neonaziprominemz und FreundInnen der Verstorbenen geladen wurden. In den Wochen zuvor waren im Hochsauerlandkreis Flugblätter ("Ewig lebt der Toten Tatenruhm!") und Flyer mit der interessanten Parole "Trotz Mord und Verbot nicht tot!" verbreitet worden. Um die Veranstaltung störungsfrei durchführen zu können wurde diese konspirativ organisiert und u.a. über das NIT Rheinland in den Großraum Bielefeld mobilisiert. Tatsächlich fand das Treffen aber in sauerländischen Hirschberg bei Warstein statt. Hier fanden sich am frühen Abend in einem angemieteten Saal in einer Gaststätte ca. 80 Neonazis ein; weitere wurden erwartet. Vor Ort erschienen waren aus NRW neben den Sauerländern u.a. Neonazis aus Ostwestfalen (Bielefeld/Minden), Duisburg, Düsseldorf, Dortmund, Siegen und Bonn. Zum Ärger der "Kameraden" verlief der Abend aber alles andere als zufriedenstellend. Noch bevor die Veranstaltung richtig angefangen hatte, war sie auch schon beendet. Offensichtlich hatte weder der Betreiber der Gaststätte noch die Eigentümerin, die "Warsteiner Brauerei", ein gesteigertes Interesse daran, mit Neonazis in Verbindung gebracht zu werden. Bereits nach weniger als einer halben Stunde war die Entscheidung gefallen: Der mit der neuen SAF-"Führerin" **Daniela Wegener** aus Olsberg abgeschlossene Mietvertrag wurde gekündigt und die nationalen Gäste mit Unterstützung der verspätet erscheinenden und völlig uninformierten lokalen Polizei vor die Tür gesetzt. Da offensichtlich ein solcher Fall in der Planung der SAF nicht vorgesehen war, stand der "Freie Nationale Widerstand" nun frierend im verschneiten Sauerland, mußte die Veranstaltung abblasen und die Heimreise antreten. Als unnachahmbare Peinlichkeit kann der Versuch der SAF und der NIT-Betreiber gewertet werden, den Mißerfolg im nachhinein als Erfolg darzustellen. Hierbei tat sich insbesondere


Daniela Wegener

Eigentlich sollte hier ein Artikel zu den Durchsuchungen des Mehringhofs und der Verhaftung von Axel, Harald, Sabine stehen. Wir denken jedoch, dass darüber ausreichend in anderen Medien, wie z.B. der „Jungle World“ berichtet wurde. Anzumerken sei hier aber noch, dass die während der Durchsuchung verhafteten Flüchtlinge Frank L. und Alicia L. inzwischen nach Weißrussland und Bolivien abgeschoben wurden.
Statt dessen veröffentlichen wir einen Teil der Erklärung des Berliner Bündnisses für Freilassung zum:

Historischen und aktuellem Hintergrund

Ohne die Absicht, die Geschichte linker Gruppen und Bewegungen im Moment der Repression stellvertretend zu beschreiben, sind dennoch folgende Anmerkungen angebracht.
Die vorgeworfenen Aktionen richteten sich gegen die staatliche Flüchtlingspolitik und fanden 1986/87 zu einem Zeitpunkt statt, als die Regierung, viele Politiker, Behörden und Medien das durchzusetzen begannen, was heute barbarischer Alltag geworden ist: Im Rahmen regelrechter Kampagnen setzten sie damals Abschiebeknäste und Sammellager ein, setzten Gutscheine statt Bargeld und die Abschiebungen in Folterstaaten durch.
Zu einem ersten Fanal wurde 1983 der Tod von Kemal Cemal Altun: Er hatte sich nach Ablehnung seines Asylantrages aus dem Fenster des Bundesverwaltungsgerichtes (Berlin) gestürzt, um seiner Abschiebung in die Türkei zu entgehen. In der Neujahrsnacht 1983/84 verbrannten sechs Flüchtlinge in Abschiebehaft in Polizeiarrestzellen am Berliner Augustaplatz (Abschiebeknäste waren damals noch nicht etabliert). Sie hatten gegen ihre Einkerkerung, die Überbelegung und die menschenunwürdige Behandlung protestieren wollen. Ihre Wärter waren nicht zur Stelle, um ihnen während des Brands aufzuschließen. Einzelne Behörden und Beamte setzten die staatlichen und medialen Hetzvorgaben mit eigener Energie und rassistischem Vorsatz in eine Flüchtlingspolitik um, zu einer Zeit, als sie noch nicht vollends in Spezialgesetze gegossen war.
1986 betrieb der Berliner Senat - bundesweit mit einer so genannten Sommerkampagne vorpreschend - eine Zuspitzung der Situation. Die Berliner Polizeibehörden nahmen internationale Spannungen zum Anlass, alle Berliner Flüchtlingsheime in Großrazzien zu durchkämmen und besonders alle Flüchtlinge aus dem arabischen Raum zu kontrollieren. Die Nord-Süd-U-Bahn, die an der Ostberliner Friedrichstraße hielt, wurde zum Ort tagelanger Polizeimanöver, bei der alle mitfahrenden ImmigrantInnen und Flüchtlinge – als „ausländisch Aussehende“ stigmatisiert – kontrolliert werden sollten. Schließlich bewog die BRD die DDR dazu, das „Loch in der Mauer“ für Flüchtlinge zu stopfen, die keinen anderen legalen Weg in die BRD mehr hatten als die nichtregistrierte Einreise über den damaligen Grenzbahnhof Friedrichstraße. Die Senatoren Kewenig und Lummer wollten mit der massenhaften Abschiebung von Palästinensern in den libanesischen Bürgerkrieg ein grausames Exempel für die künftige Abschiebepolitik statuieren.
1986/87 engagierte sich ein breites politisches Spektrum gegen die Razzien und für das Bleiberecht der Flüchtlinge, sowie für ihre menschenwürdige Unterbringung, Verpflegung und gegen ihre gesellschaftliche Ausgrenzung und Isolation: Die Alternative Liste initiierte ihre „Aktion Fluchtburg“ (Verstecken von Menschen ohne Papiere); autonome und kirchliche Gruppen protestierten auf den Flughäfen gegen Abschiebungen; die RZ griffen mit militanten Aktionen ein; Stadtteilgruppen kauften die Gutscheine der Flüchtlinge auf und übten durch Blockaden der Supermarktkassen Druck auf die Lebensmittelketten aus, damit der Senat den Flüchtlingen wieder Geld auszahlte; Flüchtlingsgruppen organisierten Beratung, suchten die Lager

auf und machten die unglaublich miserablen Zustände dort öffentlich, erteilten den Flüchtlingen Sprachunterricht und durchbrachen so die soziale Isolation. Das Verhältnis zwischen all diesen Gruppen war keineswegs widerspruchsfrei, dennoch war man/frau in einen gemeinsamen Prozess eingebunden, der von vielen Auseinandersetzungen und Diskussionen gekennzeichnet war.
Es ist aufschlussreich, die Erklärungen der RZ zu den Anschlägen auch jenseits der Frage nach der Art ihrer Aktionen zu lesen und in den Kontext der aktuellen deutsch-europäischen, inzwischen globalisierten Politik der Flüchtlingsabwehr und Migrationsverhinderung zu stellen. Denn nicht nur denjenigen, die diese Diskussionen der 80er Jahre mit geführt und den Protest gegen die Anfänge der Flüchtlingspolitik der BRD mit getragen haben, sondern auch Jüngeren drängen sich Kontinuitäten auf, was den Ausbau der Festung Europa anbelangt. Bei einem Rückblick scheinen freilich auch Diskontinuitäten und zahlreiche neue Ansätze in der Praxis und Diskussion antirassistischer und flüchtlingspolitischer Gruppen heute auf.
Ihre militanten Aktionen waren vor allem in Bereichen angesiedelt, die Brennpunkte aktueller Auseinandersetzungen waren. Dies galt auch für den Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik in den 80er Jahren. Die Aktionen in diesem Bereich zielten vor allem auf Sachbeschädigungen ab. Dazu zählten ein Anschlag gegen das Ausländerzentralregister (AZR) in Köln (September 1986) ebenso wie gegen die Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung von Flüchtlingen in Dortmund (September 1987) oder gegen die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin (Februar 1987). Anspruch dieser Aktionen, bei denen zumeist Akten und Datenbestände vernichtet wurden, war es, „Flüchtlingen einen Raum [zu] verschaffen, der nicht mehr staatlich kontrolliert und reglementiert wird.“

Zur Lebenssituation von AsylbewerberInnen in Berlin und andernorts findet sich in der Erklärung zum Anschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA): *“Der auf niedrigstem Niveau eingeengte Lebensstandard und die Missachtung elementarer Hilfeleistungen (...) ist nicht der Gipfel der Willkür, sondern die Methode eines logisch funktionierenden, rassistischen Verwaltungsapparates.“*
Mit der heutigen Zwangsunterbringung in Sammelunterkünften, der Kürzung des Sozialhilfesatzes um mindestens 30 Prozent und seit einem Jahr der Politik des regelrechten Aushungerns bestimmter Flüchtlingsgruppen (Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien, besonders dem Kosovo) haben sich die Existenzbedingungen der Flüchtlinge weiter verschärft. Die Arbeits- und Bildungsverbote, die rassistische Schikane in den Behörden, eine gesundheitliche Mangelversorgung bis hin zur Streichung jeglicher medizinischer Versorgung und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit über die Residenzpflicht sind nur einige Facetten eines Systems, das die Vertreibung von nicht erwünschten Menschen mit dem Mittel der Sozialpolitik durchsetzt.

In der Erklärung zum Anschlag auf den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht Korbmacher (September 1987) kann man/frau zum alten Grundgesetzartikel 16 lesen: *„Das Asylrecht ist seinem Wesen nach eben nicht einklagbares Individualrecht konzipiert worden - vielmehr ist es von vornherein allen opportunen staatlichen Auslegungen und imperialistischen Dispositionen geöffnet worden und daher in seinem Kern ein Staatsschutzrecht. Folglich geht es heute nicht um seine Aushöhlung, sondern um seine Modernisierung zu einem passgenauen Instrument imperialer Flüchtlingspolitik.“* Korbmacher hatte in Urteilen gegen TamilInnen und KurdInnen Mitte der 80er Jahre die Linie vorgegeben: *„Folter und Völkermord, die der ‚Abwehr von Umsturzversuchen oder Gebietsabtrennungen dienen, sind keine politische Verfolgung, sondern notwendig, denn der Staat selbst, sein Gebietsbestand und seine Grundordnung sind Schutzgüter.“*

Jahre nach dem vielfältigen Widerstand gegen die staatliche Flüchtlings- und Asylpolitik hat die Bundesregierung unter Zustimmung einer großen Bundestagsmehrheit und begleitet von Medienhetze und Pogromen das Asylrecht faktisch abgeschafft. Innenminister Schily unternimmt derzeit Vorstöße, die allerletzten formalrechtlichen Reste des Asylrechts zu schleifen und die Aufnahme abgezählter Flüchtlingskontingente in die Krieg- und Aggressionspolitik der EU zu integrieren.

Die tödlichen Folgen dieser in Justiz und Verwaltung eingespielten Abschottungspolitik und Abschiebungspraxis lassen sich belegen: an allen deutschen Grenzen starben seit der Grundgesetzänderung 1993 88 Menschen beim Versuch, heimlich einzureisen; 54 Abschiebehäftlinge begingen angesichts der drohenden Abschiebung Selbstmord, mindestens 95 wurden bei einem Selbstmordversuch schwer verletzt; 5 Menschen starben während ihrer Abschiebung aufgrund von Misshandlungen durch deutsche Beamte, 33 Abgeschobene wurden verletzt; 4 Personen wurden nach der Abschiebung im Heimatland ermordet, mindestens 86 wurden von Militärangehörigen oder Polizeibeamten im Herkunftsland verhaftet, misshandelt oder gar gefoltert, 11 der Abgeschobenen verschwanden spurlos. Die tatsächlichen Zahlen dürften um vieles höher liegen. Europaweit sind mehrere Tausend Tote entlang der EU-Außengrenzen zu beklagen, ein Großteil von ihnen ertrank bei Schiffbrüchen im Mittelmeer.

Die EU ist dabei, ihr Flüchtlingskonzept zu erweitern und nicht nur auf Osteuropa und die Transitstaaten, sondern auch - über die auf dem EU-Sondergipfel im Oktober 1999 in finnischen Tampere verabschiedeten „Aktionspläne“- weltweit bis in die „Flüchtlinge produzierenden“ Kriegs-, Bürgerkriegs-, Krisen- und Elendsgebiete auszudehnen. Die EU bereitet sich inzwischen darauf vor, auch militärisch in ihre von ihr reklamierten Hinterhöfe und Einfluss-Sphären militärisch einzugreifen, um eine Regionalisierung von Flucht und Migration zu erzwingen und Menschen auf der Flucht in geschlossene Flüchtlingslager umzuleiten und mit Waffengewalt festzuhalten.

Kontakt zu den Gefangenen:

Axel Haug und Harald Glöde über:
Generalbundesanwaltschaft
z.Hd. Staatsanwalt Monka
Brauerstr. 30
D- 76137 Karlsruhe

Für Sabine über das Soli-Büro im Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

»Große Spendenaktion für die Freilassung von Axel, Harald und Sabine

Tausend blaue Scheine für die Freilassung von Axel, Harald und Sabine!
Sie fehlen uns als GenossInnen, FreundInnen und KollegInnen
Ihre Projekte im Mehringhof brauchen sie
Weg mit dem 129a-Terror

Liebe Leute,
seit dem 19.12.99 sitzen Axel, Harald und Sabine nun schon in U-Haft - auf Basis des terroristischen Paragraphen 129a und auf Grundlage der notorischen Kronzeugenregelung. Laut Bundesanwaltschaft (BAW) sollen die drei Mitglieder der RZ sein, vorgeworfen wird ihnen eine Beteiligung an militanten Aktionen gegen die staatliche Flüchtlingspolitik aus den Jahren 1986/87.
Sie sitzen in den Knästen in Wuppertal (Axel), Düsseldorf (Harald) und Frankfurt/M (Sabine). Natürlich müssen sie so schnell als möglich wieder raus aus der staatlichen Gefangenschaft und Isolation. Sie gehören in den Mehringhof, zu ihren FreundInnen und KollegInnen, in die Projekte, an denen sie arbeiten.
In Solidarität mit den dreien hat sich eine Kampagne formiert, die eine breite Öffentlichkeit informieren und mobilisieren will, um politisch Druck zu machen und die Freilassung der drei zu beschleunigen. Im Rahmen dieser Kampagne soll der repressive 129a und die Kronzeugenregelung attackiert werden. Die staatliche Flüchtlingspolitik der 80er Jahre war Wegbereiter der heutigen rassistischen Durchstrukturierung in Deutschland und Europa. Dies wird ebenso thematisiert werden wie die dagegen gerichteten vielschichtigen Widerstandsformen der letzten 15 Jahre.
Für die Unterstützungsarbeit in diesem Jahr brauchen wir natürlich auch Geld, sehr viel Geld. Allein die monatlichen Honorare für mehrere AnwältInnen, deren Reisekosten in die Knäste sowie Kosten für die Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit machen vorsichtig geschätzt 10.000 DM pro Monat:
Das sind 12 x 10.000 DM = 120.000 DM
...eine Menge Geld, und gegenwärtig laufen bereits einige Soli-Aktivitäten aus Mehringhof, Projekten, Häuseren und von Einzelpersonen. Dies wird allein jedoch nicht reichen, deswegen haben wir eine è Idee, deren Gelingen aber von Euch abhängt.
Fünf FreundInnen sollt Ihr sein!
Wenn 200 Leute aus dem Umfeld des Mehringhofes bzw. von Axel, Harald und Sabine je vier FreundInnen, GenossInnen, KollegInnnen, Partner, Bekannte, Verwandte etc. ansprechen, sie sollen Einhundert Mark für die Freilassung und Kampagne spenden, dann haben wir 100.000 DM - eine gute Grundlage, um die drei aus dem Knast zu holen.
Nochmal: 200 x 5 x 100,- = 100.000,- DM
Also, wenn Ihr Axel, Harald und Sabine und die Kampagne unterstützen wollt, dann sprecht vier Leute aus Eurem Umfeld an (aber keinen von den anderen 200!), gewinnt sie für die Kampagne und überweist die 500,- DM auf folgendes Konto: Martin Poell, Kto-Nr. 2705-104, BLZ 100 100 10, Postbank Berlin, Stichwort "Freilassung" oder gebt das Geld bar im Buchladen "Schwarze Risse" ab.

Verfahren gegen Düsseldorfer AntifaschistInnen eingestellt

Auch die Düsseldorfer REPs versuchten Anfang 1999, sich in die CDU-Kampagne mit eigenen Info-Ständen einzuklinken. Zwei Düsseldorfer AntifaschistInnen wurde am 8.12.1999 vor dem Düsseldorfer Amtsgericht vorgeworfen, bei Protest-Aktionen gegen die CDU-Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft einen dieser Stände zertrümmert und zwei „Republikanern" ordentlich auf die Ohren gegeben zu haben. Der Düsseldorfer „polizeiliche Staatsschutz" kümmerte sich um diesen Vorfall in seiner allseits bekannten Manier: Den „Geschädigten" wurde eine akribisch zusammengestellte Fotokartei mit dem furchterregenden Titel „Gewalttäter links" vorgelegt, so daß sich die braunen „Kameraden" zwei Opfer aussuchen konnten. Der Staatsschutz tat während des Prozesses alles, um diese Fotodatei nicht offenzugelegen. Staatsschutzleiter Töpfer höchstpersönlich nahm sich der Sache an und erklärte auf Drängen des Gerichtes, daß der Einblick in die Lichtbildkartei nur auf die Sichtung der Bilder der zwei Angeklagten beschränkt sei. Nachdem die REPs völlig widersprüchliche Aussagen über Tathergang, Anzahl der „Angreifer" sowie deren angebliche Vermummung gemacht hatten, wurde es der Richterin offensichtlich zu bunt und auch der Beißreflex der Staatsanwältin schien sich beruhigt zu haben. Der um 9.00 Uhr morgens begonnene Prozeßmarathon endete daher um 17.30 Uhr mit der Einstellung des Verfahrens.

Verurteilung vor dem Wuppertaler Jugendschöffengericht

Am 9.2. ist das Verfahren gegen Till vor dem Wuppertaler Jugendschöffengericht mit einer Jugendstrafe in Höhe von 100 Arbeitsstunden zu Ende gegangen. In allen ihm vorgeworfenen Fällen wurde er durch dubiose Aussagen von Zivil- und BereitschaftspolizistInnen belastet. Die Vorwürfe lauteten auf Widerstand, Landfriedensbruch und gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr. In den vier Verhandlungstagen zeigte sich, daß die von Staatsanwalt Heinrichs vorgetragenen Vorwürfe, die Till als gefährlichen Gewalttäter darstellen sollten, noch nicht einmal durch die Aussagen der PolizeibeamtInnen gestützt werden konnten. So erwies sich der vermeintliche gefährliche Eingriff in den Straßenverkehr im Rahmen der Gegenaktionen zum EU-Gipfel 99 in Köln, der den schwerwiegensten Anklagepunkt darstellte, juristisch lediglich als Nötigung. Zu den belastenden Aussagen der übrigen beiden Anklagepunkte - der Angeklagte soll einen Polizeibeamten in Bielefeld am Rand des Grünen-Parteitags bei seiner Festnahme geschubst und auf der Reclaim-the-City-Demonstration zum EU-Gipfel in Köln Polizeibeamte aus der Menge der Demonstrierenden angegriffen haben - gab es jeweils Aussagen von AugenzeugInnen, die den Angaben der BelastungszeugInnen völlig widersprachen und den Angeklagten somit entlasteten. Ungeachtet dieser Widersprüche wurde Till in allen drei Anklagepunkten (wobei der Vorwurf des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr als Nötigung gewertet wurde) schuldig gesprochen. Dennoch fiel das Urteil relativ milde aus: Till wurde wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Landfriedensbruch und Nötigung zu 100 Arbeitsstunden verurteilt. Der Staatsanwalt hatte für eine Freiheitsstrafe von 10 Monaten, die drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt werden sollten, plädiert und legte folgerichtig Berufung ein. Demzufolge wird sich Till auf ein Verfahren vor dem Wuppertaler Landgericht einstellen müssen. Nicht zuletzt aufgrund der bereits angefallenen Kosten in Höhe von über 3.000 DM ist Till dringend auf weitere Solidarität angewiesen.

Spenden bitte an:
Spendenkonto Freie Medien e.V., Konto-Nr.: 470834-473,
Postbank Essen,
BLZ 36010043, Stichwort: Rechtshilfe; Kontakt:
Rechthilfegruppe
Wuppertal, c/o Infoladen, Brunnenstr.41, 42105 Wuppertal

Verurteilung eines Aachener Antifaschisten durch das Landgericht Erfurt zu 5.400 DM Geldstrafe

In einem vom Angeklagten angestrengten Berufungsverfahren vor dem Landgericht Erfurt wurde ein in der VVN Aachen aktiver Antifaschist zu einer um 900,- DM höheren Geldstrafe als in 1. Instanz von Amtsgericht Weimar verhängt, verurteilt. Der Vorwurf lautete „Störung der Totenruhe". Hintergrund hierfür ist eine antifaschistische Aktion im Jahre 1997, mit der gegen die Errichtung eines Denkmals zur Ehrung aller Toten des nach 1945 von den Alliierten als Internierungslager für Nazitäter genutzten ehemaligen KZ Buchenwald protestiert werden sollte. 7.000 der Insassen waren in diesem Lager nach der Selbstbefreiung der Häftlinge am 11.4.1945 und dem Beginn der Nutzung als alliiertes Internierungslager an Entkräftung und Krankheiten gestorben, davon nach übereinstimmenden Studien zu 80% Nazitäter. Als alle Proteste gegen das Denkmal, das ein Schlag ins Gesicht aller Überlebenden sowie FreundInnen und Angehörigen von Ermordeten des Konzentrationslagers ist, nicht halfen, griff die VVN Aachen ein und überstülpte im Rahmen einer symbolischen Aktion 80% des aus Stelen bestehenden Denkmals mit Mülltüten. Außerdem wurden Zettel mit der Aufschrift „Kein Denkmal für NS-Täter – NS-Stelen auf den Müll" angebracht. Grund genug für das Amtsgericht Weimar und das Landgericht Erfurt, den bei der Aktion für die Pressearbeit zuständigen Sprecher der VVN Aachen wegen „Störung der Totenruhe" zu verurteilen, obwohl sich die völlig gewaltfreie Aktion ausdrücklich nicht gegen Tote und deren Begräbnisstätten, sondern ausschließlich gegen die Denkmalsetzung für 80% der Toten im Internierungslager, also gegen ein Denkmal für Nazis wandte. Der Angeklagte ist erneut in Revision gegangen.

Repression gegen Kriegsgegner

Am 13. Mai 1999 kam es anläßlich der Bundesdelegiertenkonferenz der Partei „Bündnis 90 / Die Grünen" in Bielefeld zu Protesten wegen ihre Zustimmung zum bundesdeutschen Kriegskurs. Herr Fischer, z. Z. Außenminister, erlitt im Laufe der Konferenz einen Kollateralschaden an seinem rechten Ohr und lief rot an.
Bis dato ist ein Demonstrant aus Wuppertal wegen der Protestaktionen in erster Instanz zu 100 Arbeitsstunden verurteilt worden. Die Forderung der Staatsanwaltschaft war 10 Monate Haft auf drei Jahre Bewährung. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das ergangene Urteil Berufung ein.
Zwei weitere Prozesse gegen Menschen aus dem Ruhrgebiet stehen noch aus. Dem einem wird Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen. Bei dem anderen kommt noch angebliche gefährliche Körperverletzung hinzu.
Die Vorwürfe sind konstruiert und der Verdacht liegt nahe, daß über diese exemplarischen Abstrafungen dafür gesorgt werden soll, daß in Zukunft Parteitage sogenannter demokratischer Parteien ohne größeren Polizeischutz auskommen sollen.
Da Prozesse bekanntermaßen Geld kosten, werdet ihr hiermit herzlich aufgefordert, die GenossInnen nicht allein zu lassen und für die Anwaltskosten, etc. zu spenden!
Am Besten auf das Prozesskonto des Berliner Ermittlungsausschusses:
Postbank Berlin; Konto - Nr. 20610 - 106; BLZ: 100 100 10;
Verwendungszweck: Aufprall

Solidarität mit Willy Ferrari und Yves Peirat

Am 15. Oktober letzten Jahres wurden drei AntifaschistInnen in Südfrankreich verhaftet. Während die Frau wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, sind die beiden Männer weiterhin in Haft. Bei Yves Peirat (40) und William Ferrari (38) handelt es sich um langjährige Aktivisten der Antifa-Scene.
Ihnen wird vorgeworfen, Mitglied einer militanten Organisation namens FTP, Francs - tireurs partisans, zu sein. Diese hatte in den letzten Jahren mehrere Büros der rechtsradikalen Front National (FN) zerstört. Diese Zerstörungen standen vor allem im Zusammenhang mit der Ermordung des 17 jährigen Komorer Ibrahim Ali, der im Februar 1995 von Wahlkampfhelfern des FN in Marseille erschossen wurde. Ebenso zerstörte die Gruppe am 28. Oktober 1998 die Eingangstür zum Umspannungsraum des Stadions von Vitrolles. Dort sollte an diesem Tag ein faschistisches Konzert unter dem Motto „Rock identitaire francais" stattfinden. Dieses Konzert stand unter der Schirmherrschaft von Catherine Megret. Frau Megret ist die Ehefrau Bruno Megrets, des ehemaligen Chefideologen der FN. Sie ist Bürgermeisterin von Vitrolles, das neben den Städten Orange, Toulon und Marignane, seit einigen Jahren von der FN regiert wird. Alle vier Städte liegen in der Nähe von Marseille und vor allem MigrantInnen, sozial Schwache, Kulturschaffende und Linke konnten dort erfahren, was es heißt von Rechtsextremen regiert zu werden.
Während Yves Peirat sich zu den Taten bekennt, bestreitet William Ferrari die Vorwürfe.

Inzwischen hat sich in Marseille ein „Comité de vigilance pour la libération et la défense de William Ferrari et Yves Peirat" gegründet. Das Kommittee veröffentlichte eine Resolution mit der Aufforderung zur sofortigen Freilassung der Verhafteten. In dieser heißt es:

"- In Anbetracht des permanent begangenen Unrechts an einem Teil der Bevölkerung auf Grund seiner Herkunft,
- In Anbetracht der Gefahr, welche die französische Republik läuft, indem sie sich von dem Diskurs des Hasses, des Rassismus und der sozialen Aufspaltung beeinflussen läßt, indem sie den FN und seine Kopien existieren läßt,
- Im Angesicht der Auswirkungen der Ideologie der extremen Rechten: Dem Tod von Ibrahim Ali und anderer rassistischer Verbrechen, die in Frankreich begangen werden, ist das Resultat der Aktionen der FTP nicht vergleichbar.
Die Urheber dieser Aktionen hatten nicht die Absicht, irgendeiner Person Schaden zuzufügen, was selbst die Polizei anerkennt. Aus diesem Grund ist ihre Inhaftierung aus Gründen der Wiederholungsgefahr nicht gerechtfertigt.
Aus Sorge um die Gerechtigkeit verlangen wir deshalb die sofortige Freilassung Williams & Yves und unterstützen ihre Verteidigung, so daß am Tage des Prozesses die Vertreter der extremen Rechten keinen Profit daraus schlagen können."

Mittlerweile haben über 1200 Personen und Organisationen diese Resolution unterzeichnet. U.a. diverse Antifa-Organisationen, linke Parteien, Gewerkschaften, Krimiautoren, Hochschulprofessore etc..
Der Umstand, daß sich die FTP bei ihrer Namensgebung auf die FTP-MOI der 40iger Jahre bezieht, wird dabei breit kritisiert. Eine Gleichsetzung der historischen Situation wird verneint. Auch waren die Mitglieder der historischen FTP ausnahmslos MigrantInnen und JüdInnen, deren Risiko angesichts des nationalsozialistischen Vernichtungwillen ein ganz anderes war. Ebenso gibt es über die Aktionsform der aktuellen FTP divergierende Meinungen. Dennoch sind sich alle UnterstützerInnen darin einig, sich nicht an der Frage der Militanz spalten zu lassen.

Vive la solidarité internationale !

William Ferrari
cellule 839, N d`éc
maison d
1
nce cedex 2

William Ferrari ist im Februar aus der Haft entlassen worden!

Yves Peirat
cellule 3056, N d`écrou 116055 X
213 chemin de Sormiou, Les Baumettes
13404 Marseille cedex 20

„Comité de vigilance pour la libération et la défense de
William Ferrari et Yves Peirat"
theatre Toursky, passage Léo-Ferré, 13003 Marseille

Zu diesem Buch beigetragen haben:
Pierre Aycoberry, Gilbert Badia, André Bruguerolle, Pierre Durand, Peter Gingold, Michael Kissener, Anneliese Knoop-Graff, Heinz Köller, Gerhard Leo, Ernst Melis, Gabriele Mittag, Franz Josef Müller, Roland Netter, Roland Pfefferkorn, Francois Scheer, Thomas Seiterich-Kreuzkamp, Irene Selle, Léon Strauss, Léon Tinelli, Catherine Trautmann, Vincent von Wroblewsky

Roland Pfefferkorn (Hg.)

Deutscher Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Akten des Straßburger Kolloquiums vom 18. bis 19. März 1997

Trotz mehrerer Veröffentlichungen in den letzten Jahren ist der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus in seiner Verschiedenheit noch immer wenig bekannt. Das Naziregime zog Nutzen aus einer latenten Zustimmung für seine Politik und Ideologie. Demgegenüber waren die Möglichkeiten der „Résistance" sehr gering und unterschiedlich: Meinungsverschiedenheiten, passive Opposition, aktiver und organisierter Widerstand. Zahlreiche Untersuchungen geben uns heute ein genaueres Bild dieser Opposition und des Widerstandes. Man kennt heute besser, zumindest bei den Fachleuten, die Rolle, die die Ausländer, unter ihnen die deutschen Emigranten, in der französischen Résistance gespielt haben.
In diesem Buch veröffentlichen wir Beiträge von Zeitzeugen und Historikern, Franzosen und Deutschen, von Westdeutschen und Ostdeutschen. Die Beiträge klären eine immer noch wenig bekannte Seite der Geschichte auf und können uns heute zu notwendigen Überlegungen helfen.
Das Buch ist all denen gewidmet, die vor etwa fünfzig Jahren für die Freiheit kämpften und ihr Leben eingesetzt oder verloren haben.

Veröffentlichung durch die Association Nationale des Anciens Combattants de la Résistance (Nationale Vereinigung der ehemaligen Widerstandskämpfer) ANACR Regionalkomitee Elsass,
c/o Roland Netter, 34 rue de Rotterdam, F-67000 Strasbourg
Erscheinungsdatum: November 1999, ca. 200 Seiten, A4, 40,- DM einschließlich Porto, Zahlung per Scheck bei Bestellung, ab 3 Exemplaren Rabatt

Buchpräsentation mit Robert Kurz: **Schwarzbuch Kapitalismus - Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft**

Montag, **20 März 2000, 20Uhr Zeche Carl**, Wilhelm-Nieswandt Allee 100, Essen

Nachdem vor ein paar Jahren das umstrittene ‚Schwarzbuch des Kommunismus' eine lebhafte internationale Diskussion über die tatsächlichen oder vermeintlichen Verbrechen des Staatssozialismus ausgelöst hat, gibt es nun das von vielen geforderte und längst über-fällige ‚Schwarzbuch des Kapitalismus'. Robert Kurz, freier Publizist und Mitherausgeber der gesellschaftskritischen Theoriezeitschrift KRISIS, versucht sich in seinem ‚opus magnum' an einer umfassenden Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Kapitalismus.

Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit AntifaschistInnen aus den USA:

"Beware! Culture War in Progress" - WTO, Menschenrechte und der Kampf um Demokratie

Die ReferentInnen Eric Ward und Christien Storm berichten über die Politik der WTO, über den Widerstand und die Tage des Ausnahmezustandes in Seattle.
Eric Ward ist Mitarbeiter der "Nordwest Coalition against Malicious Harassment", einem Netzwerk antirassistischer und antifaschistischer Gruppen in den Nordwest-Staaten der USA..
Chritien Storm ist Mitarbeiterin von ‚Home Alive,, einer Frauen-Selbsthilfeorganisation, die sich für eine bessere Verständigung zwischen den Gruppen und Initiativen der sexuell, ethnisch und politisch Diskriminierten einsetzt.

Dienstag, 4. April, 20 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm Nieswandt Allee 100, Essen
Mittwoch, 5. April, 20 Uhr im ZAKK, Fichtenstr. 40, Düsseldorf

Demonstration

Dem rechten Terror entgegentreten – in Ratingen und überall

8.April 2000, Ratingen, 13.30 Uhr vor dem Rathaus (Innenstadt Nähe Marktplatz)
Antifaschistische Demonstration gegen die zunehmende neonazistische Gewalt und Organisierung vor Ort Infos unter www@kok.free.de

Bündnisdemonstration

Sofortige Entschädigung ehemaliger IG-Farben-ZwangsarbeiterInnen! Freiheit für Mumia Abu Jamal!

am Samstag, den 6. Mai zur Bayer-Konzernzentrale Auftakt: 11.00 Uhr am Rathaus in Leverkusen-Wiesdorf

"White Noise"

Rechtsrock – Begleitmusik zu Mord- und Totschlag

In seinem Diavortrag zeichnet Michael Weiss, einer der Autoren des kürzlich erschienenen Buches "White Noise – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene" (rat im Unrast-Verlag Hamburg/Münster) die Entwicklung der vergangenen Jahre anhand zahlreicher Beispiele nach. Benannt werden Strategien und Netzwerke, die die Infrastruktur der neonazistischen Jugendkultur bilden. Darüber hinaus werden die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe beschrieben, die dieser Entwicklung die nötigen Freiräume offenhalten.

Montag, 22. Mai, 20 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr., **Köln**
Dienstag, 23. Mai, 20 Uhr, ZAKK, Fichtenstr., **Düsseldorf**
Mittwoch 24. Mai, 20 Uhr, Zeche Carl, W. Nieswandt-Allee, **Essen**
Donnerstag, 25. Mai, Druckluft, Am Förderturm, **Oberhausen**

Informations- und Diskussionsveranstaltung: **"Alte" und "Neue" Rechte an den Hochschulen**

Referentin: Gudrun Hentges, Mitherausgeberin des Buches von Butterwegge,Hentges (Hrsg.): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster 1999
Mittwoch, 26.4.2000, 20 Uhr, ZAKK, Düsseldorf
Veranstalter: Antifa-Arbeitskreis, Fachschaftsrat, Sozialarbeit/Sozialpädagogik, AStA und Arbeitstelle Neonazismus (an) der FH Düsseldorf

in Planung (auf Ankündigungen achten!)

Für die erste Mai-Woche haben nordrhein-westfälische Antifa-Gruppen MitarbeiterInnen der **schwedischen Antifa-Zeitung EXPO** eingeladen, um sich nach den jüngsten Anschlägen auf Gewerkschafter und kritische JournalistInnen über die Entwicklung der schwedischen Neonazi-Szene und die antirassistische und antifaschistische Arbeit in Schweden zu informieren. In Planung sind 3 Abendveranstaltungen in NRW:
2.Mai: Düsseldorf (Zakk)
3. Mai: Köln (Alte Feuerwache, Planet Antifa)
4. Mai: Duisburg (Fabrik)
Beginn jeweils 20.00 Uhr

Die Termine wurden bis Redaktionsschluß noch nicht von EXPO bestätigt. Achtet also auf die Ankündigungen vor Ort und in den Programmzeitschriften.

Konzert: **FERMIN MUGURUZAS DUB MANIFEST** De beste Koe RADIO KULTUR POLITIK

4. Mai 20 Uhr **Bahnhof Langendreer** AK: 12,- DM

Informations- und Diskussionsveranstaltungen
im Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

- Do, den 16. März: „Unheimliche Nachbarn" - deutsche Volksgruppen- und Expansionspolitik in den Grenzregionen - jahrzehntealte Strategie ist aktueller denn je! mit Hans-Rüdiger Minow , Autor des gleichnamigen Filmes, sowie des Buches „Von Krieg zu Krieg", 19³⁰ Uhr (Raum 6)
- Di, den 28. März: **Die Welthandelsorganisation WTO vor und nach Seattle** *Schlappe für die kapitalistische Globalisierung?* mit Gerhard Klas, Redakteur der SOZ - Sozialistische Zeitung 19⁰⁰ Uhr (Raum 6)
- Do, den 30.März: **EXPO No** - Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Jörg Bergstedt 18⁰⁰ Uhr (Halle)
- Do, den 13. April : **Eurostrategien der europäischen Rechten**, mit Jean Cremet 19⁰⁰Uhr (Raum 6)
- Do, den 11. Mai : **Die Transformation der österreichischen Gesellschaft**, mit Heribert Schiedel vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) 19⁰⁰ Uhr (Raum 6)

Schützen Sie sich und Ihre Familie!